

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

Entstalinisierungsprozess in Ostmitteleuropa
(1953-1956)

Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei im Vergleich

Verfasserin

Silvana Novosselska

Angestrebter akademischer Grad

Magistera der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im Dezember 2007

Studienkennzahl: A 312 295
Studienrichtung: Geschichte
Betreuer: Univ. Prof. Mag.Dr. Alojz, Ivanišević

INHALTVERZEICHNIS

Einleitung	3
I. Soziale und politische Hintergründe der Krise	6
II. Stalins Tod und Moskaus „Neuer Kurs“	12
1. DIE NEUORIENTIERUNG DER SOWJETISCHEN INNEN- UND AUßENPOLITIK	13
2. DIE EINFÜHRUNG DES „NEUEN KURSES“ IN DEN SATELLITENSTAATEN	15
2.1. 17. Juni 1953 – Prolog zur ersten großen Krise des stalinistischen Systems.....	16
2.2. UNGARN.....	17
2.2.1. Strafpredigt in Moskau.....	17
2.2.2. Der Parteibeschluss von Juni - zwei Schritte vor, einer zurück	19
2.3. POLEN.....	22
2.3.1. Zurückhaltung und Formalität bei der Übernahme des „Neuen Kurses“.....	22
2.4. TSCHECHOSLOWAKEI	25
2.4.1. Die Währungsreform. Erste Protestaktionen.....	25
2.4.2. Die „Augustthesen“ – Alter Kurs mit kleinen Abänderungen	26
3. DER „NEUE KURS“ – EIN ABSCHIED VOM „STALINISMUS“?	29
III. Ostmitteleuropa in den Jahren 1954 - 1955.....	31
1. UNGARN.....	31
1.1. Der Widerspruch: „Neuer Kurs“ und praktische Maßnahmen	31
1.2. Die Wiederbelebung der Öffentlichkeit.....	34
1.3. Das Scheitern des „Neuen Kurses“	35
1.4. Ungarn – das „kranke Kind“ des sozialistischen Lagers	38
2. POLEN	39
2.1. Der Fall Światło.....	39
2.2. Die Aktivierung der Gesellschaft	42
2.2.1. Die Klubbewegung in Polen	43
2.2.2. Gärung im Kreise der Kulturschaffenden	44
3. TSCHECHOSLOWAKEI	46
3.1. Tagespolitik in Prag. Politische Prozesse.....	46
IV. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine politischen Auswirkungen in den Satellitenstaaten.....	49
1. CHRUŠČEV'S „GEHEIMREDE“	49
2. POLEN	52

2.1. Politisches „Tauwetter“	52
2.2. Die Unruhen in Poznań.....	57
2.3. Die Stellungnahme des Regimes zu den Unruhen in Poznań	60
3. UNGARN	64
3.1. Druck „von unten“. Das Regime macht Zugeständnisse.....	64
3.2. Die Rebellion der Intelligenz. Der Petöfi-Kreis	66
4. TSCHECHOSLOWAKEI.....	69
4.1. Gelenkte Kritik	69
4.2. Die gesellschaftliche Lethargie bricht auf.....	72
4.3. Die tschechoslowakische Reaktion zu die Ereignisse in.....	75
Polen und Ungarn.....	75
4.4. Die Tschechoslowakei in treuer Gefolgschaft zur Sowjetunion	76
V. Der polnische Oktober – Sieg der Demokratisierung.....	78
1. POLEN AUF EIGENEM WEG	78
2. DER „SEGEN“ DES MOSKAU	81
2. GOMUŁKAS ALTES UND ZUGLEICH NEUES PROGRAMM.....	84
3. MASSENBEWEGUNGEN.....	86
4. DAS BÜNDNIS MIT MOSKAU BLEIBT	89
VI. Die ungarische Revolution 1956.....	92
1. ERSTE REVOLUTIONSIMPULSE – DIE STUDENTENBEWEGUNG	93
2. DIE DEMONSTRATION WIRD ZUM AUFSTAND	98
3. ENTSCHLOSSENE KÄMPFER, ZÖGERNDE POLITIKER	102
4. 25. OKTOBER – DER „SCHWARZE DONNERSTAG“	105
5. KONSOLIDIERUNGSSCHRITTE DER NEUEN FÜHRUNG	108
6. DER SCHIEDSSPRUCH MOSKAUS.....	112
7. ERKLÄRUNG DER NEUTRALITÄT –EINE GESCHEITERTE KRISENLösUNG.....	116
VII. Fazit	120
Schlusswort.....	126
Literaturverzeichnis	128

Einleitung

Nach dem der Zweite Weltkrieg mit dem Sieg der Alliierten über Deutschland und Japan geendet hatte, entflammte bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit der politisch-ideologische Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion. Es war ein Konflikt zweier Systeme:

„[...] dem kommunistischen Modell der staatssozialistischen ‚Volksdemokratien‘ auf der einen und dem westlichen Modell der liberalkapitalistischen parlamentarischen Demokratie auf der anderen Seite“.¹

Die neue Nachkriegsordnung teilte die Welt in zwei Lager: in ein kapitalistisches, verkörpert von den westlichen Demokratien, und in ein sozialistisches, repräsentiert durch das Sowjetsystem.

Die Entwicklung der ostmitteleuropäischen Gesellschaften, die infolge der Konferenzen von Jalta und Potsdam in die sowjetische Einflussosphäre einbezogen wurden, verlief nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fast unabhängig vom Westen. In kurzer Zeit erlebten die ostmitteleuropäischen Staaten des „sozialistischen Lagers“ fundamentale soziale und politische Transformationen, die sie von Grund auf umgestalteten. Diese „sozialistischen Umgestaltungen“ waren größtenteils den sowjetischen außenpolitischen Großmachtinteressen, welche eng mit der Theorie vom unvermeidlichen Krieg zwischen Kapitalismus und Sozialismus verwoben waren, untergeordnet.

Am 5. März 1953 starb der „große Vater des Sozialismus“, Josif V. Stalin. Eine Folge der vor allem mit seinem Namen verbundenen exzessiven Politik der „beschleunigten sozialistischen Industrialisierung“ und der damit einhergehenden militärischen Hochrüstung war: „[...] der wachsende Widerspruch zwischen den Forderungen des politischen Überbaus und den Geboten der materiellen und gesellschaftlichen Basis“².

Dieser Widerspruch kam in den Jahren 1953-1956 zum Vorschein in der ersten gesamtgesellschaftlichen Krise im „sozialistischen Lager“. Die Krise erfasste alle

¹ Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg* (München 2003) 7.

² Zbigniew K. Brzezinski, *Der Sowjetblock. Einheit und Konflikt* (Köln/Berlin 1962) 159.

Bereiche des gesellschaftlichen Lebens - die ökonomischen, politischen und kulturellen. Sie erfasste die Machtstrukturen und die Ideologie des Regimes. In der wissenschaftlichen Literatur wird sie als Entstalinisierungskrise bezeichnet. Ihr Verlauf stand in engem Zusammenhang mit den innenpolitischen Entwicklungen und den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion. Ein wesentliches Merkmal der Entstalinisierungskrise 1953-1956 waren ihre vielfältigen Konsequenzen in den ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten Moskaus.

Die vorliegende Diplomarbeit verfolgt das Ziel, die Entwicklung der Entstalinisierungskrise und ihre Konsequenzen in den Satellitenstaaten Moskaus darzulegen. Als Methode wurde der Vergleich der Entwicklung in Polen, Ungarn und in der Tschechoslowakei gewählt. Die Arbeit beruht auf der hypothetischen Annahme, dass sich Moskaus „Neuer Kurs“ und die Krisen in den ostmitteleuropäischen Volksdemokratien wechselseitig beeinflussten. Diese Hypothese soll mit zwei Fragekomplexen überprüft werden:

- ❖ Der erste Fragekomplex betrifft die Entwicklung in der Sowjetunion selbst. Was war tatsächlich neu am „Neuen Kurs“ bzw. war er wirklich ein Abschied vom Stalinismus? Wie weit war die Sowjetunion bereit, bei ihrer Politik der Entstalinisierung zu gehen? Wie viel Einfluss hatten die politischen und ökonomischen Entwicklungen in den osteuropäischen „Volksdemokratien“ auf die Entscheidungen des Kremls in Moskau?
- ❖ Der zweite Fragekomplex hat die Entwicklung in den „Volksdemokratien“ zum Thema. Wurde die Chance zu Korrekturen der politischen Linie von den Eliten in der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn ergriffen bzw. genutzt? Inwieweit wurden die Handlungen der Spitzenfunktionäre der kommunistischen Parteien ebenso wie die der einfachen Funktionäre und der Bevölkerung von den Entwicklungen in der Sowjetunion beeinflusst?

Die Darstellung des Themas erfolgt in sieben Kapiteln:

Gestützt auf die historische Maxime „keine Krise tritt plötzlich auf, jede hat ihre Vorgeschichte“, wird das erste Kapitel der Diplomarbeit der Ausgangssituation in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei zur Zeit des Ausbruchs der Krise gewidmet. In einem kurzen Exkurs vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Jahreswende 1952/1953 werden die sozialökonomischen und politischen Hintergründe für die Entstehung der Krise erläutert. Das Kapitel erhellt die Ursachen und Gründe, weshalb es zu einer Regimekrise in diesen drei Ländern bzw. im gesamten „sozialistischen Lager“ kam.

Die Kapitel zwei und drei skizzieren die neuen Akzente der sowjetischen Innen- und Außenpolitik nach Stalins Tod. Dargelegt wird ihre Wirkung auf die politischen Entwicklungen bzw. auf die Gesellschaften der drei „Volksdemokratien“. Beschrieben wird zudem die politische Problematik, die Moskaus „Neuer Kurs“ bei der Durchführung in den einzelnen Satellitenstaaten hervorrief. Die politische Reichweite bzw. der Umfang und die Tiefe der Reformen werden eingehend beschrieben.

Die letzten drei Kapitel der Diplomarbeit behandeln die Etablierung der Politik der Entstalinisierung bzw. deren Management seitens der politischen Eliten. Einführend wird Chruschtschows „Geheimrede“, die als Wendepunkt der Krise gilt, dargestellt. Des Weiteren werden der Verlauf der Krise genauer erläutert und die Gründe für ihre Eskalation herausgearbeitet. Auch die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten zum Management der Krise in der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn werden beleuchtet.

I. Soziale und politische Hintergründe der Krise

Keine Krise bricht plötzlich auf, jede hat ihre Vorgeschichte. Die gesamtgesellschaftliche Krise des sowjetischen Systems von 1953-1956 stellt hier keine Ausnahme dar.

In der Zeit von 1945 bis Mitte 1947 griff die UdSSR zielstrebig und skrupellos in die innenpolitischen und ökonomischen Verhältnisse der von ihr kontrollierten Länder ein.³ Diese Eingriffe wurden großteils durch die Anwesenheit der Roten Armee, die nach der Beendigung des Zweiten Weltkriegs weiterhin dort stationiert blieb, begünstigt. Die Einbeziehung und Gleichschaltung dieser Länder zu der sowjetischen Machtsphäre gehörte zu Stalins Großmachtinteressen, um sich für den seiner Ansicht nach unvermeidlichen Krieg zwischen Kapitalismus und Sozialismus vorzubereiten. Die kapitalistische Welt, die in seinen Augen eine Kriegsgefahr herauf beschwören würde, sah er aufgrund innerer Widersprüche zerrissen. Der wirtschaftliche Konkurrenzkampf der kapitalistischen Welt trage in sich den Keim internationaler Konflikte, in die auch die UdSSR verwickelt werden könnte. Absolute politische und militärische Sicherheit gebe es erst nach der Vernichtung des Imperialismus.⁴ Auf der Basis dieser Theorie hatte Stalin seine Außenpolitik gestaltet. Das von der Roten Armee kontrollierte Gebiet müsse dem Einfluss der kapitalistischen Welt entzogen werden, um dessen Ressourcen weiterhin für den Wiederaufbau der eigenen Wirtschaft auszubeuten. Die Möglichkeit einer neuerlichen militärischen Expansion Deutschlands nach Osten bildete eines der Hauptargumente Stalins, um seine Führungsrolle in Ost- und Ostmitteleuropa in Anspruch zu nehmen und durchzusetzen.

Zeitlich begann Stalin schon vor Beendigung des Zweiten Weltkriegs die Ansätze seiner Hegemonialpolitik zu entwickeln, um seine Pläne später mit voller Kraft umzusetzen. Es wurden Regimes, in denen die Kommunisten eine starke Position hatten und einen maßgebenden Druck ausüben konnten, eingesetzt.⁵ Bis Mitte

³ Vgl. Jens Hacker, *Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939-1980* (Baden-Baden 1983) 270-303.

⁴ Vgl. Josef Stalin, *Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR* (Wien 1953) 39-45.

⁵ Vgl. Hacker, *Der Ostblock*, 205-270.

1947 hatte Stalin bereits ein Netz von bilateralen Verträgen, Wirtschaftsabkommen und Vereinbarungen über Ost- und Ostmitteleuropa gesponnen.⁶

Auch im wirtschaftlichen Bereich begann Stalin das bilaterale Prinzip frühzeitig auszuüben, um die Grundlagen für eine weit reichende ökonomische Ausbeutung zu schaffen. Die durchgeführten Maßnahmen, die stark in die inneren Strukturen dieser Länder eingriffen, waren eine wichtige Komponente für die Einbeziehung dieser Staaten in den sowjetischen Machtbereich.⁷

Der 2. Juli 1947, an dem der sowjetische Außenminister Wjačeslav Molotov⁸ kategorisch den Marshall-Plan ablehnte, hatte für die weitere Entwicklung des Kontinents und der sowjetischen Machtsphäre erhebliche bedeutende Folgen. Die Teilung des europäischen Kontinents zeichnete sich damit endgültig ab.

Mit seiner Untersagung gegen jedes Engagement der von der Sowjetunion kontrollierten Länder am Marshall-Plan schloss Stalin den sowjetischen Einflussbereich Folgeschwer vom übrigen Europa ab. Die Sowjetunion betrat die Periode der totalen Konformität der Satellitenstaaten. Die Modifizierung dieser Staaten nach sowjetischem Vorbild im politischen, ökonomischen und sozialen Bereich wurde entscheidend beschleunigt. Die partikularistischen Bestrebungen – unter anderem die Pläne Titos und Dimitrovs zur Bildung einer Balkanföderation sowie die Willigkeit Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns, sich am Marshall-Plan zu beteiligen - blieben im Kreml nicht ohne Reaktion. Um solche Vorgänge in Zukunft zu verhindern, hielt Stalin die Zeit für reif, die Gleise der bilateralen Kooperation der KPdSU mit den anderen kommunistischen Parteien zu verlassen und sie durch eine multilaterale Kooperation zu ergänzen. Im September 1947 wurde im schlesischen Kurort Szklarska Poręba (Schreiberhau) das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) gegründet. Als „wirtschaftliches

⁶ Vgl. Boris *Meissner*, Das Ostpakt-System. Dokumentensammlung (Frankfurt am Main/Berlin 1955).

⁷ Vgl. *Brzezinski*, Der Sowjetblock, 146.

⁸ Molotov, Wjačeslav Michajlovič (1890-1986) Seit 1906 Bolschewist, nahm 1917 an der Oktoberrevolution teil, seit 1921 Mitglied des ZK der KPdSU, seit 1925 des Politbüros und enger Mitarbeiter Stalins, 1930-1941 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare (Ministerpräsident), 1939-1949 und 1953-1956 Außenminister, unterzeichnete 1939 den Nichtsangriffspakt mit Deutschland (Hitler-Stalin Pakt); 1956 unter Chruščev amtenhoben und bis 1960 Botschafter in der Mongolei, 1962 als „Parteifeind“ aus der KPdSU ausgeschlossen, 1984- rehabilitiert. Quelle: Ploetz - Lexikon der Weltgeschichte. Personen und Begriffe von A bis Z (Freiburg in Breisgau).

Pendant zum Kominform⁹ wurde im Januar 1949 der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gegründet.

Die Führerschaft der kommunistischen Partei wurde definitiv durchgesetzt oder anders gesagt, der tatsächliche Stand der Dinge wurde ans Licht gebracht. „1948 waren in sämtlichen Volksdemokratien die sozialistischen Parteien in den kommunistischen aufgegangen, und die offene Opposition war auseinandergejagt, eingekerkert oder liquidiert“.¹⁰

Das gesellschaftliche Leben wurde unter die absolute Parteikontrolle gebracht. Die kommunistischen Parteien erweiterten und untermauerten immer weiter ihre Alleinherrschaft. Sie lähmten gesellschaftliche Institutionen wie politische Parteien, Gewerkschaften, kulturelle Organisationen, Bauernorganisationen und Organisationen, welche die Teilnahme der Bevölkerung am politischen Leben gewährleisteten.¹¹ Somit wurde die wichtigste Voraussetzung für eine totale Sowjetisierung der inneren Entwicklung dieser Staaten geschaffen.

Nach der Gründung des Kominform im September 1947 wurde die bereits davor begonnene Verstaatlichung verschärft fortgesetzt. Der Staat verfügte 1948/1949 über einen 90%igen Anteil aller Produktionskapazitäten.¹²

Die Verstaatlichung der Industrie war der erste Schritt zu einer Wirtschaftsplanung nach sowjetischem Muster. Kurz skizziert verlief sie in der Tschechoslowakei, in Polen und in Ungarn folgendermaßen:

Tschechoslowakei: Nach dem Friedensschluss und den ersten Nationalisierungsgesetzen umfasste hier der verstaatliche Sektor 57.7%, gemessen an den industriellen Arbeitskräften. In den nächsten zwei Jahren wuchs dieser auf 63.9%. Bis Januar 1949 stieg er auf 89.2% an. Somit hatte das Regime den Produktionsprozess unter seine Kontrolle gebracht. Im Bereich der Industrie ging diese Entwicklung noch weiter. 96% aller Industriestätte gehörten dem

⁹ Vgl. *Hacker*, Der Ostblock, 433.

¹⁰ *Brzezinski*, Der Sowjetblock, 106.

¹¹ Vgl. *Karel Kaplan*, Die Überwindung der Regime-Krise nach Stalins Tod in der Tschechoslowakei, in Polen und in Ungarn [=Forschungsprojekt: Krisen in den Systemen sowjetischen Typs, Nr.11] (Köln 1986) 10.

¹² Vgl. *Hacker*, Der Ostblock, 426.

staatlichen Sektor an. Das selbstständige Handwerk wurde im Laufe der nächsten Jahre beseitigt.¹³

Ungarn: Anfang 1948 waren bereits die Hälfte aller Industriearbeitskräfte im staatlichen Sektor tätig. Zwei Jahre später, beim Anschnitt des ersten Fünfjahresplanes, verfügte der Staat in diesem Sektor über 90.5% der Arbeitskräfte.¹⁴

Polen: Die Nationalisierung war hier eine unmittelbare Folge der Kriegszerstörung und der Verschiebung des Landes nach Westen. Schon 1946 gehörten nur noch 11% der Arbeitskräfte zum privaten Industriesektor. Zwei Jahre später waren es 7% und 1949 - nach weiteren Nationalisierungsschritten - lediglich noch 4.6%.¹⁵

Die Kollektivierung der Landwirtschaft war die zweite Voraussetzung. Sie wurde gleichzeitig mit der Industrialisierung der Blockstaaten durchgeführt. Die gezielte Industrialisierung sollte auch eine bessere Kontrolle der neu in das Stadtleben integrierten Bevölkerung mit sich bringen. Maßnahmen wie die Einführung von hohen Steuern und Zwangsablieferungen waren ein Mittel, um den Widerstand der Bauern gegen die jetzt mit beträchtlichem Druck vorangetriebene Kollektivierung zu brechen. Psychischer Druck und Gewaltanwendung waren ebenso üblich.¹⁶

Die sowjetischen außenpolitischen Großmachtinteressen und eine diesen entsprechende Rüstungspolitik, die im engen Zusammenhang mit der schrittweise Verschlechterung der Verhältnisse zwischen den ehemaligen Alliierten stand, verstärkten und beschleunigten die Entwicklung der Krise.

Durch die Eskalation des „Kalten Kriegs“ nahm die Rüstung einen immer größeren Stellenwert ein. Die Durchsetzung der sowjetischen Rüstungs- und Armeeaufbaunormen in den Satellitenstaaten, welche auch ein wichtiges

¹³ Vgl. *Brzezinski*, Der Sowjetblock, 120-121.

¹⁴ Vgl. ebd.; Etwa detaillierter siehe: Nandor *Németh*, Die Wirtschaft Ungarns 1945-1972.[= Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Forschungsberichte Bd.9.] (Wien 1973) 1-4.

¹⁵ Vgl. *Brzezinski*, Der Sowjetblock, 121.

¹⁶ Vgl. ebd.118-122.

Teilelement der Integration waren, hatte äußerst negative Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben dieser Staaten.¹⁷

Die offiziell deklarierten Verteidigungsausgaben nahmen im Zeitraum von 1949 bis 1952 beträchtlich zu, wie aus der folgenden Tabelle ersichtlich ist:¹⁸

Tabelle 1

Land	1949	1950	1951	1952	In Milliarden
Tschechoslowakei	8.3	9.6	10.5	22.4	Kronen
Ungarn	1.8	2.6	4.1	5.9	Forint
Polen	-	-	3.7	6.7	Złoty

Die tatsächlichen Ausgabenziffern lagen jedoch deutlicher darüber.¹⁹

Die Tschechoslowakei befand sich gegenüber Polen und Ungarn in einer viel günstigeren Position, da sie bereits in der Zwischenkriegszeit im Besitz einer Rüstungsindustrie war. Sie konnte nicht nur neue Rüstungskapazitäten aufbauen, sondern auch alte nutzen. „Ausgehend vom Index 100 für das Jahr 1950 stieg die Waffenproduktion im Jahre 1953 auf den Index 995 an“²⁰. Polen und Ungarn mussten indessen erst mit dem Aufbau einer eigenen Rüstungsproduktion beginnen. Das verlangte eine enorme Steigerung der damit zusammenhängenden Investitionen. In Polen wuchsen die Ausgaben von 1949 bis 1952 auf das Dreifache an²¹.

1956 wurden von polnischen und ungarischen Partei- und Staatsfunktionären eben diese hohen Militärforderungen als eine der Hauptursachen für die

¹⁷ Vgl. Michael *Bernard*, Militärorganisation und sowjetisches Modell in Ostmitteleuropa 1943-1956. In: Hans *Lemberg* (Hrsg.), Sowjetische Modelle und nationale Prägung: Kontinuität in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg [=Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien 7] (Marburg/Lahn 1991) 177-185.

¹⁸ Vgl. Statistiken zur Wirtschaft Ost- und Südosteuropas, Heft V, hg. von Bruno *Kiesewetter* (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; Sonderhefte NF. 33) (Berlin 1955) 14-20.

¹⁹ *Kaplan*, 7.

²⁰ *Bernard*, Militärorganisation und sowjetisches Modell, 180.

²¹ Vgl. Jörg K. *Hoensch*, Sowjetische Osteuropa- Politik 1945-1975 (Düsseldorf 1977) 83, Anm. 10.

wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die hohe Verschuldung in den Ostblockländern genannt.²²

Die in den Wirtschaftsplänen für 1949-1955 festgelegten Industrialisierungsleistungssolls waren in den meisten Ländern unrealistisch hoch. Infolge dessen entstanden enorme Disproportionen und Schwierigkeiten in der Volkswirtschaft. So sah der erste Fünfjahresplan für die Tschechoslowakei (1949-1953) einen Anstieg um 48% vor. Mit einer späteren Revision wurde dieser auf 170% erhöht. Jedoch wurde lediglich ein Anstieg um 59% (8.7% im Jahresdurchschnitt) erreicht. Besonders stark zeichneten sich die Abweichungen in der Schwerindustrie ab. Auch in der Landwirtschaft wurden die Planziele nicht erreicht. Die Situation in Polen sah ähnlich aus. Hier sahen die revidierten Planziele (1950) für das Nationaleinkommen einen Anstieg auf 212%, für die Investitionen auf 350% und für die Industrie auf 258% vor. Auch die Wachstumsziele der ungarischen Wirtschaft wurden von 163% auf 230% revidiert.²³

Dieser schnell vorangetriebene Prozess führte zu einer Missachtung aller anderen Branchen. Dies hatte Versorgungsschwierigkeiten und eine beträchtliche soziale Verschlechterung für alle Bevölkerungsschichten zur Folge. Im Zeitraum 1951-1953 kam es zu einer Stagnation der Reallöhne.²⁴ Besonders betroffen waren vor allem die Arbeiter in den nicht präferierten Industriebranchen wie der Leicht-, Nahrungsmittel- und Konsumgüterindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gesundheitswesen.

Im landwirtschaftlichen Bereich sah die Situation noch kritischer aus. Die soziale Unsicherheit, die andauernde Senkung des Lebensstandards sowie die durchgeführten Zwangskollektivierungen werden als einige der Hauptgründe für die Abwanderung der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in die Industrie angesehen. Die landwirtschaftliche Produktionskapazität konnte in der Tschechoslowakei im Jahre 1952 nur 85% des Vorkriegsstands erreichen. In Ungarn und Polen waren die Ergebniszahlen nicht höher. Da die Normen nicht

²² Vgl. *Kaplan*, 7.

²³ Vgl. Jiří *Kosta*, Die Eingliederung der ostmitteleuropäischen Volkswirtschaften in den sowjetischen Block. In: *Lemberg* (Hrsg.), *Sowjetische Modelle und nationale Prägung*, 112-113.

²⁴ Vgl. *Włodzimierz Brus*, *Geschichte der Wirtschaftspolitik in Osteuropa* (Köln 1986) 73-74.

erfüllt wurden, kam es zu hohen Verschuldungen. Im Großen und Ganzen sank der Lebensstandard der Landwirte unter das Niveau vor dem Krieg.²⁵

Die instabile soziale Lage in den Jahren 1952-1953 wirkte sich auch auf die anderen Arbeiterschichten in der Bevölkerung negativ aus. Die zukünftige Existenz des privaten Gewerbes und Kleinhandels wurde ebenso stark bedroht.²⁶

Die Konstituierung der kommunistischen Regime befand sich um die Jahreswende 1952/1953 in einem Entscheidungsstadium. Sie war entweder bereits vollzogen oder befand sich in einer Etappe, in welcher die Kommunisten alle autarken sozialer Aktivitäten voll ausschalten oder paralisieren konnte. Die Zentralisierung und Bürokratisierung des Staats- und Wirtschaftslebens hatte ihren Höhepunkt erreicht. „Die tschechoslowakische, polnische und ungarische Gesellschaft befand sich um die Jahreswende 1952/1953 in einem Zustand der Erstarrung. Sie ähnelte einer Maschine die zwar läuft, allerdings im Leerlauf“²⁷.

II. Stalins Tod und Moskaus „Neuer Kurs“

Am 6. März wurde vom Zentralkomitee der KPdSU, des Ministerrats und des Präsidiums das Kommuniqué über Stalins Tod verkündet.²⁸

Es gibt wenige Beispiele in der Geschichte, wo mit dem Tod eines Menschen so viele Hoffnungen und Erwartungen einhergingen.

In der internationalen politischen Bühne wurde Stalins Tod als Möglichkeit für ein Tauwetter im Kalten Krieg angesehen. Auf ein Tauwetter hofften auch die Satellitenstaaten, die sich durch die ökonomischen und sozialen Lasten der forcierten Industrialisierung und Hochrüstung am Ende ihrer Kräfte befanden.

Die zu Stalins Zeit entstandenen politischen und ökonomischen Probleme, die zu seiner Lebzeit gut vertuscht werden konnten, tauchten jetzt an der Oberfläche auf

²⁵ Vgl. Kaplan, 8-9.

²⁶ Vgl. ebd. 9-10.

²⁷ Ebd. 12.

²⁸ Keesing's Archiv der Gegenwart 23. Jg.1953 (Essen 1953) 3896 A/ Abschnitt 3.

und harrten ihrer Lösung. Dass die Nachfolger Stalins sich im Klaren waren, wie schwer und angespannt die politische Situation war, davon zeugten auch ihre ersten politischen und ökonomischen Schritte. Sie waren von Vorsicht und Geschick bestimmt. Im Kreml war man sich einig, dass das System einiger Korrekturen bedurfte, wobei aber nur die Elemente des Systems, die zu ihrer eigenen Zerstörung führen würden, entfernt werden sollten. Das kommunistische System sollte als Ganzes nicht in Frage gestellt werden.

1. Die Neuorientierung der sowjetischen Innen- und Außenpolitik

In der UdSSR selbst führte Stalins Tod zu einem Machtkampf innerhalb der Kreml-Elite, der von schweren innen- und außenpolitischen Meinungsdivergenzen geprägt war. Das erste Opfer dieses Machtkampfes war Lavrentij Berija²⁹. Am 10. Juli 1953 wurde in der Parteizeitschrift „Prawda“ der Beschluss mitgeteilt, dass sich Berija wegen „verbrecherischer Handlungen“ vor dem Obersten Gerichtshof verantworten muss. Folglich wurde er seiner Ämter als Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats und als Innenminister entbunden. Berija wurde verschiedener Vergehen, die unter anderem auf die „Unterminierung des Sowjetstaates im Interesse des ausländischen Kapitals gerichtet waren und in verräterischen Versuchen, das Innenministerium der UdSSR über die Regierung und die Kommunistische Partei der Sowjetunion zu stellen“³⁰, gipfelten, bezichtigt. Am 23. Dezember 1953 wurde Berija gemeinsam mit sechs seiner Mitarbeiter erschossen. 1955 wurde auch Malenkov von der politischen Szene entfernt.

²⁹ Berija, Lavrentij Pavlovič (1899-1953). Seit 1917 Mitglied der KPdSU, 1921-1931 Mitarbeiter der Tscheka und des GPU in Transkaukasien. 1934 Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, 1938 Volkskommissar für Inneres und damit gleichzeitig Leiter der Staatssicherheitsorgane, 1939 Kandidat und 1946 Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU und 1941-1945 Mitglied des staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR und Oberbefehlshaber der NKWD-Truppen. Seit 1946 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR. Er gehörte zu den engsten Vertrauten Stalins und hatte maßgeblichen Anteil an der Bildung des Personenkultes. Berija war Initiator und Vollstecker von Massenrepressalien. Quelle: Šiška, Verschwörer, Spione, Staatsfeinde, 150.

³⁰ Keesing's Archiv der Gegenwart 23. Jg.1953, 4068 C.

Die ersten Reformen wurden rasch durchgeführt:³¹

- Der Staat gewann mehr Autonomie gegenüber der Partei. Die Posten des Ersten Sekretärs der Partei und des Ministerpräsidenten wurden getrennt. Es wurde eine „kollektive Führung“ eingeführt.
- Die politische und polizeiliche Unterdrückung wurde gelockert. Die Geheimpolizei wurde gesäubert und reorganisiert. Es wurde eine Amnestie verkündet³² und ein Teil der Opfer Stalins wurde rehabilitiert.
- Im wirtschaftlichen Bereich förderte man jetzt die Entwicklung der Konsumgüter- und Leichtindustrie sowie der Land- und Kleinwirtschaft. Indessen wurde der Aufbau der Schwerindustrie gedrosselt.

Eine große Herausforderung für Stalins Nachfolger war die internationale Szene. Entspannungspolitik wurde auch hier gesucht. Diese Politik wurde von dem Wunsch, die UdSSR außenpolitisch auf „ein ruhigeres, flexibleres Gleis zu bringen“³³, bestimmt. Dies schon aufgrund der innenpolitischen Bedürfnisse der UdSSR. Die neue Kremelführung war nach der Machtübernahme keineswegs konsolidiert.³⁴ Die zugespitzte wirtschaftliche Krise, die sich auch in den Satellitenstaaten spiegelte, benötigte schnelle und effektive Handlungen.

Regionale Konflikte - wie die Berlinkrise von 1948 und der dreijährige Koreakrieg seit Juni 1950 - hätten in einen nuklearen Dritten Weltkrieg gipfeln können. Diese ernstzunehmende Gefahr wurde seitens der neuen Kremelführung erkannt. Im Kreml begann die Ideologie an Einfluss zu verlieren und mehr Pragmatismus stellte sich ein. Die Beseitigung der Mobilisierungsparanoia für einen Krieg war eine Notwendigkeit für die sowjetische Führung. So manifestierte Malenkov in seiner ersten Staatsrede eine „Friedensinitiative“. Er sagte:

³¹ Eine kurze detaillierte Darstellung über die Entstalinisierung und die Reformen in der UdSSR findet man bei Donald *Filtzer*, *Die Chruschtschow-Ära. Entstalinisierung und die Grenzen der Reform in der UdSSR 1953-1964* (Mainz 1995).

³² Keesing's Archiv der Gegenwart 23. Jg. 1953, 3930.

³³ Vgl. Vladislav *Zubok*, „Unverfroren und grob in der Deutschlandfrage...“ Berija, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte im April-Mai 1953. In: Christoph *Kleßmann*, Bernd *Stöver* (Hrsg.), *1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa* [= Zeithistorischen Studien Bd.16] (Köln/Weimer/Wien 1999) 32.

³⁴ Vgl. Stephan *Merl*, *Entstalinisierung, Reformen und Wettlauf der Systeme 1953-1964*. In: Stefan *Plaggenborg* (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte Russlands Bd. V. Teil I* (Stuttgart 2002) 182-191.

„Es gibt keine strittigen Fragen in den amerikanisch - sowjetischen Beziehungen, die sich nicht auf friedlichem Wege lösen ließen“³⁵.

Die sowjetische Regierung erklärte am 30. Mai 1953, dass die UdSSR keinerlei territoriale Ansprüche gegenüber der Türkei mehr habe³⁶ und schloss am 27. Juli 1953 einen Waffenstillstand in Korea³⁷.

Eine ausführliche Übersicht über das außenpolitische Programm der neuen Krenmführung vermittelte Ministerpräsident Malenkov in seiner Anrede vom 8. August 1953³⁸, in der er auch die Politik des „Neuen Kurses“ im Einzelnen auslegte. Ziel des „Neuen Kurses“ war vor allem eine Verminderung des Tempos der ökonomischen und sozialen Umgestaltungen. Vor allem wurde der Abbau der Schwerindustrie zugunsten der Konsumgüter- und Leichtindustrie proklamiert.

2. Die Einführung des „Neuen Kurses“ in den Satellitenstaaten

Die Reformen, analog jenen in der UdSSR, sollten auch in den Satellitenstaaten durchgeführt werden. Nicht nur weil es üblich war, sich unweigerlich an die Politik Moskaus zu halten. Alle „Volksdemokratien“ befanden sich wie die UdSSR selbst in schweren ökonomischen Krisen. Unter der Bevölkerung verbreitete sich Skepsis, die die kommunistische Regierungslegalität in Gefahr brachte. Schon Anfang März 1953 waren antikommunistische und nationalistische Demonstrationen in der Tschechoslowakei zu registrieren. Jene bestätigten die Ansichten der neuen sowjetischen Führung und führten vor Augen, dass ein Potential von politischen und sozialen Konflikten in ihrer Machtsphäre gereift war, und schnell gehandelt werden musste.³⁹

³⁵ Keesing's Archiv der Gegenwart 23. Jg.1953, 3909 A/ Abschnitt 6.

³⁶ Keesing's Archiv der Gegenwart 23. Jg.1953, 4084 A.

³⁷ Keesing's Archiv der Gegenwart 23. Jg.1953, 4094 A.

³⁸ Keesing's Archiv der Gegenwart 23. Jg.1953, 4109-41012 A

³⁹ Vgl. Jiří Pernes, Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung. In: *Kleßmann, Stöver* (Hrsg.), 1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges, 98.

2.1. 17. Juni 1953 – Prolog zur ersten großen Krise des stalinistischen Systems

Der erste Staat, der den „Neuen Kurs“ verkündete, war die DDR. Anlass war ein Hilfsgesuch seitens der DDR-Führung. Die DDR sah sich ab Mitte 1952 mit immer weiter steigenden Flüchtlingszahlen sowie einer immer drastischeren Wirtschaftslage und Versorgungsschwierigkeiten konfrontiert.⁴⁰ Bereits im April 1953 zeigte die sowjetische Regierung ihre Hilfsbereitschaft. Die DDR bekam beträchtliche Wirtschaftserleichterungen durch Aussetzung von Exportverpflichtungen und Reparationszahlungen. Gleichzeitig stand die Sowjetunion dem politischen Kurs der Ulbricht-Führung skeptisch gegenüber. Eine Überprüfung der SED-Sozialisierungspolitik wurde empfohlen.⁴¹ Inzwischen befasste sich die neue Kremelführung selbst mit der Situation in der DDR. Ende Mai verfasste sie die „Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR“. Als Folge wurde eine Delegation des Zentralkomitees der SED - bestehend aus dem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, dem verantwortlichen Sekretär für Propaganda des Zentralkomitees und Politbüromitglied, Fred Oelßner und dem Generalsekretär Walter Ulbricht - nach Moskau beordert. Die Beratungen fanden am 2. und 3. Juni statt.⁴² Anstatt einem Meinungs austausch über die möglichen Wege zu Beseitigung der akuten Probleme, gewann das Treffen eher den Charakter „eines Befehlsempfangs“⁴³. Ganz nach dem Stil Moskaus wurde von der SED-Führung eine widerspruchlose und rasche Umsetzung erwartet. Dies spiegelt sich besonders gut im Satz des neuen Hohen Kommissars, Wladimir Semjonow – dem ranghöchsten sowjetischen Vertreter in der DDR – wider: „In 14 Tagen werden sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben“⁴⁴. Am 11. Juni 1953 publizierte das „Neue Deutschland“ das „Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 9. Juni 1953“⁴⁵. Darin gab die Parteiführung eine Reihe von Fehlern zu, die in der Vergangenheit begangen wurden. Die Beseitigung dieser Fehler sollte vor allem Aufhebung der Steuer- und Preiserhöhungen, durch Förderung des privaten Sektors in sämtlichen Branchen sowie durch eine

⁴⁰ Vgl. Diedrich *Torsten*, Der 17. Juni 1953 in der DDR (Berlin 1991) 27-47.

⁴¹ Vgl. Manfred *Wilke*, Tobias *Voigt*, „Neuer Kurs“ und 17. Juni – Die zweite Staatsgründung der DDR-1953. In: András *Hegedüs*, Manfred *Wilke* (Hrsg.), Satelliten nach Stalins Tod (Berlin 2000) 39-40.

⁴² Vgl. ebd. 42-48.

⁴³ Vgl. ebd. 46.

⁴⁴ Ebd. 60

⁴⁵ Keesing's Archiv der Gegenwart 23. Jg.1953, 4035-4036 B.

konsequente Revision der Volkswirtschaftsplanung, erreicht werden. Von allen diesen vorgesehenen Maßnahmen des „Neuen Kurses“ profitierten vor allem die Mittelschichten, die Handel- und Gewerbetreibenden sowie die Bauern. Der Arbeiterschaft blieb von den Erleichterungen ausgeschlossen. So blieb die am 14. Mai 1953 beschlossene Arbeitsnormenerhöhung um mindestens 10% bis zum 30. Juni 1953 bestehen. Die Empörung der Arbeiter war so stark, dass am 16. Juni ein Protestmarsch der Bauarbeiter in Ost-Berlin, der am 17. Juni in einen allgemeinen Aufstand gegen die Politik SED gipfelte, ausgelöst wurde.⁴⁶ Der konnte nur mit Hilfe sowjetischer Truppen niedergeschlagen werden. Diese Geschehnisse legten nicht nur eine fehlerhafte Politik vor Augen, sie veranschaulichten vielmehr die erste große Systemkrise des „stalinistischen Gesellschaftsordnung“.

2.2. Ungarn

2.2.1. Strafpredigt in Moskau

Besonders kritisch und angespannt war die Lage in Ungarn, als die Nachricht von Stalins Tod Budapest erreichte. Einerseits war das Land aufgrund generell übertriebener Planziele wirtschaftlich stark betroffen. Sämtliche Berichte im Bereich der Wirtschaft wiesen schwere Disproportionen auf. Eine herausragende Rolle spielte dabei vor allem der Fünfjahresplan (1950-1954), der im Jahre 1951 drastisch angehoben worden war. Am kritischsten war die Lage auf dem Land. Dort waren die durchschnittlichen Ernteerträge seit 1949 unter den Stand der dreißiger Jahre gefallen. Weitere Folgen waren ein massiver Rückgang der landwirtschaftlichen Anbauflächen sowie ein rapider Zuwachs der brachliegenden Flächen.⁴⁷ Bereits im Sommer 1952 waren die ersten Massenproteste gegen das System der Zwangsablieferung zu verzeichnen. Die durchgeführten Maßnahmen, die zu einer Verringerung des sozialen Widerstandes und der Unruhen führen sollten, zeigten kaum Wirkung.⁴⁸

⁴⁶ Siehe *Torsten*, Der 17. Juni 1953 in der DDR, 55-138.

⁴⁷ Vgl. János M. *Rainer*, Ungarn 1953-1956: Die Krise und die Versuche ihrer Bewältigung. In: *Hegedüs, Wilke* (Hrsg.), Satelliten nach Stalins Tod, 137-138.

⁴⁸ Vgl. *Rainer*, Der „Neuer Kurs“ in Ungarn 1953. In: *Kleßmann, Stöver* (Hrsg.), 1953-Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, 71-72.

Andererseits hatte das Ausmaß des staatlichen Terrors in Ungarn einen hohen Grad erreicht. Von 1949 bis 1951 waren 295.000 Personen in Strafverfahren verurteilt worden. Im Jahre 1952 stieg diese Zahl auf etwa eine halbe Million.⁴⁹ Mátyás Rákosi, „der treueste Schüler Stalins“, machte auch dessen letzte antisemitische Terrorwelle nach. Ende Februar verkündete er im Zentralkomitee der Partei der Ungarischen Werktätigen (MDP⁵⁰) die Verhaftung von Staatssicherheitschef Gábor Péter. Die Politbüromitglieder Zoltán Vas und István Kovács fielen schweren Anschuldigungen zum Opfer, wurden aus ihren Amtsposten entlassen und aufs Land verbannt.⁵¹

Die Vorgänge in Ungarn bereiteten der Kremführung große Sorgen. Sie beordnete deshalb eine Delegation des ungarischen Politbüros nach den Parlamentswahlen vom 17. Mai 1953 nach Moskau. Die Mitgliederbesetzung wurde von sowjetischer Seite selbst bestimmt. Nach Moskau reisten Parteichef und Ministerpräsident, Mátyás Rákosi, die drei stellvertretenden Ministerpräsidenten (Ernö Gerő, Imre Nagy und István Hidas), der Leiter des Sekretariats des Ministerrates, Béla Szalai, der Landwirtschaftsminister, András Hegedűs, der Erste Sekretär des Budapester Parteikomitees, Rudolf Földári und der Präsident des Präsidialrates, István Dobi. Die ungarische Delegation weilte vom 13. bis 16. Juni im Kreml.⁵²

Von sowjetischer Seite nahmen bei den Unterredungen alle einflussgewichtige Präsidiumsmitglieder teil: Georgji Malenkov, Lawrentij Berija, der Außenminister und stellvertretende Ministerpräsident, Wjatčeslaw Molotow, der KPdSU-Sekretär, Nikita Chrusčev, der Verteidigungsminister, Nikolaj Bulganin und der stellvertretende Ministerpräsident Anastas Mikoyan.⁵³

Die ökonomische Entwicklung Ungarns, die Kaderauswahl sowie das Problem willkürlicher Aktionen waren die Kernfragen bei den Besprechungen. Rákosis Politik wurde von sowjetischer Seite stark angegriffen, indem er für viele Missstände primär verantwortlich gemacht wurde. Auf Basis der Berichte, die sie regelmäßig bekamen, zeichneten die sowjetischen Genossen ein klares Bild über

⁴⁹ Vgl. *Rainer*, Ungarn 1953-1956, 139 anm.1.

⁵⁰ Magyar Dolgozók Pártja – MDP

⁵¹ Vgl. George H. *Hodos*, Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-1954 (Berlin 2001)146-148.

⁵² Vgl. *Rainer*, Ungarn 1953-1956, 142-143.

⁵³ Vgl. ebd. 144.

die tatsächliche Lage in Ungarn. So wies Malenkov auf die kritische Situation in den landwirtschaftlichen Genossenschaften, die exzessiven Ablieferungsquoten und die hohe Zahl der Verfahren gegen Bauern hin. Berija argumentierte, dass die Entwicklung der Schwerindustrie zugunsten der Konsumgüter gedrosselt werden sollte. Mit seiner rhetorischen Frage, ob es akzeptabel sei, bei einer Bevölkerung von 9.5 Millionen Menschen, Verfahren gegen 1.5 Millionen Personen in Gange sind, schlug er eine Fusion zwischen dem Innenministerium und ÁVH⁵⁴ vor. Diese Fusion sollte zu einer effektiven Arbeit der Verwaltungs- und Justizorgane und der ÁVH führen. Berija führte eine Reihe persönlicher Angriffe gegen Rákosi und erklärte, dass er vom Posten des Regierungschefs zurücktreten solle. Marschall Bulganin, der einige Zahlangaben zu den Säuberungen in der Armee machte, prophezeite, dass „es zu einer Katastrophe kommen würde, falls wir die Lage nicht verbessern“⁵⁵. Ein Schritt in diese Richtung waren die „Hausaufgaben“, die die ungarischen Genossen in Moskau bekamen. Sie sollten einen schriftlichen Plan mit Maßnahmen zur Korrektur der Fehler sowie eine Liste der personellen Veränderungen ausarbeiten.⁵⁶

2.2.2. Der Parteibeschluss von Juni - zwei Schritte vor, einer zurück

Die in den darauf folgenden Tagen von der ungarischen Delegation verfasste erste Version des „Junibeschlusses“ bewerteten die Sowjetführer zwar als einen Schritt nach vorne, jedoch müsste sie an zahlreichen Stellen korrigiert werden. Die sowjetischen Einwände bezogen sich vor allem auf die mangelnde konkrete Behandlung der Problemfragen wie Landwirtschaft und Massenrepressalien.⁵⁷

Es wurde beschlossen, zwei Versionen des Dokuments vorzubereiten: Eine für das Zentralkomitee und eine für die Öffentlichkeit.⁵⁸

⁵⁴ Államvédelmi Hatóság- ÁHV (Abteilung für politisches Polizeiwesen – Staatsicherheitsdienst).

⁵⁵ *Rainer*, Ungarn 1953-1956, 145.

⁵⁶ Vgl. ebd. 144-147.

⁵⁷ Vgl. ebd. 148-149.

⁵⁸ Vgl. György T. *Varga*, Zur Vorgeschichte der ungarischen Revolution von 1956. In: Jan *Foitzik* (Hrsg.), *Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand* (Padrenborn/München/Wien/Zürich 2001) 57-58.

Am 27. Juni 1953 wurde der Resolutionsentwurf in einer erweiterten Sitzung des Zentralkomitees erörtert. Demgemäß waren die Kabinettsmitglieder und die Kreis- und Bezirkssekretäre einbezogen. Rákosi, der sich an Moskaus Anweisungen hielt, übte Selbstkritik, indem er den „Personenkult“ bzw. die Machtkonzentration in seinen Händen tadelte. Nagy konzentrierte sich auf die Benennung der Gründe für die begangenen Fehler. Er sah sie vor allem in der Abweichung und Verletzung der Grundsätze des Marxismus-Leninismus. Er betrachtete die bisherige Politik als abenteuerlich.⁵⁹

Die in den nächsten Tagen ausgearbeitete Resolution bestand aus vier Teilen: Der erste Teil behandelte die begangenen Fehler. Als größte Fehler wurden die Anordnungen, die auf dem II. Kongress der MDP von Ende Februar/Anfang März 1951 angenommen wurden, genannt. Ohne Rücksicht auf die wirkliche Lage des Landes und die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung zu nehmen, wurde eine hochgeschraubte Industrialisierung durchgeführt. Diese fehlerhafte Politik hatte äußerst negative Auswirkungen auf den Lebensstandard der Bevölkerung. Weitere Konsequenzen waren die zunehmende Bürokratisierung, „die übertrieben hohe Anzahl der Gerichts- und Polizeiverfahren, die Willkür gegenüber der Bevölkerung“. Im zweiten Teil benannte man die Ursachen. Die Hauptgründe für die begangenen Fehler wurden im Mangel an kollektiver Führung, in der personellen Machtkonzentration und im Personenkult erblickt. Die Staatsgewalt lag in den Händen von vier Personen: Mátyás Rákosi, Ernő Gerő, Mihály Farkas und József Révai. Der dritte Teil befasste sich mit den unentbehrlichen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen. Es wurde eine Liste mit dringenden und vorrangigen Maßnahmen zur Beseitigung der Fehler ausgearbeitet. Die Wirtschaftspläne sollten überprüft, in der Schwerindustrie die Zielvorgaben herabgesetzt und in der Landwirtschaft sollte der Zwangscharakter der Kollektivierung abgeschafft werden. So sollte der Austritt aus landwirtschaftlichen Genossenschaften bzw. die Auflösung der Genossenschaft durch Mehrheitsbeschluss ermöglicht werden. Der vierte Teil befasste sich mit parteiorganisatorischen Angelegenheiten.⁶⁰

Das erst am 17. Mai 1953 neu zusammengestellte Parlament währte nicht lange, denn schon am 3. Juli gab Rákosi bei einer Zusammenkunft seine

⁵⁹ Vgl. *Reiner*, Ungarn 1953-1956, 150-152.

⁶⁰ Vgl. *Varga*, Zur Vorgeschichte der ungarischen Revolution, 58-60., *Reiner*, Ungarn 1953-1956, 152-154.

Amtsniederlegung bekannt. So musste am darauf folgenden Morgen, dem 4. Juli, wiederholt ein neuer Ministerpräsident gewählt werden. Die Regierungserklärung⁶¹ des nachfolgenden Regierungschefs, Imre Nagy, basierte auf den Beschluss vom 28. Juni.

Ungarn bekam zwar eine neue Führung, aber die unteren Ebenen blieben unverändert. Die ungarische Führung zog keine personellen Konsequenzen aus der von Moskau geübten Kritik. Dies sollte auch einer der Hauptfaktoren für den schon von Anfang an kränkelnden „Neuen Kurs“ in Ungarn sein. Rákosi und Gerő blieben weiterhin Mitglieder des Politbüros. Dass Farkas, Révai, Károli Kiss und Árpád Házi nicht mehr dem neuen Politbüro angehörten, änderte ebenso nicht viel. Die neuen Mitglieder rekrutierten sich hauptsächlich aus den Nachwuchskadern, die von Rákosi und Gerő protegiert worden waren. Die gleiche Situation herrschte im Sekretariat, wo Lajos Ács und Béla Vég neben Rákosi saßen. Im neuen Kabinett gab es nur zwei Minister, István Bata und Sándor Zsoldas, die bisher nicht Rákosis Regierung dazugehört hatten. In diesem Sinn war der „Neue Kurs“ personalpolitisch weniger geschützt als derzeitige.⁶²

Einige Tage nach Nagys Regierungserklärung wurde die ungarische Troika erneut nach Moskau zitiert. Das Motiv des Besuchs diesmal war, über die Anprangerung gegen Berija informiert zu werden. Keinerlei wesentliche Notizen weisen darauf hin, dass der ungarischen Parteiführung, Informationen zugetragen worden waren, aber es besteht Grund zur Annahme, dass Berijas Entmachtung die „stalinistische Linie“ pushte. Rákosi und die anderen „Moskowiter“ wie Gerő und Révai stellten fest, dass die sowjetische Parteiführung aufgrund interner Konfrontationen Instabilität aufwies. Das gab ihnen die Möglichkeit und den Mut zur alten Politik der MDP zurückzukehren.⁶³

Ein erster Schritt in diese Richtung wurde kurz nach dem Moskauer Besuch unternommen. Es wurde beschlossen, für den 11. Juli eine Tagung des Budapester Parteiausschusses einzuberufen. Diejenigen Personen, die am 27./28. Juni an der Sitzung des Zentralkomitees teilgenommen hatten, sollten ebenfalls an

⁶¹ Vgl. Extracts from a speech to the Hungarian national assembly by the Prime Minister, Mr. Imre Nagy, 4th of July 1953. In: Documents on International Affairs 1953, Royal Institute of International Affairs (Oxford 1956) 177-181; Keesing's Archiv der Gegenwart 23. Jg.1953, 4064 F.

⁶² Rainer, Ungarn 1953-1956, 154.

⁶³ Vgl. Varga, Zur Vorgeschichte der ungarischen Revolution, 63-64.

der Tagung teilnehmen. Die Konferenz tagte im Gebäude der Baugewerkschaften, wo Rákosi eine martialische Rede hielt.⁶⁴ Später deutete Nagy die Rede Rákosis als Zeichen für den Parteiapparat zur Sabotierung gegen den Beschluss vom Juni bzw. gegen die Regierung.⁶⁵ Trotz der deutlichen Spannungen in der Führungselite gelang es der Regierung Nagy, einige wichtige Reformen auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Justiz durchzuführen.⁶⁶

2.3. Polen

2.3.1. Zurückhaltung und Formalität bei der Übernahme des „Neuen Kurses“

Im Gegensatz zur Tschechoslowakei übten die Ereignisse in der DDR keinen direkten Einfluss auf das politische Leben Polens aus. Die polnische Führung nahm eine sofortige Stellungnahme zu den DDR-Ereignissen nicht vor. Bei der am 17. Juni stattgefundenen Parteisitzung, in der Bolesław Bierut, Premierminister und Erster Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR⁶⁷), einen Vortrag hielt, kamen die Ereignisse in der DDR gar nicht zur Sprache. Es gibt auch keine Angaben für eine stattgefundene Sondersitzung des Zentralkomitees der PZPR, um die akute Lage in der DDR zu diskutieren.⁶⁸

Es ist schwer zu glauben, dass die führenden polnischen Politiker sich keinerlei Gedanken und Sorgen über die möglichen Reaktionen auf die DDR- Ereignisse in Polen machten. Die polnische Partei- und Staatsführung konnte sich ein explizites und reales Bild über den tatsächlichen Stand und Verlauf des Berliner Aufstands verschaffen. Die Parteispitze bekam regelmäßig Reports, die sich auf Informationen aus „Radio Free Europa“ stützten. Gut informiert war sie auch durch

⁶⁴ Vgl. "Extracts from a speech by Mr. Matias Rakosi on the economic reforms in Hungary, 11th of July 1953" In: Documents on International Affairs 1953, Royal Institute of International Affairs (Oxford 1956) 182-188.

⁶⁵ Vgl. Imre Nagy, Politisches Testament (München 1959) 130-135.

⁶⁶ Vgl. Rainer, Ungarn 1953-1956, 158-166.

⁶⁷ Polska Zjednoczona Partia Robotnicza- PZPR.

⁶⁸ Vgl. Andrzej Malkiewicz, Krzysztof Ruchniewicz, Das polnische Echo auf den Juni-Aufstand in der DDR im Jahre 1953. In: Kleßmann, Stöver (Hrsg.), 1953-Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, 183.

ihre eigenen Informationsquellen, vor allem durch den Sicherheitsdienst, die verschiedenen Parteiinstitutionen sowie das Auswärtige Amt.⁶⁹

Die Presse selbst informierte über die Geschehnisse in der DDR relativ spät. Das Zentralorgan der PZPR, die Tageszeitung „Trybuna Ludu“, herausgab z.B. erst am 19. Juni die ersten Reporte aus der DDR. In diesen stand, dass die am 16. und 17. Juni 1953 in Ost-Berlin ausgebrochenen Demonstrationen, der in dieser Zeit üblichen West-Propaganda entsprang und von „faschistischen Agenten“ aus West-Berlin unterstützt wurde.⁷⁰

Die polnischen Zeitungen berichteten über die Juni- Ereignisse in der DDR relativ belanglos. Trotz Isolierung und staatlicher Steuerung des Informationsflusses erfuhr die polnische Bevölkerung vom wahren Verlauf der Ereignisse in der DDR.⁷¹

Auf dem IX. ZK-Plenum der PZPR (29. Oktober 1953) wurden die für ganz Osteuropa zu dieser Zeit entstandenen Krisentendenzen festgestellt. Sie äußerten sich in einer exzessiven Zunahme der Investitionen in die Schwerindustrie bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie. Dies führte zu einer beträchtlichen und gefährlichen Ungleichmäßigkeit bei der Entwicklung in den anderen Sektoren.

Die durchgeführten Reformen in Polen waren sehr mäßig. Diese begrenzten sich darauf, dass während der letzten zwei Jahre des Sechsjahresplans (1950-1955) die Mittel und Arbeitskräfte auf die Erhöhung der forstwirtschaftlichen Produktion und der Konsumgüterindustrie geleitet wurden. Die größte Aufmerksamkeit erfuhr die landwirtschaftliche Produktion. Konkrete Maßnahmen wie Abänderungen der Preis- und Steuerpolitik, der Kreditgewährung sowie Reduktionen der Lieferquoten für die Bauern sollten die Produktionsaktivität der privat wirtschaftenden Bauern und der ländlichen Genossenschaften anregen und dadurch der sich vertiefenden Krise der Landwirtschaft entgegenwirken. Somit wurde der „Neue Kurs“ im wirtschaftlichen Bereich auch in Polen formell eingeführt.⁷²

⁶⁹ Vgl. Vgl. *Malkiewicz, Ruchniewicz*, Das polnische Echo, 184-186.

⁷⁰ Vgl. ebd. 188-189.

⁷¹ Vgl. ebd. 191-194.

⁷² Vgl. Kaplan, 20.

Personalpolitisch bewirkte Stalins Tod keine strukturellen Erneuerungen im totalitären polnischen Staatswesen. Bierut konnte weiter seine doppelte Führungsposition als Parteichef und Ministerpräsident behaupten.

Was die innere Liberalisierung anging, so erreichten die Repressionen entgegengesetzt zu einer generellen Tendenz 1953 in Polen einen Siedepunkt.

Besonders die Beziehungen zwischen Staat und Kirche hatten sich zugespitzt.⁷³ Die offene Kirchenverfolgung begann mit einem ersten großen Schauprozess vom 21.-27. Januar gegen fünf Geistliche und drei Angestellte der Erzdiozese Krakau. Ein empfindlicher Schlag für die polnische Kirche war das Anfang Februar seitens der Behörden erlassene Dekret, wonach kirchliche Stellen nur mit Genehmigung der Regierung besetzt werden durften. Trotz aller Bemühungen des polnischen Primas, Stefan Wyszyński, nach einem *modus vivendi*, dachte die Regierung nicht an Versöhnung. Die Meldungen über Entfernungen von Priestern aus Ihren Ämtern mehrten sich. Mit jeder Woche erschienen weniger Organe der katholischen Presse.

Der Episkopat beschloss, ein Memorandum über die ernsthaften Verletzungen des vor drei Jahren geschlossenen Abkommens⁷⁴ (14. April 1950) an die Regierung zu richten. Doch die Regierung ging nunmehr zu einer offenen Unterdrückung der Kirche über. Am 13. September kündigte die Presse den Prozess gegen den Bischof von Kielce, Kaczmarek, an. Am 22. September 1953 verurteilte man ihn wegen „Spionage und Wirtschaftssabotage“ zu 12 Jahre Haft.⁷⁵ Wyszyńskis Protest gegen den Schauprozess gegen Bischof Kaczmarek blieb wirkungslos. Wenige Tage danach, am 25. September 1953, wurde er selbst verhaftet.⁷⁶ Am 28. September wurde er seiner Ämtern enthoben und interniert. Mit seiner Internierung wurde die Unterjochung des Episkopats unter die Staatsmacht eindeutig sichtbar.

⁷³ Eine detaillierte Darstellung findet man bei Andrzej *Micewski*, Stefan Kardinal Wyszyński, Primas von Polen: eine Biographie (Mainz/München 1990).

⁷⁴ In diesen Abkommen stimmte die Kirche dem sozialistischen Wirtschaftsaufbau zu, dafür garantierte der Staat unter anderem den Fortbestand der katholischen Universität in Lublin, der katholischen Presse und des Religionsunterrichts in den Schulen.

⁷⁵ Keesing's Archiv der Gegenwart 23. Jg. 1953, 4175 A.

⁷⁶ Vgl. *Micewski*, Stefan Kardinal Wyszyński, 134-143.

2.4. Tschechoslowakei

2.4.1. Die Währungsreform. Erste Protestaktionen

Die Ereignisse in der DDR und Ungarn hatten einen unmittelbaren Einfluss auf die Stimmungen und Vorgänge in der Tschechoslowakei. Auch der Tschechoslowakei blieben die Folgen einer seit 1948 nach sowjetischem Muster betriebenen destruktiven Wirtschaftspolitik nicht erspart. Die hoch geschraubte Industrialisierung, insbesondere Schwerindustrie, und Militarisierung des Landes führten zu besonders schwerwiegenden Transformationen im sozialen System.

Die Ineffektivität der Wirtschaftspolitik der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ⁷⁷) und die Inkonsequenz der gesellschaftlichen Nivellierung hatten einen Mangel an Warenbestände auf dem tschechoslowakischen Binnenmarkt zur Folge.⁷⁸ Zur Verschlimmerung der Lage führte auch das Faktum, dass es in der Tschechoslowakei einen „zweifachen Markt“ gab. Die Lösung zur Entspannung der Lage sah die tschechoslowakische Führung in der Abschaffung des „doppelten Marktes“ und in der Durchführung einer Währungsreform.⁷⁹

Die Währungsreform⁸⁰, die am 31. Mai 1953 in der Tschechoslowakei durchgeführt wurde, hatte jedoch einen Gegeneffekt. Sie trug zur weiteren Verschärfung der politischen und sozialen Spannungen im Lande bei. So „während die Löhne entsprechend dem Währungsschnitt im Verhältnis 5:1, d.h. also um 80 Prozent reduziert wurden, setzte man die Warenpreise gegenüber den Preisen der bisher bewirtschafteten Waren nur um 30% herab“⁸¹. Das rief natürlich Verdrossenheit bei der Bevölkerung hervor. An vielen Arbeitsstätten gingen die Meetings in Demonstrationen über. Protestaktionen fanden in Strakonice, Vimperk, Bohumín, und Orlová statt. Die größten Massenkundgebungen waren in Pilsen, wo sogar das Rathaus und der Stadtrundfunk für kurze Zeit von Demonstranten besetzt waren.

⁷⁷ Komunistická Strana Československa- KSČ.

⁷⁸ Vgl. *Pernes*, Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei. In: *Kleißmann, Stöver* (Hrsg.), 1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, 94-95.

⁷⁹ Vgl. ebd. 95.

⁸⁰ Keesing's Archiv der Gegenwart 23. Jg. 1953, 4018 A.

⁸¹ Rudolf *Neuman*, Walter *Hildebrandt*, Bruno *Kiesewetter*, Der neue Kurs im sowjetischen Vorfeld. In: *Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens* Jg. IV, Heft VI (o. O. 1954), 461.

Erst am Abend des 1. Juni 1953 gelang es den Sicherheitsorganen die Unruhen in der Stadt aufzulösen.⁸²

Die entflammten Emotionen waren eine Erscheinung von angesammelten und unterdrückten antikommunistischen Gefühlen im Bezug auf die Parteipolitik dieser Zeit. Hochrufe auf die Präsidenten Masaryk und Beneš während der Kundgebungen waren Beleg dafür ebenso wie die Rufe nach Freiheit. Bilder kommunistischer Führer wurden vernichtet, staatliche Dokumente verbrannt und Maschinen in Fabriken zerstört.

Der gestärkte Widerstand der privat wirtschaftenden Bauern sowie der massive Rückgang der Arbeitsmoral sind als Folgen der Währungsreform anzusehen. Dies spiegelte sich wiederum nicht nur in der Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeiter, die beträchtlich sank, sondern auch in der Rentabilität der Arbeitsstätte wider.⁸³

Solche Demonstrationen mit antikommunistischen und nationalistischen Charakter hatte es schon Anfang März gegeben. Sie hatten aus Anlass des Geburtstagstags von Tomáš G. Masaryk, dem Ersten Präsidenten der Tschechoslowakei, stattgefunden und dabei schon auf ein wachsendes Unruhepotential hingewiesen. Nicht unbewusst gab es Geheiminstruktionen und Mobilisierung der Ordnungskräfte bei der Einführung der Währungsreform.⁸⁴ Die tschechoslowakische Führung sah die finanzpolitische Notwendigkeit der Währungsreform, jedoch erkannte sie auch die hohe sozialpolitische Gefahr die sie in sich trug.⁸⁵

2.4.2. Die „Augustthesen“ – Alter Kurs mit kleinen Abänderungen

Die tschechoslowakische Gesellschaft interessierte sich lebhaft für die Vorgänge in der DDR. Auch die Veränderungen in Ungarn wurden mit Interesse verfolgt.⁸⁶ Indessen begann die kommunistische Führung die ernsthaften Probleme der

⁸² Vgl. *Pernes*, Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei, 100-101.

⁸³ Vgl. *Walter Hildebrandt*, Der Neue Kurs im sowjetischen Vorfeld – Tschechoslowakei, 461.

⁸⁴ Vgl. *Pernes*, Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei, 98-99.

⁸⁵ Vgl. Bernd *Stöver*, Das Umbruchsjahr 1953- Ein Resümee. In: *Kleßmann, Stöver* (Hrsg.), 1953-Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, 206.

⁸⁶ Vgl. *Pernes*, Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei, 105.

tschechoslowakischen Wirtschaft zu realisieren. Die Berichte über die sich mehrenden Austritte aus der Einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaft (JZD⁸⁷) wurden immer deutlicher. Im Juli 1953 schwollen die Austritte der Bauern aus den Genossenschaften so enorm an, dass binnen eines Monats 8.743 Bauern austraten⁸⁸. Die öffentliche Kritik an der Wirtschaftspolitik weitete sich aus. Der entscheidende Faktor, der zu einer Kursänderung der Politik führen sollte, war wiederum die Sowjetunion.

Das Problem der Trennung der beiden Posten löste sich in der Tschechoslowakei von selbst. Staatspräsident Klement Gottwald⁸⁹ starb kurz nach seiner Rückkehr von der Trauerfeier in Moskau am 14. März 1953. Das bot die Möglichkeit, die Macht zwischen dem neuen Ersten Sekretär, Antonin Novotný, und dem vom Premierposten ins Staatspräsidium gewechselten, Antonin Zápotocký, aufzuteilen.

Die tschechoslowakische Führungsspitze musste ebenfalls wie ihre ungarischen Genossen ihre Politik im Kreml revidieren. Die Beratungen fanden in der ersten Junihälfte 1953 statt. Die übliche Kritik von sowjetischer Seite wurde auch hier geübt. An Empfehlungen mangelte es nicht. Sieben Fachkommissionen sollten die Grundlinien der tschechoslowakischen Wirtschaft untersuchen, Berichte über den wirklichen Zustand der Arbeitsgebiete erstellen und Verbesserungsentwürfe ausarbeiten.⁹⁰

Am 30. Juli befasste sich das Politbüro der KSČ zum ersten Mal mit dem von den Fachkommissionen erarbeiteten Material. Der Bericht wurde in dieser Sitzung nicht genehmigt. Eine erneute Sitzung des Politbüros fand am 2. August 1953 statt.⁹¹

Die „Augustthesen“⁹² sind von Jiří Pernes treffend als erster Aufsatz eines kritischen Gutachtens der tschechoslowakischen Wirtschaft zu Beginn der fünfziger Jahre, wo nicht nur über Errungenschaften „beim Aufbau des

⁸⁷ Jednotné zemědělské družstvo- JZD.

⁸⁸ Vgl. *Kaplan*, 23.

⁸⁹ Klement Gottwald (1896-1953) war ab 1929 Generalsekretär der KSČ, in der er eine stalinistische Linie durchsetzte. Ab 1938 war er im Exil in Moskau. Ab 1946 Ministerpräsident, entließ er im Februar 1948 mit Billigung von Eduard Beneš die nichtkommunistischen Minister und leitete damit die kommunistische Machtübernahme ein. Nach Eduard Beneš Rücktritt wurde er Staatspräsident und hielt bis zu seinem Tod die gesamte Macht in seinen Händen. Quelle: Ploetz - Lexikon der Weltgeschichte. Personen und Begriffe von A bis Z.

⁹⁰ Vgl. *Pernes*, Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei, 106.

⁹¹ Vgl. ebd. 106-107.

⁹² Der Bericht wurde gewöhnlich als „Augustthesen“ benannt.

Sozialismus“, sondern erstmals auch über „ernste Fehler“ gesprochen wurde, beurteilt.⁹³ Grundsätzlich stimmten sie mit den Grundlinien des „Neuen Kurses“ überein. Die Leicht- und Konsumgüterproduktion gewann größere Priorität gegenüber der Schwerindustrie. Den Genossenschaften und den Privatbauern wurde mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Die „Augustthesen“ wurden nicht als Ganzes bewilligt. Nur einzelne Beschlüsse wurden verabschiedet. Dazu kam die Stellungnahme Moskaus zu den Thesen. Kritik im Hinblick auf die momentane Wirtschaftspolitik sowie des innenpolitischen und innerparteilichen Lebens wurde ausgedrückt. Zugleich merkte Moskau aber an, dass die Selbstkritik der tschechoslowakischen Genossen überzogen dargestellt wäre und einige Abfassungen sogar „falsch und schädlich“ seien.⁹⁴

Dieser Widerspruch in der Stellungnahme Moskaus zeigt deutlich, wie weit die Führungsspitze in Moskau bei ihrer Entstalinisierungspolitik bereit war zu gehen.

Das Referat, das Zápotocký am 4. September 1953 auf der Sitzung des Zentralkomitees vortragen sollte, wurde Objekt intensiver Diskussionen. Erst eine dritte Version wurde genehmigt, die sich wesentlich von der ursprünglichen unterschied. In dem neuen Dokument unter dem Namen „Die politische Situation und die Aufgabe der Partei“ wurde eine Textabschwächung vorgenommen. Die Textpassagen über die Gesetzesverletzungen, die negativen Anmerkungen über den Parteiapparat, die Nationalausschüsse und die nachsichtslosen Methoden der Parteifunktionäre wurden getilgt. In seiner Endfassung bekräftigte das Dokument die Richtigkeit der „Generallinie des Aufbaus und des Umbaus der tschechoslowakischen Volkswirtschaft“. Grundlegende Änderungen dieser Linie sollten nicht eintreten. Es sollten nur einige Verbesserungskorrekturen gemacht werden.⁹⁵

Zápotockýs Referat wurde als „eine politische Richtlinie“ angesehen. Die konkreten Vorkehrungen wurden von Ministerpräsident Viliam Široký in seiner Regierungserklärung vom 15. September 1953 vor dem Parlament angekündigt.⁹⁶

⁹³ Vgl. *Pernes*, Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei, 107.

⁹⁴ Vgl. ebd. 107-109.

⁹⁵ Vgl. ebd. 110.

⁹⁶ Vgl. *Kaplan*, 24.

Zápotockýs Rede und die verkündeten Regierungsmaßnahmen entfachten innerparteiliche Diskussionen, die auch in die Basisorganisationen drangen. Nicht bei allen fand sie ein positiver Widerhall. Es herrschten gemischte Gefühle. Eine Bereitschaft für die Enthüllung der Fehler wurde ausgedrückt, nicht jedoch für tief greifende politische Veränderungen. Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung des „Neuen Kurses“ existierten selbst innerhalb der tschechoslowakischen Führungsspitze. Dabei spielten Machtinteressen, die später in einer offenen Kontroverse zwischen Zápotocký und Novotný gipfelten, eine große Rolle.⁹⁷

Die ersten Monate des „Neuen Kurses“ brachten auch nicht die geplanten Ergebnisse. Die Austrittswelle der Bauern aus den landwirtschaftlichen Genossenschaften setzte sich fort. Im Jahr 1954 waren es schon über 36.000. Die Arbeitsleistungen in den Arbeitsstätten verbesserten sich kaum und die Produktionsquote stieg um nur 2,3%. Die wirtschaftenden Landleute konnten sogar die herabgesetzten Lieferquoten nicht erfüllen. Dies führte zu weiteren Problemen in deren Lebensunterhalt.⁹⁸

Politische Fragen flossen kaum in Diskussionen ein. Außerdem der Überprüfung der politischen Prozesse galt kein Interesse. Parallel dazu wurde eine neue Serie politischer Prozesse eingeleitet.⁹⁹

3. Der „Neue Kurs“ – ein Abschied vom „Stalinismus“?

Als Antwort auf diese Frage ist hier besonders Brzezinski, der sehr zutreffend die neue Politik der Nachfolger Stalins definierte, zu zitieren:

„An die Stelle des chirurgischen Eingriffs, den Stalin wohl in den letzten Tagen seines Lebens plante, trat eine ausgedehnte Kur“¹⁰⁰.

⁹⁷ Vgl. *Kaplan*, 26-28.

⁹⁸ Vgl. ebd. 26.

⁹⁹ Vgl. Miroslav Šiška, *Verschwörer, Spione, Staatsfeinde. Politische Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954* (Berlin 1991) 98-107.

¹⁰⁰ *Brzezinski*, *Der Sowjetblock*, 175.

Die neue Kremlführung setzte zwar neue Akzente in ihrer Innen- und Außenpolitik, jedoch sollten sie auf keinen Fall die Kontinuität mit der in der Vergangenheit praktizierten Politik bedrohen. Die getroffenen politischen und ökonomischen Verordnungen dieser Zeit sollten nur zu einer Verminderung der allzu störend gewordenen Reibungsverluste führen. Es sollten lediglich die exzessiven Methoden des Stalinismus entfernt werden. Eben diese neue Politik durchzusetzen, insbesondere in den Satellitenstaaten, erwies sich als keine leichte Aufgabe. Für ihre Durchführung wurden Persönlichkeiten gebraucht, die fähig waren, sich an die neu entstandene Situation anzupassen. Durch die zu Stalins Zeit entstandene Konformität fiel es aber sehr schwer, solche Leute zu finden. Einerseits saßen auf den Posten des Generalsekretärs vertraute und verehrte Stalinisten wie Bierut und Rákosi. Parteipolitiker, die nicht im Stande waren, „einer anderen als der stalinistischen Linie zu folgen“. Moskau konnte es sich zu diesem Zeitpunkt nicht erlauben, diese „hundertprozentigen Stalinisten“ ans Ruder ihrer „Satellitenstaaten“ zu lassen. Andererseits existierten inoffiziell die so genannten „Nationalisten“ oder „Rechte“. Sie trugen in sich das Potential, den „Neuen Kurs“ in ihren eigenen Ländern einzuschlagen, denn ihr Programm deckte fast alle Programmpunkte des „Neuen Kurses“ ab. Das Problem bestand darin, dass ihre Reformforderungen darüber hinausgingen. Sie strebten nach einer größeren Autarkie, um autonomer vom Kreml zu sein, was selbstverständlich wiederum für Moskau unakzeptabel war. Man wollte das System als Ganzes nicht aufs Spiel setzen.¹⁰¹

Beachtet man diese – jeweils unterschiedlich gewichtete - „Patt Situation“, ist es auch leichter zu verstehen, warum der „Neue Kurs“ schon von Beginn an kränkelte. Spezifisch für Ungarn war die Entstehung einer dualistischen politischen Situation, verkörpert von Nagy und Rákosi. Nagy, ein überzeugter Anhänger des „Neuen Kurses“, verfasste das Programm und wurde somit zum Ausleger der Ideologie. Rákosi, als dessen politischer Gegner, behielt die Parteikontrolle und damit auch die Macht.¹⁰²

Polens Zurückhaltung bei der Einführung des neuen Programms sollte sich zum Teil mit seiner bisherigen behutsamen Politik begründen. Hier ging man „in der

¹⁰¹ Vgl. David J. *Dallin*, Sowjetische Außenpolitik nach Stalins Tod (Köln/Berlin 1961) 206-207.

¹⁰² Vgl. *Brzezinski*, 181.

blinden Nachahmung und Anbetung alles Sowjetischen [...] etwas behutsamer zu Werk“¹⁰³. In Polen „[...] gab es weniger Gewaltmaßnahmen in der Partei selbst, die Kollektivierung und die Ablieferungspflicht der Landwirtschaft der Bauern waren milder“¹⁰⁴.

Personalpolitisch gesehen wäre eine radikale Wende nicht ohne politisches Risiko gewesen. Denn hier bestanden immer noch politische Alternativen, personifiziert durch Władisław Gomułka, der noch am Leben war. Daher erschienen für die polnischen Führer „Vorsicht und Behutsamkeit bei der Abkehr vom wirtschaftlichen und politischen Radikalismus [...] als ein Gebot der Klugheit“¹⁰⁵.

III. Ostmitteleuropa in den Jahren 1954 - 1955

Das Jahr 1954 steht im Zeichen der Parteikongresse der kommunistischen Parteien. Sie verteilen sich im Jahr folgendermaßen: 10.-17. März PZPR, für sie ist das der II. Parteikongress, 24.-30. Mai MDP, der III. Parteitag und am Ende die KSČ vom 11.-15. Juni, der X. Parteitag. Die Entscheidungen, die getroffen wurden, sind bei allen sehr ähnlich. Im Zentrum standen die ökonomischen Probleme und die Wege zu deren Lösung, die man in einer Drosselung der Schwerindustrie und in einer Hebung der landwirtschaftlichen Produktion suchte.¹⁰⁶

1. Ungarn

1.1. Der Widerspruch: „Neuer Kurs“ und praktische Maßnahmen

Das innerparteiliche Leben Ungarns war vor dem III. Parteitag der MDP (24.- 30. Mai 1954) von heftigen politischen Auseinandersetzungen zwischen zwei Richtungen bestimmt. Die beiden Richtungen existierten schon früher, aber sie

¹⁰³ *Brzezinski*, 85.

¹⁰⁴ Ebd.

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ Vgl. E.- Chr. *Schepky*, G. *Mergl*, H. *Slapnica*, Die Parteikongresse in Osteuropa. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens Jg. IV Heft 6 (o. O. 1954) 453-458.

offenbarten sich erst nach den durchgeführten Änderungen in Folge des „Neuen Kurses“, der durch Druck von außen durchgeführt wurde. Die neue Richtung, die für wirtschaftliche Reformen kämpfte und es für eine gewisse Zeit geschafft hat, dass Konzept des „Neuen Kurses“ durchzusetzen, wurde durch Nagy und seine Anhänger vertreten. Die Traditionalisten versuchten, nachdem sie ihr Monopol über die Partei- und Staatsregierung verloren hatte, so viel wie möglich von ihrer Herrschaft zu behalten bzw. zurückzubekommen. Sie gruppierte sich um Rákosi, der weiter an der Parteispitze stand und versuchte, weiterhin mit alten, unflexiblen Methoden zu regieren.

Die Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme des Landes bestimmte die politischen Diskussionen. Die Schwierigkeiten wurden meistens als Konsequenz des „Neuen Kurses“ gewertet und benutzt, um eine weitere Priorität des „Neuen Kurses“, die Sozialpolitik, zu bremsen.¹⁰⁷

Die Meinungsdivergenzen, die in der ungarischen Führung herrschten, waren Anlass eines Zusammentreffens zwischen den ungarischen und sowjetischen Genossen in Moskau Anfang Mai 1954. Bei den Gesprächen wurde von sowjetischer Seite die Besorgnis über den Zustand der ungarischen Wirtschaft sowie über die Interessenskonflikte innerhalb der Parteiführung klar ausgedrückt. Diese parteiinternen Konflikte in Ungarn waren deshalb so ungünstig für die UdSSR, da sie zu dieser Zeit ihre Politik der „friedlichen Koexistenz“ vorantreiben wollte.¹⁰⁸

Andererseits hielt Moskau die Zeit nicht für reif, um radikale Maßnahmen in der ungarischen Führung durchzuführen. Es war nur ein Jahr vergangen, seitdem Malenkov die Politik des „Neuen Kurses“ verkündet hatte. Man darf nicht vergessen, dass es eine sehr vorsichtige und schrittweise Politik war. Moskau benötigte Nagy, um den „Neuen Kurs“ in Ungarn durchzuführen. Andererseits war Moskau noch nicht bereit, sich von Rákosi endgültig zu trennen, da er immer noch die „Eselsbrücke“ zur alten Politik war.¹⁰⁹ „So standen Ideologie und Macht unter einer sehr dünnen Kruste scheinbarer Einheit einander feindlich gegenüber“¹¹⁰.

¹⁰⁷ Vgl. *Rainer*, Ungarn 1953-1956, 171-173.

¹⁰⁸ Vgl. ebd. 173-175.

¹⁰⁹ Vgl. *Brzezinski*, Der Sowjetblock, 233.

¹¹⁰ Ebd. 223.

Diese scheinbare Einheit wurde besonders gut auf dem III. Parteitag der MPD vorgespielt. Nagy sprach „über die stabile politische Geschlossenheit in der Parteiführung“ und Rákosi deutete in seinem Rechenschaftsbericht Fehler und Defizite an, um nur anzufügen, dass diese bereits mit dem Beschluss von Juni 1953 bereinigt worden seien.¹¹¹

Der von Moskau gewünschte und beabsichtigte Ausgleich der Machtverhältnisse zwischen den beiden Interessengruppen hielt nicht lange an.

Ungarn ist ein gutes Beispiel für eine in den „Volksdemokratien“ typische Erscheinung, die es zugelassen hatte, dass die neu angenommene Wirtschaftspolitik von denselben Leuten, die auch die „alte“ realisiert haben, durchgeführt wurde. Besonders drastisch ist hier der Widerspruch zwischen mündlichem Einverständnis mit der „neuen Politik“ und den praktischen Maßnahmen, die von den Parteistrukturen sabotiert wurde.

Während Nagy in Urlaub weilte, legte Béla Szalai, Vorsitzender des staatlichen Planungsamts, dem Politbüro die Richtlinien des Jahres 1955 vor. Mit diesem Entwurf wurden „den Investitionen, dem Wirtschaftswachstum (minimal 5%) und einem Aktivsaldo des Außenhandels eindeutig Priorität gegenüber dem Lebensstandard der Bevölkerung“¹¹² gegeben. Das Politbüro stimmte den Vorlagen zu, obwohl neben der von Nagy noch drei weitere Zustimmungen von ordentlichen Mitgliedern (Acz, Farkas und Hidas) fehlten. Die erforderlichen Maßregeln sollten von einer Wirtschaftskommission ausgearbeitet werden. Vorsitzender dieser Kommission war Ernő Gerő. Die Beschlüsse standen im deutlichen Widerspruch zu Nagys Regierungsprogramm. Als Nagy in den ersten Septembertagen zurückkam, stellte er fest, dass die aktuellen Maßnahmen ein Putschversuch gegen den „Neuen Kurs“ waren. In der Sitzung des Politbüros vom 15. September 1954 wurden die Entwürfe des Ausschusses für Wirtschaftspolitik abgelehnt, was ein großer Sieg für Nagy und seine Anhänger war.¹¹³

Nach der Parteisitzung vom 1.-3. Oktober 1954 schien es, als ob die Anhänger des „Neuen Kurses“ gewonnen hätten. Nagys Selbstvertrauen war so gewachsen,

¹¹¹ Vgl. *Rainer*, Ungarn 1953-1956 176.

¹¹² Ebd. 178.

¹¹³ Vgl. *Varga*, Zur Vorgeschichte der ungarischen Revolution, 69-72.

dass er in einem Leitartikel in der „Szabad Nep“ vom 20. Oktober die Ablehnung jener Politik, die die Realisierung des Regierungsprogramms boykottieren wollte, erstmals öffentlich äußerte.¹¹⁴ Später sollte eben dieser Artikel zu seiner Entmachtung dienen.¹¹⁵

1.2. Die Wiederbelebung der Öffentlichkeit

1954 war das Jahr der Fußball- Weltmeisterschaft, ein scheinbar politisch unbedeutendes Ereignis, jedoch mit weit reichenden späteren Folgen. Während dieser Zeit genoss die ungarische Fußballmannschaft weltweit Ruhm und alle glaubten an ihren Erfolg. Nun, am 4. Juni, verlor das ungarische Team 3:2 gegen die bundesdeutschen Fußballspieler im Finale der Fußballweltmeisterschaft in Bern. Noch am gleichen Abend kam es zu Ausschreitungen auf den Straßen von Budapest. In den nächsten Tagen eskalierten die Unruhen. Mehrere Tausende gingen auf die Straßen, um ihrer Enttäuschung über diese Niederlage Ausdruck zu geben. Die Presse selbst blieb stumm. Die Redakteure der „Szabad Nép“ erhielten höchst persönlich von Rákosi das Verbot, die Vorgänge zu erwähnen.¹¹⁶

„Doch alle hatten das Gefühl, dass etwas geschehen sei - etwas Bedeutungsvolles [...]. Es war ein Ausbruch, ein Ausdruck der Unzufriedenheit - eben eine Demonstration. Es war etwas Verbotenes, was gut schmeckte“¹¹⁷.

Die spontanen Demonstrationen fanden nicht nur auf Sportveranstaltungen statt.¹¹⁸

Für die Belebung des öffentlichen Lebens spielte die Tätigkeit der Journalisten und Schriftsteller eine große Rolle. Auf der Mitarbeiterkonferenz der Parteiorganisation der Parteizeitung „Szabad Nép“, die vom 22. bis 25. Oktober 1954 stattfand, befürworteten alle Redner den Beschluss des Zentralkomitees vom Oktober 1954, forderten personelle Konsequenzen und wünschten eine offene und ehrliche Politik:

¹¹⁴ Vgl. *Rainer*, Ungarn 1953-1956, 182-183.

¹¹⁵ Vgl. ebd. 189-190.

¹¹⁶ Vgl. Tibor Méray, *Die Revolte des Intellekts* (München 1961) 225-228.; *Rainer*, Ungarn 1953-1956, 186.

¹¹⁷ Ebd. 228.

¹¹⁸ Vgl. *Rainer*, Ungarn 1953-1956, 187, Anm. 3.

„Wir brauchen in Ungarn [...] ein reinigendes Gewitter, das das ganze Land [...] von allem Schmutz, allem Dreck und dem Widerstand gegen das neue Programm befreit [...] Dieses Gewitter soll alles Faule vernichten und allem, was gut ist, neues Leben bringen.“¹¹⁹

Die Atmosphäre dieser Versammlung war in einem Beitrag von Tibor Méray deutlich zu spüren:

„Wir sind durch die letzten zehn Jahre abgehärtet, uns haben die Entwicklungen im Juni die Augen geöffnet: man kann uns nicht mehr einfach Angst einjagen. Wir können nicht mehr erschreckt werden, indem man mit Strafen droht, indem wir zu Kleinbürgern abgestempelt werden oder indem mit der Faust auf den Tisch gehauen wird. Es kommen neue Zeiten: Wir schlagen zu [...]. Wir brauchen einen Strom der Läuterung, der das Land von unten nach oben und von oben nach unten konsequent von Schwächen und Fehler, von Unreinheit, von Schmutz, von Widerstand und von allem Bösen befreit.“¹²⁰

Péter Kende referierte über den Grundsatz einer neuen politischen Ethik:

„Der Anspruch an Ehrlichkeit lässt sich meiner Meinung nach ganz einfach formulieren: Lasst uns nicht lügen! Nicht einmal die Wirklichkeit beschönigen: Lasst uns doch immer die Wahrheit sagen, [...] machen wir unser Volk mit den Problemen vertraut, und dann [...] können wir dazu beitragen, das in letzter Zeit unserer Partei gegenüber verloren gegangene Vertrauen, beim Volk wiederzugewinnen.“¹²¹

1.3. Das Scheitern des „Neuen Kurses“

In der Fachliteratur wird meistens die Ansicht vertreten, dass der Niedergang des „Neuen Kurses“ in Ungarn unmittelbar mit äußeren Faktoren, im speziellen mit den innerparteilichen Intrigen innerhalb der Kreml-Oligarchie, zusammen hängt. Als direkter Faktor wird Malenkovs Sturz, der nach Berija in den Hintergrund gedrängt wurde angegeben. Es ist bekannt, dass Nagy zu Malenkovs Leuten gezählt

¹¹⁹ Méray, Die Revolte des Intellekts, 262-263.

¹²⁰ Rainer, Ungarn 1953-1956, 187-188.

¹²¹ Ebd. 188.

wurde.¹²² Neben diesen wahrscheinlich primären Grund hatte zweifellos Rákosi selbst zumindest eine sekundäre Rolle für seine Entmachtung gespielt.

Der ungarische Parteichef, der unmittelbar nach der ZK-Sitzung vom 1. bis 3. Oktober 1954 nach Moskau auf Krankenurlaub gefahren war, kehrte Ende November nach Budapest zurück. Während seines Moskauaufenthalts hatte er die Möglichkeit, sich mit den aktuellen sowjetischen Verhältnissen vertraut zu machen. Und noch wichtiger, es gelang ihm anscheinend, Nagys „Neuen Kurs“ zu diffamieren. Als Rákosi zurück nach Ungarn kam, wusste er bereits: „In Moskau hatte sich der Wind gedreht“¹²³.

Seinen direkten Angriff gegen Nagy eröffnete Rákosi auf der Sitzung des Politbüros am 1. Dezember 1954. Nagy übte zwar die erforderliche Selbstkritik, versuchte aber zugleich sich zu verteidigen. In diesem Kampf war er diesmal allein. Dieselben Mitglieder des Politbüros, die Mitte September/Anfang Oktober noch auf seiner Seite standen, wandten sich jetzt gegen ihn.¹²⁴ In diesem einseitigen Kampf bemerkte Nagy mit Bedauern:

„[...] wieder versuchen wir, die Fehler zu vertuschen, die das Land an den Rand einer Katastrophe brachten [...]. Die Schuld für diese Schwierigkeiten versuchen Sie, der Politik vom Juni, der Politik des neuen Kurses anzulasten. Damit bin ich nicht einverstanden. Wenn ich allein stehe, stehe ich allein, aber dies bedeutet nicht, dass ich unrecht habe [...]“¹²⁵

Nagys Ansichten wurden auch von den Sowjetführern bei den „Konsultationen“, die am 8. Jänner 1955 in Moskau stattgefunden haben, entscheidend kritisiert und verurteilt. Dort wurde er beschuldigt, falsche und schädliche Anschauungen in der Bauernfrage, in der Frage der Volksfront und der Industrialisierung zu vertreten.¹²⁶ Seine Position wurde als „partei-feindlich“ und „kleinbürgerlich“ bezeichnet. Seine Einstellung „bucharinistisch“ genannt.¹²⁷ Der schon in Moskau von der ungarischen

¹²² Rainer, Ungarn 1953-1956, 185.; Brzezinski, Der Sowjetblock, 235.

¹²³ György Litván, Die ungarische Revolution 1956. In: Joitzik (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa, 151.

¹²⁴ Vgl. Varga, Zur Vorgeschichte der ungarischen Revolution, 73-74.

¹²⁵ Ebd. 74.

¹²⁶ Vgl. Varga, Zur Vorgeschichte der ungarischen Revolution, 75.

¹²⁷ Vgl. Rainer, Ungarn 1953-1956, 190.

Delegation verfasste Resolutionsentwurf bedeutete zugleich das Scheitern des „Neuen Kurses“. In der Resolution wurde nachdrücklich betont, dass

„[...] die Politik der Partei im wesentlichen auch in den Jahren vor 1953 richtig war.“¹²⁸

Auch Nagy signierte das Dokument, das zugleich zum Scheitern seine politischen Ansichten führte.

Am 1. Februar 1954 erlitt Nagy einen Herzinfarkt. Dies schuf für Rákosi günstige Bedingungen, um seine gegnerische Offensive erfolgreich weiterzuführen. In der Sitzung des Zentralkomitees vom 2. bis 4. März 1955 wurde Nagy des Rechtsopportunismus beschuldigt. Am 18. April bei der Sitzung des Parlaments wurde er folglich von seinem Posten als Ministerpräsident enthoben. András Hegedüs wurde zu seinem Nachfolger als Ministerpräsident gewählt. Nagy musste nicht nur sein Mandat als Abgeordneter aufgeben, sondern auch als Vorstandsmitglied der Patriotischen Volksfront zurücktreten und auf seine Professoren- und akademische Titulaturen verzichten.¹²⁹

Im Einklang mit den Beschlüssen des Zentralkomitees der MDP vom Frühjahr 1955 wurde im Wirtschaftsplan des Jahres 1955 sowie dem zweiten Fünfjahresplan 1956-1960 erneut der Schwerindustrie ein absoluter Vorrang gegeben. Privat wirtschaftenden Bauern wurden erneut massiv finanziell belastet.¹³⁰

Die Umkehr zur alten Politik stieß aber auf Widerstand seitens der Parteiintelligenz. In der zweiten Hälfte des Jahres 1955 verstärkte sich zudem die Opposition unter den Schriftstellern und Journalisten gegen die Restaurationspolitik Rákosis. Einzelne Maßnahmen der Regierung zur Rehabilitierung politisch Verurteilter konnten die wachsende Kritik der Journalisten und Schriftsteller nicht dämpfen. Kardinal Mindszenty¹³¹ wurde am 16. Juli aus dem Gefängnis entlassen, blieb aber unter Hausarrest. Die Auseinandersetzungen gingen weiter. Nach der

¹²⁸ *Rainer*, Ungarn 1953-1956, 191.

¹²⁹ Vgl. ebd. 191-192.

¹³⁰ Vgl. ebd. 193.

¹³¹ József Kardinal Mindszenty (1892-1975) war von 1945 bis 1974 Erzbischof von Esztergom und Primas von Ungarn. Aufgrund fiktiver Anschuldigungen fand 1949 ein Schauprozess vor einem Volksgericht statt - zu lebenslänglichen Haft verurteilt. 1956 befreit, floh er in die Botschaft der Vereinigten Staaten und verließ Ungarn 1971. Quelle: *Litván, Back* (Hrsg.), *Die ungarische Revolution*, 204.

Beschlagnahmung einer Nummer der literarischen Wochenzeitschrift „Irodalmi Újság“ im September 1955 trat der Gesamtvorstand des Schriftstellerverbandes zurück und 59 bekannte Autoren wandten sich mit einer Resolution an das Zentralkomitee der Partei. Sie forderten einen endgültigen Bruch mit antidemokratischen Methoden in der Kulturpolitik:

„Wir bitten das Zentralkomitee, die bisher ergriffenen, falschen administrativen Maßnahmen zu korrigieren und den Kulturarbeitern und der Presse eine Atmosphäre des reinen und aufrichtigen Parteilebens zu sichern – und damit das Äquivalent: die Gelegenheit zur ungestörten schöpferischen Arbeit, die dem Volk und der Sache der Sozialismus dient.“¹³²

Die angegriffenen Parteifunktionäre setzten sich zu Wehr. Der Streit zwischen Partei und Schriftstellerverband endete mit der Disziplinierung der rebellischen Intellektuellen.¹³³ Nagy, der von Rákosi für den Initiator der Schriftstelleraktion gehalten wurde, wurde im November 1955 aus der Partei ausgeschlossen. Somit hatte Rákosi letztendlich seinen ein Jahr zuvor begonnen Kampf zur Vollendung gebracht.

1.4. Ungarn – das „kranke Kind“ des sozialistischen Lagers

Trotz Nagys Entfernung von der politischen Szene gelang es Rákosi nicht, den Flügel der so genannten „Revisionisten“ oder „Nationalisten“ voll auszuschließen. Seit Frühling/Sommer 1955 begann sich um Nagy eine spezielle politische Konstellation zu bilden. Sie setzte sich vor allem aus den Kreisen der kommunistischen Intelligenz zusammen. Viele unter ihnen waren aus dem Gefängnis entlassene rehabilitierte Altkommunisten. Diese Gruppierung erweiterte sich in den nächsten Monaten stets. Bis Mitte 1956 gehörten dazu fast alle in der Partei aktiven Mitglieder des Schriftstellerverbandes. Weiters erweiterte sich der Kreis vorwiegend um Personen mit technischer Ausbildung, Lehrer und Journalisten. Aber auch aus solchen, die mittlerweile der Partei nicht mehr

¹³² Méray, Die Revolte des Intellekts, 320.

¹³³ Vgl. ebd. 312-349.

angehörten und sich trotzdem der Ideologie nahe fühlten.¹³⁴ Eben diese Gruppierung war ein potentieller Träger der Unzufriedenheit in der Gesellschaft, der jederzeit „im laufenden Diskurs die Unzufriedenheit der Gesellschaft adäquat zum Ausdruck [...] bringen [konnte]“¹³⁵.

Andererseits war in Ungarn die Frage nach der Verantwortung für die konstituierten Schauprozesse weiterhin virulent. In Verbindung mit Moskaus politischen Bemühungen zu dieser Zeit die Versöhnung mit Tito anzustreben, erklärt dies die besondere Stellung Ungarns um die Jahrwende 1955/1956. Titos Forderung, die Verantwortlichen der antititoistischen Schauprozesse der sozialistischen Länder auszuschalten, war einer der wesentlichsten Punkte für die Normalisierung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen. Die größte Hürde dabei war Rákosis unflexible stalinistische Führungsmethode.

2. Polen

2.1. Der Fall Światło.

Die Trennung zwischen dem Posten des Ersten Sekretärs und dem des Premierministers wurde in Polen erst auf dem II. Parteitag der PZPR (7.-17. März 1954)¹³⁶ vollzogen. Bierut wurde am 18. März 1954 als Erster Sekretär in der bisherigen Position des Parteiführers bestätigt, gab aber im folgenden das Amt des Ministerpräsidenten an Józef Cyrankiewicz ab. Doch dieser Schritt brachte keine großen, bedeutungsvollen Veränderungen in das parteipolitische und innenpolitische Leben Polens. Das Politbüro wurde kaum verändert wieder gewählt. Auch Beschlüsse brachten keine entscheidenden Reformen. Diese wurde ja eigentlich auch nicht gewünscht. Die polnische Führung sah frühzeitig ein, dass sie bei der Einschlagung des „Neuen Kurses“ nicht zu weit gehen dürfe, wenn sie nicht das Problem der „rechten nationalistischen Abweichung“ – personifiziert in Gomułka - aufrollen wolle. Die Führung konzentrierte sich vor allem auf

¹³⁴ Vgl. György *Litván*, János M. *Bak* (Hrsg.), Die ungarische Revolution. Reform – Aufstand – Vergeltung (Wien 1994) 46-48.

¹³⁵ *Rainer*, Ungarn 1953-1956, 194.

¹³⁶ Vgl. Harald *Laeuen*, Der polnische Parteikongress. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens Jg. IV, Heft 3 (o.O.1954)174-179.

wirtschaftliche Reformen, ohne dabei eine politische Demokratisierung anzugehen. Es ist daran zu erinnern, dass in Polen entgegen der allgemeinen Entwicklung, eine Verstärkung des polizeilichen Drucks zu registrieren war. Deshalb vermied die Führung auch die politischen Schwierigkeiten, die in Ungarn zu dieser Zeit auf der Tagesordnung standen.

Den Generalbericht auf dem II. Parteitag der PZPR erstatte Bierut. Hilary Minc¹³⁷ berichtete über die grundsätzlichen Aufgaben der beiden letzten Jahre des Sechsjahresplans (1950-1955). Zenon Nowak sprach ausschließlich über die Volkswirtschaft und Ochab behandelte organisatorische Angelegenheiten. In den Hauptpunkten war die Rechenschaft, die in diesen Referaten gezogen wurde, negativ. So ergab sich ein Rückgang der Mitgliederzahl der Partei¹³⁸ vor allem auf dem Land. Weiters zeigten sich Mängel bei der Leichtindustrieproduktion infolge einseitiger Bevorzugung der Schwerindustrie vor der Konsumgüterindustrie, Fehler in der Kollektivierungspolitik auf dem Lande sowie unzureichende landwirtschaftliche Produktion. Um diese Missstände zu beseitigen, wurde eine Drosselung des Tempos der Industrialisierung beschlossen. Die jährlichen Zuwachsraten der Industrieproduktion während der letzten zwei Planjahre sollten auf 10-11% gesenkt werden. Eine Neuordnung der Gemeindeverwaltung sollte eine produktivere Parteiarbeit auf dem Lande bringen.¹³⁹

Für die Beschleunigung der erforderlichen Korrekturen hatte in Polen der Fall Światło¹⁴⁰ die auslösende Rolle gespielt. Durch ihn erschütterte die Staatsmacht, was den Prozess ihrer politischen Demoralisierung in der Tat aktivierte. Auf die Berichte Światłos reagierte man ganz direkt. Diejenigen Personen, die die meiste Verantwortung für die Vorgänge, von denen Światło sprach, trugen, wurden massiv gebrandmarkt. Zugleich wurde das gewaltige Sicherheitsressort umorganisiert.

¹³⁷ Hilary Minc (1905-1974) PZPR- Politiker und Nationalökonom, seit 1944 Minister für Industrie. 1949-1954 Vorsitzender der zentralen Plankommission und Vizeministerpräsident. 1948-1956 Mitglied des Politbüros der ZK der PZPR, 1956 aus allen Ämtern entfernt. Quelle: Hans Roos, Geschichte der Polnischen Nation 1918-1985. Von der Staatsgründung im 1. Weltkrieg bis zur Gegenwart (Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1986) 368.

¹³⁸ Seit dem I. Kongress vom Dezember 1948 (1,500.000) – Februar 1954 (1,297.000). Vgl. ebd. 242.

¹³⁹ Vgl. Gotthold Rhode, Polens als „Volksdemokratie“. In: Markert Werner (Hrsg.) Osteuropa-Handbuch: Polen (Köln/Graz 1959) 248.

¹⁴⁰ Józef Światło, stellvertretender Direktor der Abteilung X des Ministeriums für öffentliche Sicherheit in Polen. Im Dezember 1954 flüchtet er nach West Berlin. Seine Berichte, die die Methoden des polnischen Sicherheitsapparates entlarvten und die Parteiführung kompromittierten, wurden ab September 1954 in Radio Free Europe gesendet. Diese wurden in Polen von Tausenden gehört.

Nach Absprache mit Moskau, wurden Neuordnungen rasch beschlossen. Im Oktober wurde von den Mitgliedern des Politbüros das Projekt für eine Reorganisierung des Sicherheitsressorts, das die Aufteilung des Ministeriums in zwei selbstständige Zentralverwaltungen mit unabhängigen Strukturen und Arbeitsplätzen vorsah, debattiert. Am 4. November billigte das Politbüro den Entwurf, ein Ministerium des Inneren und ein Komitee des Ministerrates für öffentliche Sicherheit zu bilden.¹⁴¹

Nach einer scharfen Kritik, die die Parteiführung und besonders der Sicherheitsapparat während der Beratung des zentralen Parteiaktivs vom 29.-30. November erhielten, wurden die organisatorischen Umbauten beschleunigt. Kurz danach wurde Gomułka unter strikter Geheimhaltung aus der Haft entlassen.¹⁴² Die volle Rehabilitierung Gomułka hatte sich anderthalb Jahre verzögert.

Gomułkas Freilassung im Dezember 1954 war eine erste Offenbarung für einen Rückzug der Partei von ihrer Anschauung zu „Gomułkas Ketzerei von 1948/1949“. Damit verlor sie entscheidend an Gewicht, „sie galt zwar noch als ideologische Abweichung, aber nicht mehr als Verrat“¹⁴³.

Kontrollen und Repressalien wurden beschränkt. In den meisten Arbeitsstätten wurden die Sicherheitszellen aufgelöst.¹⁴⁴

Einen großen Einfluss auf die Atmosphäre innerhalb des Sicherheitsapparats übte die Plenarsitzung des Zentralkomitees der PZPR vom 21.-24. Januar 1955 aus. Der Beschluss, der auch in der Presse veröffentlicht wurde, war mit zahlreichen Vorwürfen wie u. a. über „die Verhaftung unschuldiger Personen“, „die Anwendung illegaler Methoden in Ermittlungsverfahren“ und „strafbare Entgleisungen im Umgang mit Agenten“ ausgefüllt. Diese Erscheinungen waren Ausdruck des moralischen Niedergangs des Sicherheitsapparats. Die Missstimmung, die sich unter den Sicherheitsmitarbeitern verbreitete, erhöhte sich, als am 16. Februar das Sekretariat des Zentralkomitees ein Dekret zum „teilweisen Personalabbau“ im

¹⁴¹ Vgl. Andrzej *Paczkowski*, Der Sicherheitsapparat in den Jahren des „Tauwetters“. Der Fall Polen. In: *Foitzik* (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa, 173-174.

¹⁴² Vgl. ebd. 175-176.

¹⁴³ *Brzezinski*, Der Sowjetblock, 260.

¹⁴⁴ Vgl. Pawel *Machcewicz*, Der Umbruch in Polen 1956. Gesellschaftliches Bewusstsein, Massenbewegung, politische Krise. In: *Foitzik* (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa, 141.

Sicherheitsapparat beschloss. Daraus folgend kam es zur Entscheidung des Komitees, fast 11.000 Mitarbeiter zu entlassen.¹⁴⁵

2.2. Die Aktivierung der Gesellschaft

Die eigentliche Entstalinisierung wurde in Polen nicht von der Partei- und Staatsführung eingeleitet. Der entscheidende Anstoß kam von den Intellektuellen, der enttäuschten Jugend und den Arbeiterschaft. Schon 1954 zeigten sich die ersten Risse. Die polnische Gesellschaft begann, obwohl immer noch vorsichtig, ihre Forderung nach mehr Demokratie auszusprechen. Die Bürokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft sollte eingeschränkt werden. Diese neuen Impulse wurden am deutlichsten in den Bereichen der Kultur und in der Publizistik.

Von den Zeitschriften mit großer Bedeutung für die Aktivierung der polnischen Gesellschaft, spielte Ende 1955, Anfang 1956 die Wochenzeitschrift des polnischen Jugendverbands (ZMP¹⁴⁶) „Po Prostu“ eine maßgebende Rolle. Die Zeitschrift begann problematische Themen zu berühren und griff u.a. Fragen wie etwa die bisherigen Methoden des ZMP und die herrschende Dominanz des „sozialistischen Realismus“ im Bereich der Kunst auf. Einen besonders empfindlichen Themenbereich bildete die Frage zur Rolle der polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa) im Zweiten Weltkrieg. Das jugoslawische Gesellschaftssystem zog ebenso die Aufmerksamkeit des Blatts auf sich. Das Aufkommen dieser immer populärer werdenden Zeitschrift ging mit dem beinahe gleichzeitigen Auftauchen verschiedener Klubs¹⁴⁷ einher. Diese waren zweifelsohne im Jahre 1956 die zielführendste Art zur Organisation der Reformisten.¹⁴⁸

¹⁴⁵ Vgl. *Paczowski*, Der Sicherheitsapparat, 177.

¹⁴⁶ Związek Młodziary Polskiej- ZMP

¹⁴⁷ Vgl. Die Intellektuellenklubs in Polen. In: Free Europe Committee (Hrsg.), Hinter dem Eisernen Vorhang. Nachrichten und Berichten aus den osteuropäischen Satellitenstaaten. Jg. III, Heft 10 (München 1957) 10-17.

¹⁴⁸ Vgl. Antoni *Dudek*, Der politische Umbruch von 1956 in Polen. In: Winfried *Heinemann*, Norbert *Wiggershaus* (Hrsg.), Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez. [=Beiträge zur Militärgeschichte, Bd.48] (München 1999) 29.

2.2.1. Die Klubbewegung in Polen

Die Entstehung der polnischen Intellektuellenklubs war ein spontaner, dem Zeitgeist entsprungener Prozess. Anfänglich waren es bloß kleine Zusammentreffen zwischen guten Bekannten, die untereinander freie Diskussionen über allgemein interessante Themen und Probleme führten. Von diesen Diskussionen wurden mit der Zeit immer mehr Leute, die sich vor allem aus der Kulturintelligenz rekrutierten, angezogen.

Neben der Wochenzeitschrift „Po Prostu“ spielte für die Belebung der Klubbewegung in Polen der bereits im Februar 1955 in Warschau gegründete „Klub des Schiefen Rades“ (Krzywe Kolo-Klub) eine unbestritten große Rolle. In kurzer Zeit wurden viele weitere Klubs gegründet und schon ihre Namen verrieten die Einstellung und die Ziele ihrer Mitglieder. Charakteristisch sind Namen wie „Klub der Freien“ (Klub Wolnych), „Wiedergeburt“ (Odrodzenie), „Wir haben genug“ (Mamy Tego Dosc) und „An Stelle einer Sackgasse“ (Zamaist Slepego Zaulka).¹⁴⁹

Im Januar 1957 schrieb die Warschauer Klubzeitung „Novy Nurt“:

„Die Klubbewegung entstand aus einem Protest der fortschrittlichen Intelligenz gegen die Versteinerung der Ideologie, gegen die Stagnation der Kultur, gegen den Separatismus im intellektuellen Leben – ganz allgemein gegen das stalinistische System in Polen.“¹⁵⁰

Dieser Protest sollte aber entsprechend den Zielen der Klubbewegung nicht bei den Klubdiskussionen bleiben, sondern die Anregung des Geistes sollte sich zu einer Aktion steigern.

„Wir werden versuchen, die Welt in der wir leben, zu ändern. Wir erklären allen den Krieg, die sich dem Namen, Progressiven und Schöpferischen in den Weg stellen.“¹⁵¹

¹⁴⁹ Vgl. Intellektuellenklubs in Polen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang. Heft 10. 1957, 11.

¹⁵⁰ Ebd. 12.

¹⁵¹ Ebd. 13.

2.2.2. Gärung im Kreise der Kulturschaffenden

Im Frühjahr begann es auch in breiten Kreisen der Kulturschaffenden zu gären.¹⁵² Den entscheidenden Anstoß für die Veränderungen auf dem Gebiet der Literatur und der Kunst in Polen verursachten die literarischen Ereignisse in der Sowjetunion. Dort hatten die sowjetischen Schriftsteller mit einer Lawine von Aufsätzen in den Zeitschriften beharrlich ihrer Forderung nach Freiheit und Eigenständigkeit im künstlerischen Schaffen Ausdruck gegeben.¹⁵³ Diese geistige Erhebung gegen die staatliche Lenkung und Kontrolle des künstlerischen Schaffens blieb aber in der Sowjetunion ein kurzes Begebnis. In Polen dagegen ließ sich die einmal losgetretenen Empörung nicht bremsen. Die Zahl der Gegner der politischen Kunst wurden immer größer, ihre Stimmen immer lauter und angstfreier.

Der polnische Literaturkritiker, Henryk Vogler, kritisierte in der Krakauer literarischen Wochenzeitschrift „Zycle Literaricke“ vom 9. März 1954, dass die zeitgenössische polnische Literatur langsam zur bloßen Mechanik geworden sei. Jozef Gruda warf in der Sztandar Mlodych am 14. August 1954 den Theatern des „sozialistischen Realismus“ vor, ihre Sprache erinnere an den Stil von Ministerialerlassen.¹⁵⁴

Stark angegriffen wurde der „sozialistischen Realismus“ und seine dogmatischen und schematischen Prinzipien und Methoden während der XI. Sitzung des Kultur- und Kunstrates im April 1954. Seine bisherige Stellung als alleinführende Richtung des künstlerischen Schaffens wurde in Anspruch genommen.¹⁵⁵ Zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Lagern kam es erneut bei der Sitzung des im Juni 1954 in Warschau tagenden VI. Schriftstellerkongresses. Eine Revision der bis dahin geltenden Normen des „sozialistischen Realismus“ wurde unaufschiebbar. Eine öffentliche, jedoch gesteuerte Diskussion über die begangenen Fehler in der Kulturpolitik sollte dazu dienen, ihre exzessiven

¹⁵² Vgl. Es gärt in Polen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang Jg. II, Heft 4 (München 1956) 21-35.

¹⁵³ Vgl. Karen Laß, Vom Tauwetter zur Perestroika. Kulturpolitik in der Sowjetunion (1953-1991) (Wien 2002) 24-35.

¹⁵⁴ Vgl. Es gärt in Polen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 4. 1956, 22.

¹⁵⁵ Vgl. Karl Hartmann, Polens Schriftsteller sagen sich los vom Sozialistischen Realismus. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens. Jg. 7, Heft 5 (o. O. 1957) 315.

Auswüchse zu entfernen und dem „sozialistischen Realismus in einer liberalen Form“ weiterhin die Führungsrolle zu sichern. Eine gewisse Lockerung der Zensurregeln, die von der III. Vollversammlungen des Zentralkomitees der PZPR im Jahre 1955 in Warschau befürwortet wurde, verfolgte diese Absicht.¹⁵⁶

Während linientreue Intellektuelle und Funktionäre des Parteiapparats bestrebt waren, die negative Kritik in der Literatur und den Kunstsphären zu dämmen, griff der Gärungsprozess auf ein anderes Gebiet über, dass den kommunistischen Führern noch wichtiger war: die Ideologie.¹⁵⁷

Einen großen Einfluss auf das Stimmungsbarometer übten im Jahre 1955 zweifellos die V. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Warschau aus. Bei den Sommerweltfestspielen nahmen etwa 30.000 Spieler aus aller Welt teil. Viele davon kamen aus Westen. Diese ersten Begegnungen „mit dem Westen“ nach jahrelanger Beziehungslosigkeit, hatte ein enormes Unzufriedenheitspotenzial zur Folge.¹⁵⁸

Das Ereignis, das in allen Kunstkreisen, nicht nur in Polen, sondern auch im Ausland für großes Aufsehen sorgte, war eindeutig Adam Ważyks „Gedicht für Erwachsene“¹⁵⁹. Mit bitterer Schärfe entlarvte Ważyk in seinem Gedicht die sozialistische Wirklichkeit in dem er schonungslos die graue Wahrheit über den „sozialistischen Aufbau“ Polens offenbarte. Die Absetzung des Chefredakteurs der „Nowa Kultura“, Pawel Hoffman, der die Courage hatte, das Werk Ważyks zu veröffentlichen, heizte die brenzlige Stimmung nur weiter an.¹⁶⁰

Ende 1955, Anfang 1956 verlangten in Polen die Journalisten und die Kulturschaffenden am vehementesten Veränderungen.

¹⁵⁶ Vgl. Karl *Hartmann*, Polens Schriftsteller sagen sich los vom Sozialistischen Realismus. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens. Jg. 7, Heft 5 (o. O. 1957) 315-316.

¹⁵⁷ Vgl. Es gärt in Polen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 4. 1956, 27-29.

¹⁵⁸ *Dudek*, Der politische Umbruch, 30-31.

¹⁵⁹ Vgl. Adam *Ważyks*, Ein Gedicht für Erwachsene. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 2. 1956, 20-24.

¹⁶⁰ *Dudek*, Der politische Umbruch, 30.

3. Tschechoslowakei

3.1. Tagespolitik in Prag. Politische Prozesse

Der X. Parteitag der KSČ (10.-15. Juni 1954) unterschied sich nicht viel von den Parteitagen der anderen „Volksdemokratien“ hinsichtlich der erörterten Themen. Auch hier standen die Probleme der zurückgebliebenen landwirtschaftlichen Produktion und die Suche nach Wegen für dessen Beseitigung im Mittelpunkt. Kern des Parteikongresses bildeten zwei große Referate. Die des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees, Novotný sowie des Ministerpräsidenten Široký. In beiden Referaten wurde vor allem die bisherige und die geplante zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft behandelt.¹⁶¹ Es sei hier zu erinnern, dass die Tschechoslowakei eine Ausnahme in dieser Region machte. Nicht nur mit ihren politisch-demokratischen Traditionen, sondern auch mit ihrer hohen ökonomischen Entwicklung.

Die Durchführung der inszenierten politischen Prozesse in der Tschechoslowakei ging ungestört weiter. Sie waren so verstrickt in das politische Leben des Landes, dass sie nicht einmal auf die Vorbereitungen des X. Parteitags der KSČ Einfluss hatten.

Nach dem größten politischen Prozess in Prag - „gegen das staatsfeindliche Verschwörerzentrum unter der Führung von Rudolf Slánský“¹⁶² - folgte eine weitere Welle von Prozessen, die so genannten Nachfolgerprozesse. Bei all diesen Prozessen bestand ein Zusammenhang mit dem Hauptprozess gegen Slánský. Daher wurden die Anklagen darauf bezogen.

¹⁶¹ Vgl. Die Parteikongresse in Osteuropa. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens. Jg. IV, Heft VI (o. O. 1954) 456-458.

¹⁶² Der am 20. November 1952 beginnende Prozess in Prag dauerte insgesamt eine Woche. Die Urteile, in denen in verschiedenen Abwandlungen Anschuldigungen des Hochverrats, der Spionage, der Sabotage und des Militärverrats aufschienen, wurden am 27. November verlesen. Außer Artur London, Evžen Löbl und Vavro Hajdů, die zu lebenslänglichen Strafen verurteilt wurden, wurde in den anderen elf Fällen die Todesstrafe verhängt. Am 3. Dezember 1952 wurde das Todesurteil an allen elf Angeklagten vollzogen. Vgl. Šiška, Verschwörer, Spione, Staatsfeinde, 92.

Der Prozess gegen Marie Švermová¹⁶³ und weitere Parteifunktionäre war der erste dieser großen Prozesse. Sie selbst wurde vom Obersten Gericht zu lebenslänglicher Haft verurteilt, die anderen Angeklagten zu insgesamt 113 Jahren Haft.¹⁶⁴ Nicht ohne Auswirkungen auf das gesamte gesellschaftliche und staatliche Leben (besonders in der Slowakei) blieb das Problem des so genannten slowakischen bürgerlichen Nationalismus. 1954 startete der gesetzwidrige Prozess gegen Gustáv Husák¹⁶⁵ und andere Funktionäre.¹⁶⁶ Eine weitere größere Gruppe, die der Sicherheitsdienst aus den Verhafteten zusammenstellte, waren Personen aus dem Bereich der Wirtschaft. Zu ihnen gehörten Ökonomen, Direktoren der Betriebe sowie Journalisten. Die verhängten, hohen Strafen wurden mit der Zugehörigkeit der Angeklagten zum „staatsfeindlichen Zentrum“, Rudolf Slánský, begründet.¹⁶⁷

Die tschechoslowakische Gesellschaft blieb aber unruhig. Bereits in den Jahren 1953 und 1954 begann die kommunistische Führungsriege zahlreiche Beschwerden von Opfern politischer Prozesse und ihren Familienmitgliedern zu bekommen. Sie verlangten, dass die Urteile aufgehoben und die Verfahren neu verhandelt wurden und beriefen sich dabei auf die durch Gewalt erzwungenen Geständnisse. Bis zum Februar 1955 wurden über 50 solcher Bittschriften registriert. Diese konnten nicht auf Dauer missachtet werden. Während der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der KSČ am 10. Januar 1955 schlug Novotný die Gründung einer Kommission vor, deren Aufgaben sich auf eine Überprüfung

¹⁶³ Marie Švermová war die Frau des während des slowakischen Nationalaufstandes gefallenen Mitgliedes des Pariser Auslandsbüros der KSČ (1939-1940), Jan Šverma. Sie war Gründungsmitglied der KSČ 1921 und während der faschistischen Okkupation in der Emigration in der Sowjetunion. Seit 1946 war sie Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees des KPČ, 1949 bis zu ihrer Verhaftung 1951 stellvertretende Generalsekretärin der KSČ. 1954 wurde sie in einem Schauprozess verurteilt, 1956 freigelassen und 1963 ohne umfassende parteimäßige Rehabilitierung nur juristisch rehabilitiert. Quelle: Šiška, Verschwörer, Spione, Staatsfeinde, 159.

¹⁶⁴ Vgl. Šiška, Verschwörer, Spione, Staatsfeinde, 105.

¹⁶⁵ Gustav Husák (1913-1991) wurde im Jahr 1929 Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes und 1933 Mitglied der KSČ. Während des Zweiten Weltkrieges war er in der Führung der illegalen KP der Slowakei tätig und er war einer der Mitorganisatoren des slowakischen Nationalaufstandes 1944. Seit Dezember 1943 war er Mitglied des illegalen slowakischen Nationalrates und dessen stellvertretender Vorsitzender. Nach dem Krieg war Husák Mitglied des Zentralkomitees der KSČ, Abgeordneter des slowakischen Nationalrates und der Nationalversammlung. 1950 wurde er aufgrund falscher Anschuldigungen aller Ämter enthoben und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. 1960 freigelassen, 1963 rehabilitiert und nach der Wiederaufnahme ins ZK der KSČ 1968 Mitglied des Präsidiums. Löste Dubček auf dem April-Plenum des Zentralkomitees 1969 als Erster Sekretär ab (seit 1971 Generalsekretär) und blieb bis 1987 in dieser Funktion. 1975-1989 war Husák gleichzeitig Präsident der ČSSR. Quelle: Ebd. 153

¹⁶⁶ Vgl. Šiška, Verschwörer, Spione, Staatsfeinde, 108-118.

¹⁶⁷ Vgl. ebd. 106-107.

des Strafmaßes beschränken sollten. Von einer objektiven Überprüfung der Gesetzesverstöße konnte hier aber nicht die Rede sein. Die Entscheidungsmöglichkeiten der Kommission waren sehr beengt. Sie konnte nur entscheiden, ob das Strafmaß beibehalten oder vermindert werden sollte.¹⁶⁸

Die Kompetenz und Effizienz der Kommission „A“, wie sie offiziell hieß, oder auch nach ihrem Vorsitzenden die „Barák-Kommission“ genannt, diskreditiert sich durch ihre Zusammensetzung selbst. Den Vorsitz hatte Rudolf Barák, mitverantwortlich für alle politischen Prozesse seit seiner Bekleidung des Amtes des Innenministers 1953. Ein weiteres Mitglied der Kommission war Karel Košťál, gleichfalls stellvertretender Vorsitzender der Untersuchungsbehörde und direkt beteiligt an allen großen politischen Gerichtsverfahren. Das dritte Mitglied der Kommission war E. Svach, stellvertretender Generalstaatsanwalt und zugleich Vertreter der Anklage in einer Serie politischer Prozesse. Das vierte Mitglied, Josef Litera, war an den Prozessen in seiner Amtposition als stellvertretender Justizminister teilhaftig. Die letzten zwei Mitglieder, Květoslav Inemmen und Marie Konšátová, waren die einzigen, die nicht direkt an den Prozessen beteiligt waren.¹⁶⁹

Die wahrheitsgemäße Inspektion wurde nicht von der Kommission selbst, sondern von vier ihr unterstellte Arbeitsgruppen durchgeführt. In den meisten Fällen traf die Kommission die Entscheidung direkt. In den wichtigsten Fällen traf sie das Politbüro. Die Entscheidungen konnte man nicht widerrufen. Obwohl in vielen Fällen von den Arbeitsgruppen die Unschuld der Verurteilten nachgewiesen wurde, lehnte die Kommission es ab, diese anzuerkennen. Die Weigerung ging vor allem von den beiden Vertretern des Innenministeriums, Barák und Košťál aus, da sie verständlicherweise nicht nur den Sicherheitsdienst, sondern auch sich selbst schützen wollten.¹⁷⁰

¹⁶⁸ Vgl. Šiška, *Verschwörer, Spione, Staatsfeinde*, 120-121.

¹⁶⁹ Vgl. ebd. 121-122.

¹⁷⁰ Vgl. ebd. 122- 123.

IV. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine politischen Auswirkungen in den Satellitenstaaten.

1. Chruschtschovs „Geheimrede“

Am 14. Februar 1956 wurde der XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion eröffnet. Der Parteitag stellte durch Chruschtschovs Referat „Über den Personenkult und seine Folgen“ einen Wendepunkt in der Geschichte dar.

Im Herbst 1955 hatten die sowjetischen Staatssicherheitsorgane ihre Arbeit bei der Revision, der in dem Zeitraum von 1937 bis 1939 verhängten Strafurteile, fortgesetzt.¹⁷¹ Ende desselben Jahres war eine Kommission unter der Leitung des ZK-Sekretärs P. N. Pospelov eingerichtet worden, die die unmittelbare Schuld Stalins ermitteln sollte.¹⁷² Der Bericht, der kurz vor dem XX. Parteitag der KPdSU vorgelegt wurde, deutete unzweifelhaft auf Stalins unmittelbare Leitung der Massenrepressalien sowie auf die Mitwirkung an diesen hin. Trotz seiner beschönigenden Gestaltung, hatte der Bericht eine erschütternde Wirkung auf die Zuhörer. Das Präsidium legte fest, beim XX. Parteitag der KPdSU nur eine eingeschränkte Kritik an Stalin zu äußern. Chruschtschov wollte indessen das Präsidium überzeugen, ihm zu gestatten, Pospelovs Bericht beim Parteitag als Bericht des Zentralkomitees zu präsentieren.¹⁷³ Daraus entstand seine „Geheimrede“. Am 13. Februar 1956 entschied das Präsidium, am Beginn des Parteitages die bisher nicht preisgegebenen Lenin-Schriften gegen Stalin, Lenins „Testament“ und seine „Briefe zu nationalen Fragen“ an die Delegierten kundzumachen. Dann sollte mitgeteilt werden, dass Chruschtschov eine Rede über den Personenkult halten werde. Da die Vorgänge keinen Einfluss auf die Parteiwahlen ausüben sollten, wurde die Rede erst nach dem offiziellen Ende des Parteitags angesetzt.¹⁷⁴

¹⁷¹ Vgl. *Merl*, Entstalinisierung, Reformen und Wettlauf der Systeme 1953-1964. In: *Plaggenborg* (Hrsg.), Handbuch der Geschichte Russlands, 193.

¹⁷² Vgl. *Strobe Talbott* (Hrsg.), Chruschtschov erinnert sich. Die authentischen Memoiren (Reinbek bei Hamburg 1992) 322.

¹⁷³ Nach Chruschtschovs Erinnerungen kam der Beschluss während des Parteitages zustande. Vgl. *Talbott*, Chruschtschov erinnert sich, 324-328.

¹⁷⁴ Vgl. *Merl*, Entstalinisierung, 193.

Unumgänglich ist hier die Frage nach den tatsächlichen Motiven, die Chruščev und die anderen Präsidiumsmitglieder zu einem derartigen – mitunter riskanten - Schritt veranlassten? Die ökonomische und politische Wirklichkeit in der Sowjetunion machte - nicht nur dort - eine entschlossene Entstalinisierungspolitik erforderlich. Das Schicksal der Opfer, die den stalinistischen Terror überlebten, erforderte eine Lösung. Es wurde immer klarer, dass der Fall Berija, mit dem die anderen Mitverantwortlichen für den Terror ihre Hände in Unschuld wuschen, nicht auf Dauer funktionieren konnte. Es wurde ihnen bewusst, dass sie diese zwangsläufige Frage auf die Tagesordnung setzten mussten, um das Geschehen zumindest in ihrem Sinne lenken und bestimmen zu können. So meinte Chruščev:

„[...] halte ich es doch nach wie vor für unmöglich, alles zu vertuschen. Früher oder später werden die Leute aus den Gefängnissen und Lagern kommen und in die Städte zurückkehren. Sie werden ihren Verwandten, Freunden, Genossen und allen daheim erzählen, was passiert ist. Das ganze Land und die gesamte Partei werden [...] [es] [...] erfahren. [...] Die Beschuldigungen gegen sie wurden erfunden!“¹⁷⁵

„Nicht lange nach dem wir den Kongress geschlossen haben, werden entlassene Häftlinge heimkommen und anfangen, die Leute auf ihre eigene Weise über das, was geschehen ist, zu unterrichten. Dann werden die Delegierten mit Recht fragen: Wie ist das möglich? [...] Ihr müsst es doch gewusst haben? [...] Wir werden keine Antwort darauf wissen.“¹⁷⁶

Und obwohl sich die Kritik nur an Stalin und seine Herrschaftsmethoden richtete, wurde diese von vielen als eine direkte Bedrohung angesehen. Viele Personen fühlten sich bedroht, da sie selbst gerade zu dieser Zeit Positionen innehatten, die mit Macht und Sonderrechten verbunden waren. Nicht zuletzt Chruščev persönlich. In seinen Memoiren erwähnt Chruščev, dass sich vor allem Vorošilov, Molotov und Kaganowitsch stark gegen seinen Vorschlag wandten.¹⁷⁷ Chruščevs Beweggründe sind auch heute noch schwer zu verstehen. Es wird die Meinung vertreten, dass dadurch eine Rationalisierung des Systems, des bürokratischen Verwaltungsapparats erreicht werden sollte. Dies sollte „das totalitäre System perfektionieren“.¹⁷⁸ Möglicherweise handelte es sich um eine wichtige Etappe im

¹⁷⁵ *Talbott*, Chruschtschow erinnert sich, 325.

¹⁷⁶ Ebd. 326.

¹⁷⁷ Vgl. ebd. 325-326.

¹⁷⁸ Vgl. Roy *Medwedew*, Vom XX. zum XXII. Parteitag der KPdSU. Ein kurzer historischer Überblick. In: Reinhard *Crusius*, Manfred *Wilke* (Hrsg.), Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen (Frankfurt am Main 1977) 30.

Machtkampf zwischen den Partei- und Staatsspitzen. Persönliche Gründe dürfen ebenso wenig außer Acht gelassen werden.¹⁷⁹

Das von Chruščev am 25. Februar 1956 in einer geschlossenen Sitzung gehaltene Referat „Über den Personenkult und seine Folgen“ hatte eine buchstäblich bestürzende Wirkung auf die Delegierten, die empört und fassungslos auf das Referat reagierten. Chruščev ging auf die Spannungen zwischen Lenin und Stalin ein.¹⁸⁰ Er sprach von den beträchtlichen Verlusten, die die Partei durch Stalins skrupellosen Machtmissbrauch erlitten hatte. Dieser hatte sich im besonderen Ausmaß in der Zeit nach dem XVII. Parteikongress (Januar 1934) gezeigt, als zahlreiche prominente Parteiführer und einfache Parteimitglieder dem Despotismus Stalins zum Opfer gefallen waren:

“Es wurde festgestellt, dass von den auf dem XVII. Parteitag gewählten 139 Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees der Partei 98 Personen, das sind 70 Prozent, in den Jahren 1937 und 1938 verhaftet und liquidiert wurden.“¹⁸¹

Das gleiche traf auf die Delegierten des XVII. Parteitags zu. Von 1966 Abgeordneten wurden 1108 unter der Anklage „gegenrevolutionärer Verbrechen“ festgenommen.¹⁸² Chruščev wies auch auf die zahlreichen illegalen Repressionsmaßnahmen hin, die mit Stalins Kenntnis und Zustimmung ausgeführt wurden. Dazu zählten die erbarmungslosen Folterungen, die viele Häftlinge, darunter auch Politbüromitglieder, zu erdulden hatten. Zeugnis davon geben die letzten Briefe und Erklärungen, in denen die Verhafteten ihre Unschuld beweisen wollten.¹⁸³ Weiters machte er Stalin für schwerwiegende Fehler in der Vorbereitung auf den Zweiten Weltkrieg sowie für die Niederlagen, in der ersten Kriegsphase verantwortlich.¹⁸⁴ Stalin selbst habe den Kult um seine Person gefördert, die Geschichte der Partei gefälscht und sogar ganze Seiten in seine Biografie eingefügt, um sich selbst vorteilhafter darzustellen. Chruščev machte Stalin auch

¹⁷⁹ Vgl. *Medwedew*, Vom XX. zum XXII. Parteitag der KPdSU, 31-32.

¹⁸⁰ Vgl. Chruschtschows „Geheimrede“ vom 25. Februar 1956. In: *Crusius, Wilke* (Hrsg.), *Entstalinisierung*, 488-489.

¹⁸¹ Ebd. 498.

¹⁸² Vgl. ebd. 499.

¹⁸³ Vgl. Chruschtschows „Geheimrede“ vom 25. Februar 1956. In: *Crusius, Wilke* (Hrsg.), *Entstalinisierung*, 500-509.

¹⁸⁴ Vgl. ebd. 512-520.

für die Krise in der Landwirtschaft und für zahlreiche Misserfolge in der sowjetischen Außenpolitik verantwortlich.¹⁸⁵

Trotz all dieser Ausführungen wurde die „Geheimrede“ als ein Kompromiss angesehen.¹⁸⁶ Eine Aussprache über die Rede wurde nicht zugelassen. Die Sekretäre der Parteigrundorganisationen wurden beauftragt diese nur vor den Parteimitgliedern vorzutragen, also den Text lediglich parteiintern zu erörtern. Bald darauf jedoch, wurde die Rede außerhalb der UdSSR veröffentlicht.¹⁸⁷

2. Polen

2.1. Politisches „Tauwetter“

Anfang März wurde der Text der Chrusčev Rede an die Parteiführer innerhalb des Sowjetblocks verschickt.¹⁸⁸ In seinen Memoiren erwähnt Chrusčev, dass Bierut schon in Moskau ein Exemplar erhalten hatte. Weiter klagt er, dass die Rede nach Bieruts Tod

„[...] einigen polnischen Genossen in die Hände fiel, die der Sowjetunion feindselig gegenüberstanden. Sie benutzten meine Rede für ihre eigenen Zwecke und stellten Kopien davon her [...]“¹⁸⁹

Anfangs sollte das Material vertraulich diskutiert werden. Die Rede wurde in Polen auf einer Sitzung des Warschauer Parteiaktivs vom 3. und 4. März bekannt, indem die PZPR-Delegation über die Arbeit des XX. Parteitags der KPdSU Ausführungen machte.¹⁹⁰

Der XX. Parteitag der KPdSU hatte im politischen Leben Polens besonders weit reichende Auswirkungen. Noch am 6. März 1956 wurde beschlossen, die Rehabilitierungen zu beschleunigen. Gemäß diesen Beschlüssen wurde ein

¹⁸⁵ Vgl. Chruschtschows „Geheimrede“ vom 25. Februar 1956. In: *Crusius, Wilke* (Hrsg.), *Entstalinisierung*.

¹⁸⁶ Vgl. *Filtzer*, *Die Chruschtschow – Ära*, 29.

¹⁸⁷ Das Außenministerium der Vereinigten Staaten verbreitete ein paar Wochen später den vollständigen Text von Chruschtschows Rede in englischer Übersetzung.

¹⁸⁸ Vgl. *Tallbot* (Hrg.), *Chruschtschow erinnert sich*, 329.

¹⁸⁹ Ebd.

¹⁹⁰ Vgl. *A. Orlow*, *Der Polnische Oktober. Sieg der Vernunft über die Gewalt*. In: *Heinemann, Wiggershaus* (Hrsg.), *Das internationale Krisenjahr*, 44.

Ausschuss unter Ochab eingerichtet. Am selben Tag wurde General Marian Spychalski aus der Haft entlassen. Die Freilassung von General Spychalski bedeutete aber nicht dessen Rehabilitierung. In seiner Rede vom 6. April 1956 verkündete Eduard Ochab, dass General Spychalski wegen „der Unhaltbarkeit der Anschuldigungen in Bezug auf Spaltungsaktivitäten“ aus der Haft entlassen wurde. Für die Verletzungen von Partei- und Regierungsanordnungen wurde er aber weiter für schuldig gehalten.¹⁹¹ In der gleichen Rede kündigte Ochab die Freilassung des früheren stellvertretenden Ministerpräsidenten und des ehemaligen Generalsekretärs der Partei, Gomułka, gemeinsam mit einer Reihe seiner Parteigänger an. Um die Freilassung Gomułkas und die Rehabilitierung seiner Anhänger und einer Reihe von Generälen zu begründen, stellte Ochab:

„[...] mit Schmerz und Bedauern [...] fest, dass nicht nur Parteigenossen, die wir später rehabilitierten, ohne jeglichen Grund verhaftet worden waren, sondern dass auch Personen festgenommen wurden, die mit unserer Billigung Ungerechtfertigterweise als Abweichler verhaftet worden waren, die wir aber zu recht als Opportunisten und Nationalisten bekämpften. Wir stimmen der Theorie zu, wonach opportunistische Abweichungen zur Bildung imperialistischer Fünfter Kolonnen beitragen [...].

Der Kampf gegen die opportunistische und nationalistische Abweichung der durch Gomułka repräsentierten Gruppe war für uns von großer Bedeutung. Durch seine nationalistische Bewertung der Tradition der polnischen Arbeiterklasse widersetzte sich Gomułka der Parteilinie. [...] Gomułka wurde politisch isoliert, er widersetzte sich dem Willen der Partei und erhob sich offen gegen die Parteilinie [...].

Trotzdem muss mit Nachdruck festgestellt werden, dass seine im Jahre 1951 vorgenommene Verhaftung ohne Grund und ohne Berechtigung erfolgte. [...] Sie spielte sich in einer durch die Aktivität der Berija-Bande erzeugten Atmosphäre ab, die durch den Prozess und die Verurteilung von Rajk in Ungarn charakterisiert war. Die Beschuldigung, er habe Spaltungstendenzen gefördert, tat nicht bloß Gomułka unrecht, sondern führte auch dazu, die öffentliche Meinung zu verwirren. Der Kampf der Partei gegen die Verfälschung der Sicherheitsorgane führte zu Gomułkas Rehabilitierung von den gegen ihn vorgebrachten grundlosen Anschuldigungen. Er wurde in diesen Anklagepunkten schuldlos gesprochen und auf freien Fuß gesetzt. Auf Grund einer sorgfältigen

¹⁹¹ Vgl. Das Echo in den Satellitenstaaten. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 4.1956, 39.

Untersuchung des Beweismaterials haben die zuständigen Stellen mehreren Dutzend Personen, deren Unschuld erwiesen wurde, die Freiheit zurückgegeben.“¹⁹²

In diesem Zusammenhang kündigte Ochab an, dass die Parteikontrollkommission 36 Mitgliedern die Parteirechte wieder zuerkannt hatte.¹⁹³

Seine Rede wurde wochenlang in der kommunistischen Presse breit diskutiert und analysiert. Am 10. März 1956 erschien in der „Trybuna Ludu“ unter dem gleichnamigen Titel „Über den Personenkult und seine Folgen“, eine erste öffentliche Meinungsäußerung, die den despotischen Stalinismus tadelte.¹⁹⁴

Am 12. März 1956 starb in Moskau der Erste Sekretär des Zentralkomitees der PZPR, Bierut. Dies trug zur Verschärfung des politischen Klimas bei. Zu seinem Nachfolger wurde am 20. März auf dem VI. PZPR-Plenum der bereits erwähnte Eduard Ochab gewählt. Seine Bestellung war ein Kompromiss zwischen den beiden sich gegenüberstehenden Flügeln in der polnischen Führung.¹⁹⁵ Dieser Vorgang wurde von der Sowjetunion gelenkt und sanktioniert. Am 15. März traf eine Delegation unter der Führung Chruschtschews in Warschau ein, die offiziell zur Beerdigung Bieruts kam. Ihr Hauptziel bestand jedoch darin, die bevorstehenden Änderungen in ihrem eigenen Interesse zu steuern. Ochabs Wahl sollte Moskaus Wunsch nachkommen, wonach in Polen ein der Sowjetunion „loyales Regime“ herrschen sollte.¹⁹⁶

Die Ansätze zur Entstalinisierung gingen weiter voran. Das Sekretariat des Zentralkomitees entschied sich in seiner neuen Zusammensetzung zu einem beachtlichen Schritt. Es vervielfachte und verbreitete die Rede Chruschtschews in einer Auflage von 20.000 Exemplaren.¹⁹⁷ Daneben entschied sich nur die Kommunistische Partei der Sowjetunion zu einer solchen Tat. Alle anderen kommunistischen Parteien ließen allgemeine Auskünfte über den Parteitag der KPdSU und Chruschtschews Rede ausschließlich Parteimitgliedern zukommen. Stalins

¹⁹² Das Echo in den Satellitenstaaten. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 4.1956, 39.

¹⁹³ Vgl. ebd. 39

¹⁹⁴ Vgl. ebd. 40.

¹⁹⁵ Vgl. Jan *Foitzik*, Die parteiinterne Behandlung der Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU durch SED, die PVAP und die KPTsch. In: Inge *Kircheisen* (Hrg.), *Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationaler Krisen. Berliner Debatte/GSFP Berlin* (Berlin 1995) 69.

¹⁹⁶ Vgl. *Brzezinski*, *Der Sowjetblock*, 264; *Orlow*, *Der polnische Oktober*, 45.

¹⁹⁷ Vgl. *Foitzik*, *Die parteiinterne Behandlung*, 69.

Entlarvung traf geradewegs die Führungsspitzen der kommunistischen Parteien und deren Legitimität. Bieruts Tod, der den Stalinismus in Polen personifiziert hatte, ersparte Polen dieses Problem.

In ganz Polen wurden Versammlungen der Parteiorganisationen - einige sogar auch für Nichtparteimitglieder zugänglich - organisiert, auf denen Chruščëvs „Geheimrede“ verlesen wurde. Während ihrer Erörterung entbrannten leidenschaftliche Diskussionen mit vielen Fragen nach dem Wie und Warum. Das schnell steigende Interesse an diesen Zusammenkünften ließ die Organisatoren aber zurückschrecken. Letztlich veranlasste das Zentralkomitee am 10. April 1956 den Abbruch der Aktion. Diese Maßnahme konnte jedoch nicht die antistalinistischen Diskussionen, die sich in ganz Polen in einer blitzschnellen Geschwindigkeit verbreiteten, anhalten. Bald konnte man die Rede in Broschürenformat in Händen halten. Sie waren vermutlich vom Warschauer Wojewodschaftskomitee der PZPR gedruckt worden. Die Rede konnte selbst auf dem Warschauer Schwarzmarkt gekauft werden.¹⁹⁸

Mit wachsender Bekanntheit der Rede sank die Popularität der Partei enorm. Ihre Führungspolitik wurde angezweifelt und die Verantwortlichkeit der polnischen Führung thematisiert. Verstärkt wurde für eine allumfassende Demokratisierung des herrschenden Systems, für größere bürgerliche Freiheit sowie für Modifikationen der politischen Aufgabe des Sejms appelliert. Ein besonders aktuelles Thema auf den Tagungen war das Nationalitätsproblem und die Beziehungen zur Sowjetunion, die generell in Frage gestellt wurden.¹⁹⁹ Die politische Rehabilitierung der polnischen Exilregierung, die Wiederberechtigung der sozialistischen Partei und eine unverfälschte Darstellung der neuesten Geschichte Polens wurden ebenso verlangt.²⁰⁰

Die offizielle Freilassung Gomułkas und weiterer prominenter Parteifunktionäre, die am 27. April 1956 angekündigte allgemeine Amnestie²⁰¹, die Schwächung des Sicherheitsapparats durch einige personalpolitische Veränderungen waren

¹⁹⁸ Vgl. *Machcewicz*, Der Unbruch in Polen, 142-143.

¹⁹⁹ Vgl. ebd. 143-145.

²⁰⁰ Vgl. Antoni *Czubinski*, Das Jahr 1956 in Polen und seine Konsequenzen. In: *Kircheisen* (Hrsg.), *Tauwetter ohne Frühling*, 90.

²⁰¹ Laut Angaben des Justizministeriums wurden bis Oktober 1956 ca. 40.000 Häftlinge, davon etwa 7.000 politische, freigelassen. Vgl. *Foitzik*, Die parteiinterne Behandlung, 70.

wichtige Faktoren, die die intellektuelle Erstarrung zunehmend aufbrachen. Unter anderem wurden der Justizminister Henryk Swiatkowski, der Generalstaatsanwalt Stefan Kalinowski und der Oberste Militärstaatsanwalt abberufen, Roman Romkowski und Anatoli Fejgin, wurden verhaftet, Stanisław Radkiewicz verlor seinen Regierungsposten und Jakob Berman wurde von der politischen Szene abberufen.²⁰² Die Angst verschwand, die Leute trauten sich zunehmend ihre Meinung offen auszusprechen. Besonders große Resonanz fanden Chruščevs Enthüllungen in den Kreisen der polnischen Schriftsteller. Auf der XIX. Sitzung des Kultur- und Kunstrates am 24. und 25. Mai 1956 in Warschau wurde von den polnischen Kulturschaffenden „der Wert und die Gültigkeit der Methode des Sozialistischen Realismus“ hinterfragt. Der bedeutende Literaturwissenschaftler und Theaterkritiker, Jan Kott, griff den sozialistischen Realismus und das gesamte sowjetische Literaturschaffen nach 1930 scharf an:

„Der Stillstand begann Anfang der dreißiger Jahre. Die Literatur und die Kunst hörten auf, die Wahrheit zu sagen, verstanden den historischen Prozess nicht mehr und waren gleichzeitig nicht mehr das Gewissen und der Verstand der Revolution. Es beginnt in diesen Jahren [...] die amtliche Heiligsprechung der Mythologie des Sozialistischen Realismus. Im Grunde genommen ist es kein Anliegen der Poetik, Ästhetik und Stilistik was in der Sowjetunion nach den dreißiger Jahren auf dem Gebiet der Literatur und Kunst geschehen ist. Falsch war die Ästhetik des Sozialistischen Realismus. [...] Die Kunst diene nicht der Rechtfertigung der gesellschaftlichen Ordnung, sondern der des Systems.“²⁰³

Antoni Słonimski machte weitere Ausführungen, indem er zu belegen versuchte, dass der Sozialistische Realismus nicht im Marxismus seiner Herkunft habe, sondern eine Abkehr von Marx und Engels bedeutete.²⁰⁴ Nun, dieses Mal fanden die polnischen Literaten keine Unterstützung von ihren sowjetischen Kollegen.²⁰⁵ Entschlossenheit für eine Abkehr von den strengen sowjetischen ideologischen Vorschriften wurde ebenso im Bereich der Wissenschaft, besonders auf der

²⁰² Vgl. Das Echo in den Satellitenstaaten. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 4.1956, 41-42.

²⁰³ *Hartmann*, Polens Schriftsteller sagen sich los, 318.

²⁰⁴ Vgl. ebd. 318.

²⁰⁵ Vgl. ebd. 319-320.

Vollversammlung der Polnischen Akademie der Wissenschaft am 11. und 12. Juni 1956, gezeigt.²⁰⁶

2.2. Die Unruhen in Poznań

Die schlechte wirtschaftliche Situation des Landes hatte großes Gewicht für die Verschärfung der politisch-gesellschaftlichen Krise, die letztendlich am 28. Juni in Poznań ausbrach. Die Frustration unter der polnischen Bevölkerung wuchs ständig. Die Berichte des sowjetischen Botschafters in Polen, Ponomarenko, vom April 1956 an die IV. Europa-Abteilung des Außenministeriums der UdSSR - „Analyse von Vergleichsdaten zum Lebensniveau von Arbeitern, Bauern und Angestellten und die Perspektiven seiner Steigerung im neuen Fünfjahrplan“ - artikulierten die große Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der wirtschaftlichen Situation und dokumentierten, dass der Sozialbereich zu einem „erstrangigen und scharfen politischen Problem“ geworden sei.²⁰⁷ Indessen erregte die polnische Presse, insbesondere die Studentenzeitschrift „Po Prostu“, weiter die Gemüter, indem sie permanent massive Kritik an der Wirtschaftsleitung übte. So zählte zum Beispiel in der Warschauer Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ vom 29. Januar der Journalist Jerzy Lohmann eine Reihe von Dingen auf, die die Bevölkerung bedrückten und die den Lebensstandard negativ beeinflussten:

„Niedrige Tariflöhne in manchen Zweigen der Wirtschaft und Verwaltung; die Überlastung der Menschen mit Arbeit; die ‚Sozialistischen Wettbewerbe‘, die die Arbeiter zu unmenschlichen Anstrengungen zwingen; die Überhäufung des Volkes mit Versammlungen und Verpflichtungen mannigfacher Art; die schlechte Qualität der Gebrauchsgegenstände; der Mangel an Wohnungen [...]“²⁰⁸

Artikel solcher Art wurden immer wieder publiziert. Eine besonderes aufsehenerregende Darstellung der Lebensverhältnisse der Menschen in Polen

²⁰⁶ Vgl. Karl *Hartmann*, Der Posener Aufstand und der „Polnische Frühling im Oktober“. In: Hans *Lemberg* (Hrg.), Zwischen „Tauwetter“ und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956-1970 [= Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien 11] (Marburg/Lahn 1993) 5.

²⁰⁷ Vgl. Alexander M. *Orechow*, Die polnische Krise 1956 aus Moskauer Sicht. In: *Foitzik* (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa, 334.

²⁰⁸ Perspektiven des polnischen Fünfjahresplans. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft. 5. 1956, 23.

gelang Jerzy Urban in einem Artikel, der unter dem Titel - „Bekenntnisse eines bekehrten Zynikers“ - in der Wochenzeitschrift „Po Prostu“ vom 26. Januar 1956 erschien:

„In den Tagen des Feldzuges zur Gewinnung von Arbeitskräften für Industrie und Bergbau gab es in der Nähe Warschaus ein Lager in dem die jungen Mädchen, die in den nahen Fabriken arbeiteten, einquartiert waren. Es war schauerlich dort: Hunger, Schmutz, Elend, Krankheit, Prostitution, Verkommenheit, Anfälle von Massenhysterie und Selbstmordversuche. Aber im Namen der „höheren Ziele“ wurde mir untersagt, darüber zu schreiben. [...] Später, besuchte ich die Staatsgüter bei Grünberg in Schlesien. Die Leute hausten dort nicht wie Menschen, sondern wie die Tiere. Irgendwo in einem hölzernen Bett lag ein junges Ding, das an Krankheit und Hunger dahin starb. Sie war entlassen worden, weil sie sich eine Tuberkulose zugezogen hatte. Aber auch hierüber durfte ich nichts schreiben, wiederum im Namen der höheren Ziele.“²⁰⁹

Die kritische Wirtschaftssituation in der sich das Land befand, gepaart mit dem Schock, den Chruščëvs Entlarvungen hervorgerufen haben und den herrschenden Divergenzen innerhalb der Führung, bildeten die Elementen des am 28. Juni 1956 in Poznań ausbrechenden Aufstandes. Poznań war eine Stadt mit mehreren hunderttausend Bewohnern. Schon vor dem Juni 1956 hatte es hier deutliche Anzeichen für eine wachsende Frustration innerhalb der Bevölkerung und einem steigenden Konfliktpotential gegeben. Oft beklagten sich die Arbeiter über mangelnde Organisation und schlechte Arbeitsbedingungen. Sie widersetzten sich den erhöhten Leistungssolls in der Produktion sowie dem Steuersystem. Die Missstimmungen unter ihnen wurden immer größer.²¹⁰ In den Monaten Mai und Juni klagte die Lokalzeitung „Gasete Posnańska“ laufend über den Mangel an Verbrauchsgütern und über die seit Jahren herrschende Wohnungsknappheit.²¹¹ Besonders angespannt war die Stimmung in den Cegielski-Werken (Kurzform: Zispo), eine metallverarbeitende Fabrik. Zu dieser Zeit trug der Betrieb noch den Namen „Stalin“. Die Fabrikarbeiter, gesamt etwa 15.000, entsandten eine Deputation mit ihren Forderungen nach Warschau. Die Verhandlungen brachten nicht die erhofften Ergebnisse. Sie sollten am nächsten Tag, dem 27. Juni 1956, in Poznań fortgesetzt werden. Damit riss der Geduldsfaden der Arbeiter. Statt zu

²⁰⁹ Perspektiven des polnischen Fünfjahresplans. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft. 5. 1956, 24.

²¹⁰ Vgl. *Machcewicz*, Der Umbruch in Polen, 149.

²¹¹ Vgl. Der Aufstand in Posen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 8 1955, 34.

ihren Arbeitsplätzen zu gehen, bildeten sie am 28. Juni einen Protestzug, der sich in Richtung Stadtzentrum bewegte.²¹² Unterwegs schlossen sich ihnen die Arbeiter anderer Fabriken an. Wie an den vorigen Tagen waren die Forderungen primär von ökonomischem Charakter. Die Arbeiter forderten Löhnerhöhungen, Preis- und Normensenkungen.²¹³ Mit zunehmender Emotionalisierung des Protestzugs, ertönten etwas später Lösungen politischen Inhaltes: „Weg mit dem Bolschewismus“, „Weg mit den Kommunisten“ und „Wir wollen freie Wahlen“.²¹⁴ Wesentliches Merkmal der Demonstration war ihre stark ausgeprägte Nationalsymbolik. Nationalhymnen und patriotische Lieder wurden gesungen. Die entbrannten nationalen Gefühle waren eindeutig von antisowjetischen Stimmungen geprägt. Auf den Straßen wurde geschrien: „Weg mit den Moskauern“ und „Weg mit den Russen, wir wollen ein wirklich freies Polen“.²¹⁵ Die, auf dem zentralen Platz der Stadt versammelten Demonstranten – hier befanden sich die Gebäude des Wojewodschaftskomitees der PZPR und des Rathauses – forderten die zuständigen Regimevertreter auf, ihren Forderungen nachzukommen. Doch die Verantwortlichen blieben fern. Die verärgerten Menschen stürmten das Parteigebäude und das Rathaus. Parteibücher wurden verbrannt, Gipsbüsten kommunistischer Parteiführer zerstört und rote Fahnen zerfetz.²¹⁶ Die anfangs friedliche Kundgebung gerat zusehends außer Kontrolle: die Bevölkerung stürmte das Gefängnis, entwaffnete die Wachleute und ließ die Inhaftierten frei, das Rundfunkgebäude wurde angegriffen und es wurde versucht, das Amtshaus des Wojewodschaftskomitees der PZPR und der Staatssicherheitsbehörde zu besetzen. Hier kam es zum ersten Schusswechsel. Zur Verstärkung wurden weitere bewaffnete Kräfte und Einheiten der Armee eingesetzt.²¹⁷ Die Lage eskalierte, und die national-patriotischen Emotionen spielten eine immer größere Rolle.²¹⁸ Der Protest der Arbeiter verwandelte sich in einen bewaffneten Aufruhr. Erst gegen Tagesende gelang es den bewaffneten Kräfte die Lage unter Kontrolle zu bringen.

²¹² Vgl. *Hartmann*, Der Posener Aufstand und der „Polnische Frühling im Oktober“, 2- 3.

²¹³ Vgl. *Machcewicz*, Der Umbruch in Polen, 150.

²¹⁴ Vgl. ebd.

²¹⁵ Vgl. ebd.

²¹⁶ Vgl. ebd. 151

²¹⁷ Vgl. *Hartmann*, Der Posener Aufstand und der „Polnische Frühling im Oktober,3.

²¹⁸ Vgl. *Machcewicz*, Der Umbruch in Polen,152

Geschossen wurde vereinzelt noch am nächsten Morgen. Die Zahl der Toten lag um die 90 Personen, die Zahl der Verletzten erheblich höher.²¹⁹

2.3. Die Stellungnahme des Regimes zu den Unruhen in Poznań

Die erste Reaktion des Regimes unmittelbar nach den Geschehnissen in Poznań war noch von der stalinistischen Denkweise geprägt. Die polnische Nachrichtenagentur veröffentlichte noch am 28. Juni 1956 ein amtliches Kommuniqué, in dem es hieß:

„Schon seit langer Zeit versuchen imperialistische Agenten und eine reaktionäre Untergrundbewegung, infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten und Missstände in gewissen Fabrikbetrieben in Posen zur Erhebung gegen die Volksherrschaft aufzuhetzen. Es ist kein Zufall, dass der Feind die Stadt Posen zu einem Zeitpunkt als Schauplatz der Provokation gewählt hat, da dort die Internationale Messe abgehalten wird.“²²⁰

Eine ähnliche propagandistische „fremde Agenten“-These wurde auch von dem offiziellen Parteiorgan „Trybuna Ludu“ vertreten.²²¹ Unmittelbar nach den Ereignissen in Poznań wurde eine Untersuchungskommission des Politbüros der Parteiführung beauftragt, die Ursachen für die Geschehnisse zu analysieren. In dem vorgelegten Bericht von Edward Gierek, Wiktor Kłosiewicz und Stefan Misiaszek tauchten auch die ersten Anzeichen von einer Differenzierung auf. Zwar wurde die erste kategorische Stellungnahme des Regimes hinsichtlich so genannter ausländischer imperialistischer Agenten nicht fallengelassen, aber es wurde dazu vermerkt:

„Seit längerer Zeit sind in vielen Industriebetrieben in Poznań Stimmungen der Unzufriedenheit in der Belegschaft angewachsen, die aus ihrer ökonomischen Situation vor dem Hintergrund von Unordnung im Betriebsablauf und aus Schwierigkeiten im Bereich Versorgung und Kooperation resultieren.“²²²

²¹⁹ Vgl. *Machcewicz*, Der Umbruch in Polen, 152.

²²⁰ Aktuelle Rundschau-Polen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 7. 1956, 41.

²²¹ Vgl. ebd. 41-42.

²²² *Dudek*, Der politische Umbruch, 33.

Eine „lang andauernde Taubheit der Wirtschaftsverwaltung gegenüber berechtigten Forderungen und Ansprüchen der Belegschaften“²²³ wurde ebenso vermerkt. Die Meinung Chruščevs zu den Unruhen in Poznań belegt eine Aufzeichnung des Zusammentreffens der sowjetischen Parteiführer mit dem Delegationsleiter der italienischen Kommunisten in Moskau vom 10. Juli 1956:

„Die Ereignisse in Poznań verliefen nicht so, wie es die Arbeiter gewollt hatten. Sie wollten über einen Streik nicht hinausgehen, reaktionären Kräfte verwandelten ihn jedoch in einen Aufstand. Der Aufstand war schnell vorbei, weil er nicht ausreichend vorbereitet war.“²²⁴

Vom 18. bis 28. Juli 1956 fand das VII. Plenum des Zentralkomitees der PZPR statt. Dieses Plenum sollte eine Bewertung der politischen und wirtschaftlichen Situation des Landes erarbeiten und die Direktiven für den neuen Fünfjahresplan (1956-1960) darlegen. Die gesellschaftliche Spannung im Lande, die eine offene Stellungnahme verlangte, machte das Plenum einmalig in seiner Dauer. Diskutiert wurde die Fragen bezüglich der Unruhen in Poznań, die Gründe für die soziale Unzufriedenheit und mögliche Wege für deren Beseitigung, die Zukunft der Landwirtschaft, Gomułkas Rückkehr in die Führung, die Radio- und Pressefreiheit, die Rolle des Sejms und vieles mehr. Dabei spielten die Ereignisse in Poznań, die Bewertung des Sechsjahresplans und die Rehabilitierung Gomułkas eine herausragende Rolle. In der hitzigen Debatte standen sich zwei Fraktionen gegenüber.²²⁵ Diese Spaltung in zwei Gruppen hatte sich schon während des VI. Plenums des Zentralkomitees der PZPR bemerkbar gemacht. Bei diesem Plenum war eine Polemik den Nachfolger Bierut ausgebrochen, die sich auf dem VII. Plenum des Zentralkomitees der PZPR weiter vertiefte. Die eine, die so genannte Natolin-Gruppe,²²⁶ wurde als Vertreterin des orthodoxen, prosowjetischen und reformfeindlichen Teils des Parteiapparats verstanden. Zu dieser Gruppe gehörten: Zenon Nowak und Franciszek Jóźwiak, Mitglieder des Politbüros und gleichzeitig Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Alexander Zawadzki, Vorsitzender des Staatsrates und Mitglied des Politbüros, Franciszek Mazur, Sekretär des Zentralkomitees, Stanisław Łapot, Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Wiktor Kłosiewicz, Vorsitzender des Zentralrates der Gewerkschaften, Marschall

²²³ Dudek, Der politische Umbruch, 33.

²²⁴ Orechow, Die politische Krise 1956 aus Moskauer Sicht, 344.

²²⁵ Vgl. Dudek, Der politische Umbruch, 34-35.

²²⁶ Der Name Natolin-Gruppe stammt vom Gästehaus des Ministerrates in Natolin bei Warschau, wo sich ihre Vertreter trafen.

Konstantin Rokossovskij, Minister für Nationale Verteidigung u.a.²²⁷ Die Puławska-Gruppe²²⁸ trat dagegen für die Weiterführung institutioneller Reformen und Liberalisierung ein, wiewohl sie aber alle grundsätzlichen Prinzipien des kommunistischen Regimes aufrechterhalten wollte. Ihre politische Option war eine liberalere Form des Sozialismus. An der Spitze dieser Puławska-Gruppe standen das Mitglied des Politbüros, Roman Zambrowski, der Erste Sekretär der Woiwodschaftsleitung der PZPR in Warschau, Stefan Staszewski sowie die Sekretäre des Zentralkomitees, Jerzy Albrecht, Władysław Matwin und Jerzy Morawski.²²⁹ Viele von ihnen waren jüdischer Herkunft, was von der Natolin-Gruppe im Machtkampf gegen sie benutzt wurde.²³⁰

Im Rahmen seines Referates am 20. Juli 1956 machte der Erste Sekretär, Ochab, einige Ausführungen über die Vorgänge in Poznań, die eine Abweichung von der ersten Beurteilung der Ereignisse waren. Die These vom „westlichen Imperialismus“ wurde jetzt abgeschwächt. Stattdessen wurden die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Ursachen ins Visier genommen:

„Das VII. Plenum des Zentralkomitees hält seine Sitzungen drei Wochen nach den schmerzlichen Ereignissen in Posen. Es wäre verfehlt, bei einer Untersuchung der Ursachen für diese Vorfälle das Hauptaugenmerk auf die Machenschaften von Provokateuren und imperialistischen Agenten zu richten. Viel mehr muss man zuerst nach der sozialen Wurzel des Geschehens suchen, das für unsere ganze Partei ein Warnsignal geworden ist. Denn es beweist, dass die Beziehungen der Partei zu den verschiedenen Angehörigen der Arbeiterklasse ernstlich gestört sind.

[...] Partei und Regierung bereinigten [...] nur zögernd die Fehler und Missgriffe, die der Führung der Volkswirtschaft unterlaufend sind. Die bürokratischen Missstände trugen die Schuld daran, dass die Sorgen der Arbeitermassen nicht behoben wurden. Das Ergebnis war eine ablehnende Haltung gegenüber dem Volk und seinen oft gerechtfertigten Forderungen. Bei diesem Stand der Dinge kam es zu einer gewissen Stagnierung und sogar Gleichgültigkeit der Partei und der Gewerkschaften, wenn es sich um die schwierige Situation der Arbeiter und Angestellten handelte. Eine weitere Folge war, dass viele Partei-

²²⁷ Vgl. *Dudek*, Der politische Umbruch, 31.

²²⁸ Die Bezeichnung Puławska-Gruppe kommt von der Puławska Strasse in Warschau, an der die führenden Vertreter dieser Fraktion wohnten.

²²⁹ Vgl. *Dudek*, Der politische Umbruch, 31.

²³⁰ Vgl. ebd. 34.

und Gewerkschaftsstellen den Kontakt mit den Arbeitermassen verloren [...]. Alle diese Komponenten spiegeln sich in den Ergebnissen von Posen.“²³¹

Weiters wurde in Ochabs Referat der Zustand der polnischen Wirtschaft detailliert analysiert. Er wies auf die Ergebnisse des Ende 1955 beendeten Sechsjahresplans hin, der nicht die entsprechenden Erfolge geliefert hatte. Nicht alle Planvorgaben waren erfüllt worden. So erreichte die Produktion von Hauptversorgungsgütern wie Kohle und Zement nicht die vorgesehenen Sollzahlen. Die landwirtschaftlichen Erträge wurden nur zur Hälfte erreicht, was sich negativ auf den Lebensstandard der Werktätigen auswirkte. Die Reallöhne waren im Zeitraum 1951 bis 1955 nur um 13% und dazu sehr unausgeglichen, sodass einige Arbeitergruppen kaum davon profitieren konnten.²³² Große Aufregung herrschte im Sitzungssaal bezüglich dem Fall Gomułka und der Frage nach seinem Schicksal. Diese Frage hatte zwei Dimensionen: eine persönliche und eine ideologische. Die persönliche war, ob nach der Amnestierung Gomułkas, seine Rehabilitierung folgen sollte, ob die Rückgabe seines Parteiausweises genügte, oder ob er jenen Platz wieder einnehmen sollte, von welchem er 1948-1949 entfernt wurde. Dies hätte seine Rückkehr in die PZPR-Führung bedeutet. Die ideologische Seite der Frage bestand darin, ob seine Rehabilitierung auch die Aufhebung der Beschuldigung hinsichtlich „rechtsnationalistischer Abweichung“ bedeutete. Diese Frage war deswegen so delikater, da eine solche Entscheidung all das, was in der Landwirtschaft bzw. in der Parteipolitik nach Gomułkas Ablöse nach 1948 durchgeführt worden war, in Frage gestellt hätte. Eine der Hauptanschuldigungen, die zu seiner Ablöse geführt hatten, waren eben seine Anschauungen über einen „eigenen Weg des Sozialismus“, besonders im Bereich der Landwirtschaft. Das VII. Plenum des Zentralkomitees der PZPR traf schließlich die Entscheidung, dass

„[...] der Beschluss des III. Plenums des Zentralkomitees der PZPR vom November 1949 in dem Teil aufzuheben, der die beleidigenden und ungerechtfertigten Vorwürfe der Tolerierung eines fremden Nachrichtendienstes betrifft, derer die Genossen W. Gomułka, M. Spychalsky und Z. Kliszko bezichtigt wurden.“²³³

²³¹ Aktuelle Rundschau- Polen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 7. 1956, 42.

²³² Vgl. ebd. 43.

²³³ Dudek, Der politische Umbruch, 34.

Diese Entscheidung war insofern halbherzig, da diese nicht die Resolution von 1948, in der Gomułka „rechtsnationalistischer Abweichungen“ bezichtigt worden war, außer Kraft setzte.

Das VII. Plenum löste die innenpolitische Krise nicht. Gomułkas Frage und seine Rückkehr in die Machtstrukturen blieb ungelöst. Die verabschiedete Resolution auf dem VII. Plenum der PZPR gab dem Poznańer Aufstand einen liberalen Anstrich, versprach einige Demokratisierungsmaßnahmen im Kampf gegen die Bürokratie, kündigte eine Verbesserung des Lebensniveaus und Korrekturen in der Landwirtschaftspolitik an. Jedoch das Programm allein konnte nicht als Lösung der kritischen Lage in der sich Polen befand, dienen. Die herrschenden Meinungsdivergenzen innerhalb der Parteigremien waren einer der Hauptgründe dafür.²³⁴

3. Ungarn

3.1. Druck „von unten“. Das Regime macht Zugeständnisse

Die politischen Vorgänge in Ungarn unmittelbar vor dem XX. Parteitag der KPdSU schufen im Lande eine Atmosphäre, die noch an den Stalinismus erinnerte. Anfang 1956 gab es sogar Verhaftungen mit politischem Hintergrund. Der Ausschluss Nagys aus der Partei und der Parteibeschluss zum Thema „Literarisches Leben“ hatten zu einer gewissen moralpolitischen Kaschierung der reformfreundlichen Bewegung und der parteiinternen Opposition geführt. Die Hoffnung, dass sich etwas ändern könnte, erwachte wieder mit den Ergebnissen des XX. Parteitags der KPdSU und besonders mit den Veränderungen, die in den anderen Volksdemokratien begonnen hatten. Aber diese Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung.

So wie sein polnischer Genosse Bierut erhielt Rákosi schon in Moskau ein Exemplar der „Geheimrede“. Und trotz der Erschütterung und der Ängste, die Chruščevs Referat in ihm hervorgerufen hatte, beschloss er so zu handeln, als ob

²³⁴ Vgl. Kaplan, 61-63.; *Brzezinski*, Der Sowjetblock, 271-272.

alles in die richtige Richtung gehen würde. Die ständig wachsende Unzufriedenheit und Spannung in der ungarischen Gesellschaft hinderten Rákosi nicht, in der Sitzung des Zentralkomitees der MDP am 12. und 13. März 1956, zu demagogisieren und Fakten, die im scharfen Kontrast zur ungarischen Realität standen, zu ignorieren.²³⁵ Rákosi behauptete kategorisch, dass

„die Arbeit und die Beschlüsse des Parteitags belegen [...], dass die MDP und ihr Zentralkomitee auf dem richtigen Weg sind [...]. Die Beschlüsse des Zentralkomitees erweisen sich in allen Einzelheiten als zutreffend und wegweisend [...].“²³⁶

Nach den Behauptungen, der XX. Parteitag der KPdSU sei eine Bestätigung für die Richtigkeit der ungarischen Linie gewesen, erhoben sich dennoch kritische Stimmen. Beklagt wurden der Mangel an kollektiver Führung in der Partei und das sinkende Vertrauen gegenüber der Parteiführung. Zudem wurden die mangelhaften Verfahren in der Frage nach der Verantwortung bei Gesetzesverstößen kritisiert.²³⁷ Diese zu klären war voranging und stand, nicht nur in Ungarn, auf der politischen Tagesordnung der Satellitenstaaten. Nach Rákosis Vorstellungen sollte in Ungarn Farkas die Rolle des „schwarzen Schafes“ übernehmen und alleinig die Schuld für die Verbrechen verantworten. In diesem Zusammenhang wurde in der Sitzung eine Kommission unter der Leitung von István Kovács einberufen, die die Rolle von Farkas bei gesetzeswidrigen Fällen zu untersuchen hatte.²³⁸

Die Ergebnisse des XX. Parteitages der KPdSU blieben nicht ohne Resonanz in der ungarischen Gesellschaft. Entgegen dem Willen der Parteispitze sprengte die Diskussion den Rahmen der Partei und drang zusehends an die Öffentlichkeit. Fragen nach dem Warum hinsichtlich der politischen Prozesse wurden immer lauter. Die Veränderungen in der sowjetischen Politik und in den internationalen Beziehungen, vor allem die sowjetisch-jugoslawische Annäherung, veranlasste Rákosi allerdings einige Zugeständnisse zu machen. Am 27. März 1956 kündigte Rákosi die volle Rehabilitierung Rajks und aller wegen titoistischer Abweichung Verurteilter an. Für die Opposition war dies lediglich ein fadenscheiniger Akt. Rákosi wurde als „Judas, dessen Hände vom Blut Rajks befleckt“ seien,

²³⁵ Vgl. *Rainer*, Ungarn 1953-1956, 198.

²³⁶ Ebd. 198.

²³⁷ Vgl. ebd.

²³⁸ Vgl. ebd. 198-199.

bezeichnet.²³⁹ Etwas später, am 18. Mai 1956, sah sich Rákosi gezwungen, noch einen Schritt weiter zu gehen, indem er vor dem Budapester Parteiaktiv die Verantwortung für den Rajk-Prozess²⁴⁰ übernahm und Selbstkritik übte:

„Bisher haben wir auf großen Versammlungen meist in allgemeinen Ausdrücken gesprochen, wenn wir über den Persönlichkeitskult redeten, der bei uns herrschte. Das ist nicht genug. Tatsächlich habe ich selbst diesen Persönlichkeitskult geduldet, ja ihn mehr als einmal gefördert [...]. Für die Legalitätsverletzungen mit dem Persönlichkeitskult gilt das gleiche. [...] Wenn so schwere illegale Akte bei uns stattfinden konnten, dann muss ich frei und offen erklären, dass ich Fehler begangen habe, weil ich auf dem wichtigsten Posten der Partei stand [...].“²⁴¹

Diese politisch-demagogischen Manöver halfen Rákosi trotzdem nicht, die oppositionellen Stimmen zu unterdrücken.

3.2. Die Rebellion der Intelligenz. Der Petöfi-Kreis

Auch in Ungarn war eine der bedeutendsten Folgen des XX. Parteitags der KPdSU das verstärkte Auftreten von Liberalisierungsaufforderungen seitens der Intellektuellen. Anfang des Jahres 1956 schaffte es Rákosi erneut die Wirtschaftspolitik unter seine Fittiche zu bringen, doch die Verfechter der Reformen konnten nicht zum Schweigen gebracht werden.²⁴² Obwohl es einigen Unternehmungsgeist dafür gab, fanden organisierte politische Aktionen vorerst nicht statt. Es bildeten sich jedoch verschiedene formelle und informelle oppositionelle Einrichtungen: der Schriftstellerverband, die Redaktionen der Zeitschriften „Béke és Szabadság“ und „Magyar Nemzet“, Freundschaftskreise um verschiedene Persönlichkeiten,

²³⁹ Vgl. François *Fejto*, Die Geschichte der Volksdemokratien. Bd. II. Nach Stalin 1953-1956. (Graz/Wien/ Köln 1972) 101.

²⁴⁰ In dem im September 1949 in Budapest durchgeführten Schauprozess waren neben László Rajk – ursprünglich Chef der ungarischen KP, dann Innen- und schließlich Außenminister Ungarns - noch zwei weitere Angeklagte wegen „Hochverrats“ zum Tode verurteilt und hingerichtet worden, während fünf andere langjährige Gefängnisstrafen antreten mussten. Der Rajk-Prozess leitete die große Säuberungs- und Verhaftungswelle in allen Satellitenstaaten ein, die in Polen zur Verhaftung Gomułkas 1951 und in der Tschechoslowakei zu dem Slansky-Prozess im November 1952 führte.

²⁴¹ Tibor *Méray*, Dreizehn Tage die den Kreml erschütterten. Imre Nagy und die ungarische Revolution (München 1961) 62, Anm.1.

²⁴² Vgl. Der Aufstand der Intellektuellen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 7. 1956,10-14.

Fachgruppen usw.²⁴³ Besonders große Berühmtheit erlangte im Sommer 1956 der bereits ein Jahr zuvor gegründete Petöfi-Kreis.²⁴⁴ Der Kreis begann als gemäßigter Diskussionsklub, wo Themen volkswirtschaftlichen Charakters erörtert wurden und wo über theoretische Probleme des Marxismus oder über die Lage der Geschichtswissenschaft diskutiert wurde. Mit der Zeit beteiligten sich immer mehr Leute an den Diskussionsabenden und der Ton der Diskussionen wurde immer leidenschaftlicher. Rákosi und seine Parteigänger beobachteten achtsam die immer stärker werdenden oppositionellen Aktionen des Petöfi-Kreises. Der Schriftstellerverband war die zweite oppositionelle Organisation, die ihre Tätigkeiten ebenfalls radikalisierte, und in der Gesellschaft wachsenden Zuspruch fand.²⁴⁵ Am 27. Juni 1956 fand im Petöfi-Kreis die so genannte „Pressedebatte“ statt. Viele namhafte Schriftsteller, Journalisten und Wissenschaftler Ungarns beteiligten sich lebhaft an dieser Diskussion. An dem Abend wurden die vom stalinistischen System begangenen Verstoße und dessen unmittelbar Verantwortlicher in Ungarn, Rákosi, enthüllt. Einer der letzten Sprecher war das Parteimitglied und selbst ein Opfer des Systems, Géza Losonczy. Er machte klare Ausführungen über die Entwicklung der „Affäre Nagy“ und vertrat die Meinung, Demokratie und Redefreiheit innerhalb der Partei könnten erst gewährleistet werden, wenn Nagy das Recht eingeräumt würde, sich persönlich gegen seine Ankläger zu verteidigen.²⁴⁶ In solch einer leidenschaftlichen Atmosphäre wurde Nagys Wiederaufnahme in die Partei von allen Anwesenden gefordert. Die Geduld der dogmatischen Parteiführung war mit diesem Diskussionsabend erschöpft. Am nächsten Tag, dem 28. Juni 1956, ging die polnische Belegschaft auf die Straße, um für ihre ökonomischen Forderungen zu demonstrieren. Dabei kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Sicherheitsorganen und den Demonstranten. Die Geschehnisse in Poznań hatten offenbar einen starken Einfluss auf die Stimmungen in Ungarn. Rákosi sah sich zu Handlungen genötigt, die ihm letztendlich schadeten. Die Sitzung des Zentralkomitees vom 30. Juni 1956 verlief im Zeichen einer „antirechten“ Kampagne. Der Angriff konzentrierte sich ausdrücklich auf den Petöfi-Kreis. Seine Aktivitäten wurden als „parteiwidrig und

²⁴³ Vgl. *Rainer*, Ungarn 1953-1956, 199-200.

²⁴⁴ Der Klub ist benannt nach dem ungarischen Nationalhelden Sandor Petöfi. 1848 fiel der Lyriker im Alter von 26 Jahren im Kampf gegen die russischen Truppen, die für die Habsburger die Revolution in Ungarn im Jahre 1848 bekämpften.

²⁴⁵ Vgl. *Litván, Back* (Hrsg.), Die ungarische Revolution, 53-55.

²⁴⁶ Vgl. *Meray*, Dreizehn Tagen, 65.

volksfeindlich“ gebrandmarkt und die „rechtsabweichlerischen Elemente, die sich um Nagy gruppieren“, wurden zur Rechenschaft gezogen.²⁴⁷ Anscheinend war Rákosi damit nicht zufrieden gestellt. Angeblich erstellte er eine 400 Personen umfassende Liste, die die hartnäckigsten „oppositionellen Elemente“ umfassen sollte. An der Spitze dieser Liste stand Nagys Name. Dieser Schritt Rákosis sollte das Hauptmotiv für seine Abberufung von der politischen Szene sein. Unmittelbaren Einfluss darauf übte wahrscheinlich ein Zusammentreffen zwischen dem sowjetischen Botschafter Andropov und dem Ersten Sekretär der MDP, István Kovács, in Budapest aus. Dabei übergab Kovács einen eigenhändig geschriebenen Brief, des sich in Gefangenschaft befindlichen ehemaligen Leiters der Staatssicherheit, Gábor Péter. Dieser Brief lieferte Beweise für die unmittelbare Schuld Rákosis bezüglich des Rajk-Prozesses sowie an einer Reihe von weiteren konstruierten politischen Prozessen.²⁴⁸ Andropov unterrichtete seinerseits die sowjetische Führung von diesen Vorfällen. Nachdem die Vorfälle in Moskau vom 9. bis 12. Juli 1956 beraten worden waren, wurde Anastas Mikoyan nach Ungarn abkommandiert, um die Lage selbst zu erkunden und um einen Ausweg aus der Parteikrise zu suchen. Da die Situation klar war, wurde Rákosi im Politbüro das Misstrauen ausgesprochen. Seine Nachfolge war umstritten. Am 18. Juli 1956 in der Sitzung des Zentralkomitees der MDP kündigte Rákosi „wegen seines schlechten Gesundheitszustandes“ seinen Rücktritt als Parteisekretär an. Nach vielen Diskussionen wurde der bisherige zweite Mann in der Führungsspitze, Ernő Gerő, zum Ersten Sekretär ernannt und János Kádár wurde Sekretär des Zentralkomitees. Bei der Sitzung wurde von Mikoyan auch der Fall Nagy angesprochen. Die sowjetischen Genossen fanden, dass Nagys Ausschluss aus der Partei ein Fehler war und empfahlen seine Wiederaufnahme in die Partei, sofern er bereit war, sein Verhalten zu ändern und Selbstkritik zu üben.²⁴⁹

Die Aufnahme von ehemaligen Opfern parteiinterner Säuberungen in der Zeit von Rákosi, u. a. János Kádár, György Marosán, József Révai, Károly Kiss, in das ZK und das Politbüro, sollte in der Partei wieder Ruhe herstellen. Diese Hoffnungen erwiesen sich jedoch als Illusion. Rákosis Ablösung milderte zwar die stärksten Reibungspunkte innerhalb der Partei, aber durch seine bloße Absetzung wurden

²⁴⁷ Vgl. *Meray*, Dreizehn Tagen, 66.

²⁴⁸ Vgl. *Rainer*, Ungarn 1953-1956, 205-207.

²⁴⁹ Vgl. ebd. 207-211.

die Probleme nicht gelöst, da sein Nachfolger nicht die hierfür geeignete Person zu sein schien. Gerő war einer der engsten Mitarbeiter Rákosis. Somit fehlte ihm der politische Ansporn.

4. Tschechoslowakei

4.1. Gelenkte Kritik

In der Tschechoslowakei wurde nach den in Moskau festgelegten Regeln gearbeitet. Široký unterrichtete das Politbüro des Zentralkomitees am 27. Februar 1956 über den Verlauf des XX. Parteitages der KPdSU, jedoch ohne irgendwelche Angaben über Chruščevs „Geheimrede“ zu machen. Zu dieser Zeit wusste er selbst noch nicht von ihrer Existenz.²⁵⁰ Am 2. März 1956 tagte das Politbüro des Zentralkomitees. In dieser Sitzung wurde versucht, eine Auslegung der Ergebnisse des XX. Parteitages der KPdSU vorzunehmen. Meinungsverschiedenheiten gab es in der Frage, in welcher Art und Weise und in welchem Umfang Informationen über den XX. Parteitag bekannt werden sollten. Auch hinsichtlich des „Personenkults“ in der Partei und dessen Enthüllung herrschten unterschiedliche Ansichten vor.²⁵¹

Auf den Zusammenkünften des Parteiaktivs auf Kreisebene, wo ein gleichartiges, von Široký zusammengefasstes Referat vorgelesen wurde, kam es zu großer Empörung bei den Funktionären. Nicht zuletzt auf Grund der sich verbreitenden Gerüchte über die genannte Geheimrede Chruščevs.²⁵² Eine erwartete, aber nicht durchgeführte Erörterung, veranlasste die Funktionäre, der Parteiführung mit wachsender Skepsis gegenüber zu treten. Die Referenten kamen aufgrund ihrer Unkenntnis in Verlegenheit. Sie wussten nicht wie sie auf die an sie gestellten Fragen antworten sollten. Informationen über Chruščevs „Geheimrede“ bekamen die Mitglieder der Parteiführung erst bei der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees vom 24. März, in der Novotný sein Referat für die nächste Sitzung

²⁵⁰ Vgl. *Kaplan*, 42.

²⁵¹ Vgl. ebd.

²⁵² Informationen über Chruschtschows „Geheimrede“ und seinen Inhalt kamen von tschechoslowakischen Studenten und Bürgern, die in der UdSSR arbeiteten und von ihren sowjetischen Freunden den Inhalt des Dokuments erfuhren. Information kamen auch von in tschechischer Sprache im Westen ausgestrahlten Sendungen, die in der Tschechoslowakei empfangen werden konnten. Vgl. Jiří *Pelikán*, Das Echo des XX. Parteitages der KPdSU in der Tschechoslowakei. In: *Crusius, Wilke* (Hrg.) Entstalinisierung, 169-170.

des Zentralkomitees vortrug. Sein Referat beinhaltete Teile aus der „Geheimrede“ Chruščevs. Die Diskussionen konzentrierten sich im Wesentlichen auf zwei Themen: Zum Einen auf Stalin, zum Anderen auf den Personenkult um Gottwald. Es wurde beschlossen, dass Novotnýs Referat nur innerparteilich diskutiert werden sollte. Die Erörterungen sollten aber weder als Kritik noch als Anzweiflung der Richtigkeit der Parteilinie verstanden werden, die mit dem IX. und X. Parteitag genehmigt worden war. Vor allem sollten die gegenwärtigen politischen und die damit verbundenen ökonomischen Probleme behandelt werden.²⁵³

In der Sitzung des Zentralkomitees der KSČ vom 29. und 30. März 1956 hielt Novotný sein Referat. Die innerparteiliche Diskussion wurde im Parteiaktiv zunehmend rege geführt. Die Parteimitglieder reagierten vielfältig und widersinnig.²⁵⁴ Besonders erschüttert waren die einfachen Mitglieder von den Informationen über Stalins Verbrechen:

„Für sie brach eine Welt zusammen, die [...] auf der Bewunderung und der Ergebenheit gegenüber Stalin und auf der Überzeugung ruhte, dass im Sozialismus [...] Gerechtigkeit herrschte“.²⁵⁵

Diskussionsgegenstand waren die Fragen nach Stalins Rolle und die Kritik an der eigenen Führung vor allem im ökonomischen Bereich. Der Kritik am Bürokratismus und Zentralismus wurden die Forderungen nach Dezentralisierung entgegengesetzt.²⁵⁶

Am 17. April beriet das Politbüro erstmals über die Ergebnisse der Diskussionen. Die kritischen Stimmen wurden als berechtigt anerkannt und es wurde entschieden, die Diskussion fortzusetzen. Diese Beschlüsse wurden auf der Tagung des Zentralkomitees der KSČ vom 19. und 20. April 1956 vorgelegt. Hierbei legte Novotný die Ergebnisse der Diskussionen dar. Die Frage nach dem Personenkult wurde erneut erörtert. Doch dieses Mal machte Novotný einige Zugeständnisse, indem er vermerkte, dass es nicht korrekt wäre zu behaupten, „dass bei uns kein Personenkult gepflegt wurde“. Der Personenkult wurde von Mitgliedern des Politbüros, von Ministern im Privatleben, in der Justiz, in der

²⁵³ Vgl. *Kaplan*, 43.

²⁵⁴ Vgl. ebd. 44.

²⁵⁵ *Pelikán*, Das Echo des XX. Parteitages der KPdSU in der Tschechoslowakei, 170.

²⁵⁶ Vgl. *Kaplan*, 44-45.

Presse und besonders stark in der Armee und von der Staatsicherheit gepflegt.²⁵⁷ Dennoch wurden wieder keine „prominenten“ Namen erwähnt. Zudem folgten diesem verbalen Zugeständnis keine konkreten Taten. Das Problem wurde analog wie in den anderen kommunistischen Parteien gelöst. Die Kritik und die Fragen nach Verantwortlichen forderten ihre Opfer innerhalb der Führung. So wurde der Schwiegersohn Gottwalds, Verteidigungsminister Alexej Čepička, aus der Regierung und dem Politbüro abberufen.

Die kaum gezogenen Konsequenzen und die daraus resultierenden leichten Korrekturen verstärkten das Misstrauen in die Parteiführung, weswegen schließlich die Forderung nach einem außerordentlichen Parteitag laut wurde. Im Zuge dessen sollten konkretere politische Maßnahmen beschlossen und neue leitende Parteiorgane gewählt werden. Dieses Misstrauensvotum wurde von den Verantwortlichen als ein direkter Angriff verstanden.²⁵⁸ Stimmen mit derartigen Forderungen waren in einzelnen Fällen schon früher aufgetaucht. Aber erst nach einer Tagung des Zentralkomitees im April traten sie in größerem Umfang auf. So wurden Ende April von der Parteizentrale 196 solcher Resolutionen wahrgenommen. Darin waren 12.981 Parteimitgliedsstimmen vereinigt. Mitte Mai lag ihre Zahl schon bei 329 Resolutionen bzw. 21.609 Stimmen.²⁵⁹ In den Bezirkskonferenzen der Parteifunktionäre vom 24. bis 29. April 1956 sowie in den Parteiorganisationen, in der Staatssicherheit und in der Armee konnten die Misstrauenserklärungen nicht länger ignoriert werden. Einen Ausweg aus dieser Situation sah die tschechoslowakische Führung darin, die Diskussion einfach für beendet zu erklären. Der Beschluss des Politbüros des Zentralkomitees stufte die kritischen Diskussionen als feindlich ein, und verhinderte jegliche Kritik an der Generallinie des IX. und X. Parteikongresses der KSČ. Es sollten keine weiteren personellen Änderungen in der Führung eintreten. Die ganze Aufmerksamkeit der Partei sollte auf den Bereich der alltäglichen Probleme gelenkt werden. Demzufolge unternahm die Führung eine Offensive, die gegen die Anhänger eines außerordentlichen Parteitages und gegen die Weiterführung der parteiinternen

²⁵⁷ Vgl. *Foitzik*, Die parteiinterne Behandlung, 74.

²⁵⁸ Vgl. *Pelikán*, Das Echo des XX. Parteitages der KPdSU in der Tschechoslowakei, 171.

²⁵⁹ Vgl. *Ivan Pfaff*, Die Auswirkungen des XX. Parteitages der KPdSU auf die Tschechoslowakei. In: *Lemberg* (Hrsg.), Zwischen „Tauwetter“ und Neuem Frost, 22.

Debatte gerichtet wurde. Die Weigerung einiger Parteiorganisationen, ihre Forderungen zurück zu nehmen, führte zu deren Auflösung.²⁶⁰

4.2. Die gesellschaftliche Lethargie bricht auf

Nicht ohne Echo blieben die Ergebnisse des XX. Parteitags der KPdSU im gesellschaftlichen Leben der tschechoslowakischen Bevölkerung. Bedeutende gesamtgesellschaftliche Organisationen unternahmen den Versuch, ihre Rolle und Selbstverständnis neu zu bestimmen. Die von nationalen Eigenheiten geprägten Diskussionen setzten sich fort. Besonders aktiv waren die Gewerkschaftsorganisationen und deren Repräsentanten. Sowohl auf den Meetings, als auch in ihren Presseorganen wurden ihre eigentlichen Aufgaben debattiert. Sie klagten darüber, dass die Interessen der Werktätigen gegenüber der Wirtschaft und ihren Institutionen nicht gewahrt wurden. Deshalb sollten gerade in diesem Punkt Neuerungen eintreten. Einen dementsprechenden Anlauf unternahm der Zentralrat der Gewerkschaften (ÚRO) in seiner Sitzung am 26. und 27. April 1956. Doch dieser Versuch wurde von der Regierung zum Scheitern gebracht.²⁶¹ Die Jugendorganisation ČSM²⁶² meldete sich ebenso nach langer Zeit wieder zu Wort. Sie forderte eine Neuordnung ihrer Aufgaben. Ihre bisherige Rolle entspräche jener „eines gehorsamen Instruments staatlicher und Parteiorganisationen“²⁶³. Dies sollte sich ändern. Ihre Hauptaufgaben sollten sich auf die Repräsentation der Interessen und der Rechte der Jugend konzentrieren. Für eine solche Kehrtwende fehlte es den Vertretern des Verbandes jedoch an Durchsetzungsvermögen.²⁶⁴ Viel aktiver und entschlossener waren dagegen die Hochschüler. In ihren Versammlungen wurden vor allem universitäre Angelegenheiten erörtert und ihre Forderungen in Resolutionen festgehalten. Inhaltlich hatten sie unterschiedliche Themen. Einige behandelten reine Studienprobleme wie etwa die Lehrpläne, die Lage der Universitäten etc. Andere forderten Maßnahmen politischer Art: u. a. die Wiederherstellung Akademischer-

²⁶⁰ Vgl. *Pfaff*, Die Auswirkungen des XX. Parteitages der KPdSU auf die Tschechoslowakei, 22.

²⁶¹ Vgl. *Kaplan*, 48-49.

²⁶² Československý Svaz Mladé- ČSM (Der tschechoslowakische Jugendverband).

²⁶³ *Kaplan*, 50

²⁶⁴ Vgl. ebd.

und Pressefreiheit, Auslandsreisen usw.. Die wachsenden Unruhen unter den Studenten zog die Aufmerksamkeit der tschechoslowakischen Führung auf sie. Im Besonderen galt dies für das am 12. Mai 1956 in Bratislava durchgeführte Studentenfestival. Die Studenten zeigten ihre Forderungen auf Bannern die von satirischen Illustrationen der politischen Verhältnisse im Lande begleitet wurden. Diese wurden von der Führung als feindlich und gefährlich bewertet, und dementsprechend befasste sich das Politbüro des Zentralkomitees am 14. Mai 1956 mit den geplanten studentischen Feierlichkeiten „Majales“, die am 20. Mai in Prag stattfinden sollten. Als Maßnahme gegen eine eventuelle Umwandlung dieser Feierlichkeiten in eine politische Massendemonstration war die Mobilisierung der Arbeiterschaft und der Volksmiliz vorgesehen. Die Feierlichkeiten verliefen zwar ohne Zwischenfälle, die Situation in den Hochschulen blieb dennoch angespannt.²⁶⁵

Die leichten Brisen der Freiheit mobilisierten auch in der Tschechoslowakei die aktiven Kulturschaffenden.

Besonders erwähnenswert ist hier der II. Kongress des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbands in Prag. Im Einklang mit der herrschenden kritischen Atmosphäre in der Gesellschaft und eng verbunden mit den Chruščevs Enthüllungen, die wesentlich zu den politischen Spannungen beigetragen hatten, starteten die Schriftsteller den Versuch, ihre Rolle in der Gesellschaft neu zu bestimmen und die Vergangenheit aufzuarbeiten. Sie übten sowohl Selbstkritik als auch Kritik an den politischen Verhältnissen. Der Kongress fand vom 22. bis 29. April 1956 statt.²⁶⁶ Die ersten zwei Kongresstage verliefen in gewohnter Weise ohne besondere Aufregungen. Für eine Wende sorgte der Auftritt des Dichters František Hrubín, der sich gegen die Parteiangriffe auf Dichter und Dichtung aussprach:

„Für die Entwicklung der tschechoslowakischen Literatur in den letzten Jahren war es entwürdigend und ungesund, dass ihre Probleme nicht in aller Offenheit diskutiert werden durften. Jetzt ist uns die Möglichkeit einer solchen Diskussion gegeben [...].

²⁶⁵ Vgl. *Kaplan*, 50.

²⁶⁶ Vgl. Der Aufstand der Intellektuellen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 8.1956, 6-10.

Ich habe Mallarme gelesen. Welch ein Drama ist [...] sein großes Werk vom Todeskampf des Schwans, der in Eis gefangen ist und seine eingefrorenen Flügel nicht befreien kann. [...] Doch um wie viel [...] tragischer erschien mir das jüngste Geschick der tschechischen Dichtung; Auch die Nachfahren von Macha, Neruda, Bezruc sind im Eis gefangen. Die Poesie erschien hier allerdings nicht als Schwan, sondern in der Gestalt eines gejagten, erschöpften Rehs. [...] Die Dichtkunst wehrte sich mit Händen und Füßen gegen die Gleichgültigkeit eines eiskalten Dogmas [...].²⁶⁷

Am darauf folgenden Tag annoncierte „Literarni Noviny“ den Text in einer noch schärfer formulierten Rede, die der Dichter Jaroslav Seifert auf dem Kongress hielt. Er forderte die Schriftsteller des Landes auf, das Gewissen des tschechischen Volkes zu sein:

„Ich fürchte, das haben wir lange Jahre hindurch versäumt. Wir sind nicht das Gewissen der Masse, der Millionen gewesen, ja wir standen nicht einmal für unser eigenes Gewissen ein. [...] Wenn ein gewöhnlicher Mensch die Wahrheit verschweigt, möge es ein taktisches Manöver sein. Wenn ein Schriftsteller die Wahrheit verschweigt, ist er ein Lügner. Und nicht nur das: Er entwertet all das, was [...] der Sozialismus unserem Volke gebracht hat [...].²⁶⁸

Die erörterten Themen während des Schriftstellerkongresses zogen nicht nur das Interesse der Intellektuellen, sondern auch das der Arbeiterschaft auf sich. Dankesbriefe für die offenen und ehrlichen Worte wurden an den Kongress und an den Schriftstellerverband gesendet. Das Image der Schriftsteller wuchs in der Bevölkerung, die auf weitere Aktionen der Schriftsteller nach dem Kongress hoffte. Doch diese waren nur während des Kongresses so stark und tapfer. Sie hatten und fanden keine Durchsetzungskraft um ihre eigenen Forderungen zur Geltung zu bringen. Der Leitspruch - die Schriftsteller seien und blieben das Gewissen der Nation – war der Kernpunkt, der den Widerstand der Führung erregte und sie zur Verteidigung ihres Machtmonopols bewegte. In diesem Kampf entschloss sie sich, die Arbeiterschaft zu mobilisieren. Kurz nach dem Kongress begann das Politbüro des Zentralkomitees eine stufenweise Offensive gegen die Schriftsteller durchzuführen, die Mitte des Jahres 1957 erfolgreich beendet wurde.²⁶⁹

²⁶⁷ Der Aufstand der Intellektuellen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 8.1956, 8.

²⁶⁸ Ebd.

²⁶⁹ Vgl. *Kaplan*, 52-53.

4.3. Die tschechoslowakische Reaktion zu die Ereignisse in Polen und Ungarn

Im Herbst 1956, als die ansteigenden Spannungen in Polen und Ungarn sich zu einer politischen Krise zuspitzten, begann in der Tschechoslowakei ein entgegen gesetzter Prozess, insofern als die Spannungen anfangen nachzulassen.

Die tschechoslowakische Partei- und Staatsführung, eine gewisse Unsicherheit verspürend, unternahm präventiv alle Maßnahmen gegen einen ungewollten Ausbruch möglicher Probleme. Gleich nach den Poznań-Ereignissen in Polen wies das Zentralkomitee der KSČ den Parteiapparat auf Kreis- und Bezirksebene auf eine vermeintlich wachsende Feindsätigkeit im Land hin und ordnete daraufhin eine verstärkte Wachsamkeit an. Besonders achtsam wurden die Stimmungen in der Armee beobachtet. Aufgrund der hohen Anzahl an von Armeeangehörigen für einen außerordentlichen Parteitag verschickten Resolutionen, hatte das Zentralkomitee die Sorge, dass unter den Berufssoldaten politisch instabile Stimmungen herrschten. Alle, die in Verdacht kamen, dass sie sich „politisch schwankend“ verhielten, wurden aus ihrem Dienst entlassen.²⁷⁰

Viel Aufmerksamkeit wurde dem Parteiaktiv gewidmet. Es gelang der tschechoslowakischen Führung, trotz Aufkommens einiger Radikalisierungstendenzen unter den Parteiaktivisten, diese sowie Teile der Arbeiterschaft, an ihre Seite zu bringen. Dies brachte die kommunistische Führung zuwege, weil sie ihre ganze Aufmerksamkeit hauptsächlich auf das Gebiet der sozial-ökonomischen Probleme lenkte.²⁷¹ Mittels Durchführung sozialer Maßnahmen wurde die tschechoslowakische Bevölkerung, darunter vor allem die Arbeiterschaft, neutralisiert. Deshalb konnte die tschechoslowakische Führung im Gegensatz zu ihren polnischen und ungarischen Genossen den Erschütterungen im politischen Bereich entgehen und den Ausbruch einer offenen Krise vermeiden. Eine wesentliche Maßnahme dabei war, dass es der Partei gelungen war, die tschechoslowakischen Medien unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Zensur grenzte die Möglichkeiten der Medien, die Meinung der Gesellschaft offen zum Ausdruck

²⁷⁰ Vgl. Jindřich *Madry*, Entscheidungsfindung in der Tschechoslowakei nach Stalins Tod. In: *Foitzik* (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa, 232.

²⁷¹ Vgl. *Kaplan*, 56.

zu bringen, stark ein. Dies schuf für die Regierenden gute Voraussetzungen für die Weiterführung ihrer demagogischen Politik.

4.4. Die Tschechoslowakei in treuer Gefolgschaft zur Sowjetunion

Am 24. Oktober 1956 fand in Moskau eine Sitzung des Präsidiums der KPdSU statt, zu welcher auch die Parteiführer der Satellitenstaaten eingeladen worden waren. Die Sitzung sollte sie primär über die Lage in Polen informieren. Auf die Tagesordnung kamen jedoch auch die revolutionären Vorgänge in Ungarn.²⁷² Außer den zwei betroffenen Ländern nahmen an den Unterredungen alle Parteidelegationen der Satellitenstaaten teil. Die Tschechoslowakei wurde durch Novotný und Široký repräsentiert. Schon am nächsten Tag, dem 25. Oktober, befasste sich das Politbüro des Zentralkomitees der KSČ in einer außerordentlichen Sitzung mit Novotnýs Referat, der sich wiederum auf die Moskauer Beratungen berief. Es wurde beschlossen, die Sicherheitsmaßnahmen im Inneren des Landes auf die höchste Stufe zu heben. Zugleich sollte dafür gesorgt werden, dass die tschechoslowakische Presse „die richtige Linie“ vertrat. Es wurde über die Möglichkeiten einer Entsendung von tschechoslowakischen Freiwilligen nach Ungarn zum Kampf gegen die „Konterrevolutionäre“ beraten.²⁷³ Von Anbeginn der ungarischen Revolution nahmen die tschechoslowakischen Nachrichtendienste kategorisch eine prosowjetische Position ein. Desinformationen wurden verbreitet.²⁷⁴

Die treue sowjetische Gefolgschaft der Tschechoslowakei kam besonders ausdrücklich auf der 151. Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der KSČ vom 2. November 1956 zum Vorschein. Das Politbüro deklarierte nicht nur seine Zustimmung für eine zweite sowjetische Militärintervention in Ungarn, sondern

²⁷² Vgl. Novotnýs Notizen auf der Sitzung des Präsidiums der KPdSU vom 24. Oktober 1956. In: T.M. *Islamov*, Sowjetski Sojus i vengerskii krizi 1956 goda. Dokumentov (Moskwa 1998).

²⁷³ Vgl. Vladimír *Pilát*, Der antikommunistische Aufstand in Ungarn aus der Sicht der tschechoslowakischen Kommunisten, 340-342.

²⁷⁴ Vgl. *Madry*, Entscheidungsfindung in der Tschechoslowakei, 237.

erklärte die Bereitschaft der Tschechoslowakei, die militärische Unterdrückung der „konterrevolutionären Elemente“ in Ungarn zu unterstützen.²⁷⁵

Am 3. November wandte sich der Präsident der Republik, Zápotocký über den Rundfunk an die Nation:

„Im benachbarten Ungarn wütet in den letzten Tagen die Konterrevolution, die den faschistischen weißen Terror gegen das werktätige Volk entfesselt hat. Ihre Hände sind vom Blut tausender ermordeter Arbeiter und einfacher Menschen aller Schichten befleckt. Die ungarische Reaktion hat, Hand in Hand mit den westlichen Imperialisten, damit begonnen, einen von langer Hand vorbereiteten Plan auszuführen, der nicht nur gegen die Volksmacht in Ungarn, sondern in seinen Folgen gegen alle sozialistischen Staaten und gegen den Weltfrieden gerichtet ist. In Ungarn sammeln sich reaktionäre Elemente, Kriegsverbrecher, die Adelsbrut, Faschisten und anderen Emigranten aus dem Westen, die 1945 vor der Sowjetarmee oder später vor dem Zorn des Volkes geflüchtet waren. In der Armee machen sich faschistische Offiziere des Horthy-Regimes breit. Großgrundbesitzer und kapitalistische Ausbeuter, deren Macht von der Arbeiterklasse und dem werktätigen Volk durchbrochen worden war, kriechen wieder ins Licht. Es erneuern sich die alten untergegangenen Parteien, die das Volk in feindliche Gruppen spalten sollen [...]“²⁷⁶

Dass die Ansprache am 3. November 1956, also am Abend unmittelbar vor der zweiten sowjetischen Militärintervention gehalten wurde, war vermutlich kein Zufall, sondern vielmehr ein gut kalkulierter politischer Winkelzug. Das tschechoslowakische Führungsgremium versuchte auf diese „unauffällige“ Art und Weise die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit und Aufrichtigkeit der bevorstehenden sowjetischen Intervention, oder besser gesagt, der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines nach außen hin souveränen Landes, zu überzeugen. Allgemein lässt sich sagen, dass die tschechoslowakische kommunistische Führung die revolutionären Vorgänge in Ungarn missbrauchte, um ihre eigenen Machtpositionen zu festigen. Gleichzeitig wurde jegliche oppositionelle Stimmung im Lande ausgeschaltet.

²⁷⁵ Vgl. *Pilát*, Der antikommunistische Aufstand in Ungarn, 343.

²⁷⁶ Ebd. 344.

V. Der polnische Oktober – Sieg der Demokratisierung

1. Polen auf eigenem Weg

Die Geschehnisse in Poznań stellten einen einschneidenden Wendepunkt nicht nur im gesellschaftlichen Leben Polens dar, sondern auch im Denken der polnischen Bevölkerung. Denn nach Poznań war eine Rückkehr zur alten Lebens- und Denkweise nicht mehr vorstellbar. Im September 1954 hatte der Fall Światło die Rolle des Katalysators für Veränderungen, vor allem in den Machtstrukturen, gespielt. Die Unruhen in Poznań hingegen wurden zum Katalysator der sozialen Verdrossenheit. Die Erregung unter der Arbeiterschaft wurde durch die Vorgänge in Poznań in keiner Weise geschwächt. Die Forderungen der Arbeiter in den Betrieben und Fabriken radikalisierten sich weiter. Die Protestaktionen häuften sich. Die Werktätigen forderten Lohnerhöhungen und auch die Gewerkschaften meldeten sich zu Wort. Arbeitsräte wurden gegründet. Besonders starken Aufwind bekam diese Entwicklung Ende September, nachdem zwei Warschauer Betriebe – die Automobilwerke FSO und die Motorradwerke WFM – ein Strukturkonzept der Selbstverwaltung herausgebracht hatten.²⁷⁷ Das Misstrauen der Öffentlichkeit gegenüber der Regierung - gepaart mit steigenden antisowjetischen Stimmen - wuchs weiter an. Trotz einiger Maßnahmen der Partei- und Staatsführung konnte der Druck der öffentlichen Meinung nicht verringert werden.²⁷⁸ Das Drama, das sich in Poznań abgespielt hatte, führte den Machthabern deutlich vor Augen, dass sich die gesellschaftlichen Vorgänge immer weniger kontrollieren ließen.

Anfang Oktober, mit Beginn des neuen Studienjahrs, begann auch die aktive politische Session. Die sich erneut aktivierenden Studenten erwarteten umfassende Änderungen. Das neue Studienjahr sollte von Diskussionen und Demonstrationen geprägt sein. Die an den Universitäten geführten lebhaften Diskussionen befassten sich mit der wirtschaftlichen und politischen Lage des Landes. Die Presse erhitze weiterhin die Gemüter, indem sie brennende Probleme aufgriff.²⁷⁹ Angespannt durch innere Widersprüche verloren die PZPR und ihre

²⁷⁷ Vgl. *Kaplan*, 65-67.

²⁷⁸ Vgl. *Fejto*, Die Geschichte der Volksdemokratien, 125-126.

²⁷⁹ Vgl. *Brzezinski*, Der Sowjetblock, 272.

Führung immer mehr an gesellschaftspolitischem Einfluss. Gleichzeitig wuchs das Selbstbewusstsein in der Gesellschaft. Die Menschen brachten ihre Meinung und Unzufriedenheit offen zum Ausdruck.²⁸⁰ In dieser brisanten Atmosphäre trat Gomułkas Persönlichkeit in den Vordergrund. Seine Autorität stieg von Tag zu Tag. Seine Popularität war sowohl unter der Bevölkerung als auch unter den Parteifunktionären groß. Laut sowjetischen Botschaftsberichten von Anfang August wurden auf Versammlungen der Kreis- und Bezirksorganisationen der PZPR die Notwendigkeit einer weiteren Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens und Gomułkas Rückkehr auf seinen Parteiposten gefordert.²⁸¹ Für die in eine Sackgasse geratenen Regierenden war Gomułka die einzige potentielle Persönlichkeit, die zu einer Beruhigung und Stabilisierung der Lage beitragen konnte, da er in keinerlei Verbindung mit der Gewaltpolitik der jüngsten Vergangenheit stand. Er war selbst Opfer. Aufgrund Gomułkas moralisch-politischer Stärke begannen die beiden Fraktionen um ihn zu kämpfen.²⁸² Anfang Oktober nahm der Kampf um Gomułka ein bizarres Ende. Die Fraktion, die am Anfang die meisten Einwände gegen eine Rückkehr Gomułkas in die Machtstrukturen hatte, war bereit ihm die Rückkehr anzubieten. Aber die Natolin-Gruppe, die durch ihre

„[...] engen Verbindungen zur sowjetischen Botschaft und der KPdSU kompromittiert war und sich weit reichenden Veränderungen widersetzte, konnte für Gomułka kein Sprungbrett zur Macht sein“.²⁸³

Am 2. August 1956 erhielt Gomułka seinen Parteiausweis zurück. Während dessen erfasste die Krise bereits die Organe der Partei. Auf Versammlungen der Parteigrundorganisationen wurden Resolutionen verabschiedet, die unter anderem eine Vertiefung der Demokratisierungsreformen, eine größere Pressefreiheit, die Verurteilung der Verantwortlichen für die Unruhen in Poznań und die Neugestaltung der Wirtschaftsleitung einforderten.²⁸⁴ Bei der Sitzung des Politbüros am 12. Oktober 1956 drückte Ochab seine Sorge über die gegenwärtige Instabilität der Partei aus, die sich der Grenze zur Katastrophe näherte. An dieser

²⁸⁰ Vgl. *Machcewicz*, Der Umbruch 1956 in Polen, 147-148.

²⁸¹ Vgl. *Orechow*, Die polnische Krise 1956 aus Moskauer Sicht, 344-345.

²⁸² Gespräche mit Gomułka nahmen die Personen der Natolin-Gruppe schon Anfang Mai auf. Vgl. *Dudek*, Der politische Umbruch, 32.

²⁸³ Ebd. 35.

²⁸⁴ Vgl. ebd. 36.

Sitzung des Politbüros nahm auch - zum ersten Mal nach seiner Abberufung – Gomułka teil. Bei einer weiteren Sitzung des Politbüros wurde festgelegt, im VIII. Plenum des Zentralkomitees der PZPR, das am 19. Oktober 1956 eröffnet werden sollte, Gomułka für das Amt des Ersten Sekretärs zu empfehlen. Am 17. Oktober 1956 wurde er in die Kommission zur Vorbereitung einer neuen Zusammensetzung des Politbüros, der auch Cyrankiewicz, Ochab und Zawadski angehörten, aufgenommen.²⁸⁵ Wichtig ist hier anzumerken, wer nicht in das neue Politbüro kam: Dworakowski, Mazur, Nowak, Juzwyak und Marschall Rokossovskij. Diese Auswahl war nicht unbegründet. Diese Männer waren eng mit der nun zu Ende gehenden stalinistischen Epoche verbunden. Auch die letzte große Bastion des Stalinismus in Polen, Hilary Minc, trat am 9. Oktober 1956 aus dem Politbüro zurück.

Die Entwicklungen in Polen und die bevorstehenden Änderungen an der polnischen Spitze wurden von Moskau wachsam verfolgt. Großen Einfluss hatten die von den sowjetischen Diplomaten in Polen erstellten und nach Moskau gesandten Berichte. Sie waren von Sorge und Furcht geprägt. Besonders die neue Ideologie löste Befürchtungen aus. Die sowjetischen Berichte über Polen warnten vor dem „gefährlichen Einfluss“ der bürgerlichen Ideologie auf die polnische Gesellschaft. Laut dieser Berichte würde diese Ideologie sowohl von feindlichen Elementen innerhalb des Landes als auch von ausländischen Propagandazentren verbreitet werden.²⁸⁶ Der polnischen Kunst wurden ernste Verfehlungen zugeschrieben. Große Aufmerksamkeit widmete die sowjetische Botschaft der Diskussion zur Frage des „sozialistischen Realismus“. Als im August 1955 das „Gedicht für Erwachsene“ von Adam Ważyk publiziert wurde, informierte der sowjetische Botschafter, Ponomarenko, Molotov persönlich darüber. Ponomarenko sprach vor allem die Befürchtung aus, dass das Gedicht, wenn es erfolgreich ist, weitere Diskussionen verursachen könnte. Er wies auf den großen „Einfluss von reaktionärer feindlicher Ideologie und Propaganda unter der polnischen Intelligenz, vor allem unter den Literatur- und Kunstschaffenden“ hin.²⁸⁷ Im Besonderen wurden solche „revisionistischen Tendenzen“ J. Chaljasinski, Adam Schaff und J.

²⁸⁵ Vgl. *Dudek*, Der politische Umbruch, 36-37.

²⁸⁶ Vgl. *Orechow*, Die politische Krise 1956 aus Moskauer Sicht, 336.

²⁸⁷ Vgl. ebd. 337.

Sekerska zugeschrieben.²⁸⁸ Äußerst negativ war die Stellungnahme zur polnischen Presse und die sich mehrenden Diskussionsklubs.²⁸⁹ Die sowjetischen Diplomaten drückten die Befürchtung aus, dass die marxistische Ideologie in Polen immer mehr an Boden verlöre. Die Parteiführung Polens wurde wegen mangelnder konkreter Maßnahmen kritisiert. Dies wurde als Folge der Liberalisierung, die sich nach dem VII. Plenum des PZPR weiter fortgesetzt hatte, bewertet:

„Die Parteiorganisationen der PZPR setzten ihr liberales Verhalten gegenüber diversen Ausfällen feindlicher Elemente fort und ergriffen nicht die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der notwendigen Führung bei der ideologischen Arbeit durch die Partei“.²⁹⁰

2. Der „Segen“ des Moskauer

Die starken und immer lauter werdenden antisowjetischen Stimmen im Lande waren eine der Hauptsorgen der sowjetischen Führung. Dass Polen ohne die bisher selbstverständliche Beratung mit Moskau, personelle Änderungen im Politbüro vollziehen wollte, war eine Neuheit für den Kreml. Der Weg den Polen einzuschlagen schien, bereitete Moskau ernsthafte Sorgen. Die daraus resultierenden Auswirkungen auf die sowjetisch-polnischen Beziehungen wurden als Existenzgefährdung des ein Jahr zuvor gegründeten Warschauer Paktes gesehen. Die sowjetische Führung sah sich zu konkreten Handlungen veranlasst.

Nach Ochabs kategorischer, vom Politbüro unterstützten, Ablehnung einer Verschiebung des Plenums, kündigte der sowjetische Botschafter Ponomarenko das Eintreffen einer Delegation des Zentralkomitees der KPdSU mit Chrusčev an der Spitze, in Warschau an. In den frühen Morgenstunden des 19. Oktober 1956 landete die Maschine der sowjetischen Delegation. Sie bestand aus Chrusčev, Molotov, Mikoyan und Kaganowitsch. Marschall Konev traf ebenfalls mit einer Gruppe Offiziere ein. Wie ernst die Situation für Chrusčev war, zeigte seine erste Handlung am Flughafen. Er ging zuerst zu den sowjetischen Delegationsmitgliedern und Militärs, bestehend aus dem polnischen

²⁸⁸ Vgl. *Orechow*, Die politische Krise 1956 aus Moskauer Sicht, 337-338.

²⁸⁹ Vgl. ebd. 346.

²⁹⁰ Ebd. 347.

Verteidigungsminister Konstantin K. Rokossovskij, dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte des Warschauer Vertrags Marschall Konev und dem Botschafter Ponomarenko. Erst danach ging er zur polnischen Delegation bestehend aus dem Parteichef Ochab, dem Premierminister Cyrankiewicz und dem Staatsratvorsitzenden Zawadski.²⁹¹ Nach dem demonstrativ kühlen Empfang am Flughafen gingen die polnischen Führer zur Eröffnung des VIII. Plenums des Zentralkomitees der PZPR. Ochab gab das Tagesprogramm bekannt und schlug vor, Gomułka, Spichalsky, Kliszko und Ignacy Loga-Sowiński ins Zentralkomitee aufzunehmen. Anschließend wurde die Arbeit des Plenums bis 18 Uhr verschoben. Die Politbüromitglieder und Gomułka fuhren ins Belvedere zu Gesprächen mit der sowjetischen Delegation. Die Gespräche zwischen den sowjetischen und polnischen Genossen, die am 19. Oktober um 11 Uhr begannen, dauerten bis 3 Uhr am nächsten Morgen. Der angeschlagene Ton der Unterredungen wechselte von stürmisch zu feurig und war von rauer Natur. Die Schwerpunkte bei diesen Gesprächen lagen auf der Neuaufstellung der führenden Partei- und Staatsorgane, den sowjetisch-polnischen zwischenstaatlichen und -parteilichen Beziehungen sowie den antisowjetischen Angriffen in der polnischen Presse.²⁹²

Bei der Eskalierung der Krise in jenen Tagen, die die Gefahr einer Umwälzung des politischen Konflikts in eine militärische Konfrontation in sich barg, hatten die militärischen Manöver der sowjetischen Truppen²⁹³ eine äußerst große Rolle gespielt. Eine weitere Rolle spielten dabei die Bewegungen von Einheiten der polnischen Armee²⁹⁴ und einiger Kompanien der Truppen des Innenministeriums.²⁹⁵ Der Informationsmangel in diesem Zusammenhang schuf Bedingungen für die Entstehung von Gerüchten in der Bevölkerung, dass ein Staatsstreich vorbereitet würde. Daher wurden Genossen in vielen Betrieben und Hochschulen, wie etwa in den FSO-Autowerken in Žeran, in den Kasprzak-Werken von Wola, in den Industriebetrieben in Grochów sowie an der Technischen Hochschule Warschau, in Alarmbereitschaft versetzt. Studenten und Arbeiter waren fest entschlossen, den bedrohten Demokratisierungsprozess zu

²⁹¹ Vgl. Teresa *Torańska*, Die da oben. Polnische Stalinisten zum Sprechen gebracht (Köln 1987) 84-86.

²⁹² Vgl. *Orlow*, Der Polnische Oktober, 49-50.

²⁹³ Vgl. Edward Jan *Nalepa*, Die polnische Armee in den Ereignissen des Jahres 1956. In: *Heinemann, Wiggershaus* (Hrg.), Das Internationale Krisenjahr, 66; Laszek *Pajórek*, Die Polnische Armee im Oktober 1956. In: *Foitzik* (Hrg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa, 199-200.

²⁹⁴ Vgl. *Pajórek*, Die polnische Armee im Oktober 1956, 200-203.

²⁹⁵ Vgl. ebd. 206-210.

verteidigen.²⁹⁶ Ob tatsächlich Maßnahmen zu einer politisch-militärischen Verschwörung unternommen wurden, ist eine Frage, die bis heute in der offiziellen Literatur umstritten blieb. Nach Aussagen von höchsten Partei- und Regierungsmitgliedern sollte die Mobilisierung der polnischen Militäreinheiten eine Wiederholung der Poznań-Ereignisse verhindern.²⁹⁷ Im Zusammenhang mit der Bewegung der Truppen des Innenministeriums entstanden in der Bevölkerung viele Mythen. Sie sollten angeblich den Sowjettruppen entgegentreten, die sich in Richtung Warschau bewegten. Diese Mythen wurden aber durch spätere Erläuterungen dementiert.²⁹⁸

Trotz der konfliktreichen Gespräche gelang es Gomułka, Chruščev davon zu überzeugen, dass Polen sich im Klaren darüber war, die Freundschaft mit der Sowjetunion viel mehr zu benötigen als die Sowjets. Gomułka stellte die rhetorische Frage:

„Glauben Sie, wir wissen nicht, dass wir ohne Sie als unabhängiger Staat nicht existieren können?“²⁹⁹.

Er versicherte Chruščev, dass Polen nicht die Absicht habe, den Warschauer Pakt zu verlassen. Erst danach wurde es möglich, die Gespräche in einer eher entspannten Atmosphäre fortzusetzen und einen Konsens in einigen aktuellen Fragen zu finden. Dazu zählten die polnische Kohle, die Abberufung der russischen Beamten aus Polen sowie die zukünftige Stellung von Marschall Rokossovskij. Am 20. Oktober reiste die sowjetische Delegation nach Moskau ab. Eine militärische Intervention wurde möglicherweise unter Einflussnahme der Volksrepublik China verhindert.³⁰⁰

Um 11 Uhr setzte das Plenum seine Arbeit fort. Zawadski informierte das Plenum über den Verlauf der Unterredungen zwischen den polnischen Politbüromitgliedern und der sowjetischen Delegation. Hitzige Debatten entbrannten um die Frage über den Vorfall mit den sowjetischen Panzerdivisionen. Rokossovskij versuchte die

²⁹⁶ Vgl. *Nalepa*, Die polnische Armee in den Ereignissen des Jahres 1956, 68.

²⁹⁷ Vgl. *Pajórek*, Die polnische Armee im Oktober 1956, 204-205; *Nalepa*, Die polnische Armee in den Ereignissen des Jahres 1956, 67-69; *Torańska*, Die da oben, 81.

²⁹⁸ Vgl. *Nalepa*, Die polnische Armee in den Ereignissen des Jahres 1956, 70; *Pajórek*, Die polnische Armee, 208.

²⁹⁹ *Orlow*, Der polnische Oktober, 52.

³⁰⁰ Vgl. *Torańska*, Die da oben, 72-78.

Debatten zu entschärfen, indem er erklärte, die Armeeeinheiten hätten ihre Herbstmanöver in demselben Gebiet durchgeführt, wo auch die Einheiten der sowjetischen Militärkräfte stationiert war. Planmäßig hätten sie einen Marsch in Richtung Bydgoszcz und Łódź durchgeführt und

„[...] in diesem Zusammenhang habe ich mich im Auftrag des Politbüros an Marschall Konew gewandt, der diese Übungen geleitet hat, damit sie wieder in ihre ständigen Stationierungsorte zurückkehren“.³⁰¹

Gomułka hielt seine Programmrede und am nächsten Tag, am 21. Oktober, wurde das neue Politbüro gewählt. In geheimer Abstimmung bekam Ochab 75 von 75 Stimmen, Gomułka und Loga- Sowiński 74, Cyrankiewicz 73, Jędrychowski und Rapacki 72, Zawadski 68, Zambrowski und Morawski 56 Stimmen. Rokossovskij, der nur 23 Stimmen erhielt, trat somit nicht in das Politbüro ein.³⁰²

2. Gomułkas altes und zugleich neues Programm

Vor dem VIII. Plenum des Zentralkomitees der PZPR sprach Gomułka die Hoffnung aus, dass die vergangene Periode hoffentlich nun ein für alle Mal der Vergangenheit angehöre:

„Ich glaube zutiefst daran, dass diese Periode unwiederbringlich der Vergangenheit angehört. Viel Schlimmes hat es in diesen Jahren gegeben. Das Erbe, das diese Periode der Partei, der Arbeiterklasse und der Nation hinterließ, ist auf manchen Gebieten des Lebens mehr als bedrohlich“.³⁰³

Seine Plenarrede begann er, die zugleich sein Programm für Polens Zukunft war, mit einem kritischen Blick auf die jüngste Vergangenheit Polens. Er kritisierte die Ergebnisse des Sechsjahresplanes, die Agrarpolitik, die Poznań-Ereignisse und die Beschlüsse des VII. Plenums des Zentralkomitees der PZPR. Besonders scharf waren seine Kritik bezüglich der Poznań-Ereignisse und deren Bewertung

³⁰¹ *Nalepa*, Die polnische Armee in den Ereignissen des Jahres 1956, 66.

³⁰² Vgl. *Dudek*, Der politische Umbruch, 39-40.

³⁰³ *Władisław Gomułka*, Rede auf dem VIII. Plenum des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei 20. Oktober 1956 (Warschau 1956) 3.

seitens der Regierenden als „Werk imperialistischer Agenten und Provokateure“. In Bezug auf dies machte Gomułka die folgenden Ausführungen:

„Die Arbeiterklasse hat letztens der Parteiführung und der Regierung eine schmerzliche Lehre erteilt. Die Arbeiter von Poznań griffen zur Waffe des Streiks und gingen demonstrierend an jenem schwarzen Juni-Donnerstag auf die Strassen. Sie riefen mit lauter Stimme: Genug! So geht es nicht weiter! Zurück von dem falschen Weg! [...] Die Arbeiter von Poznań haben nicht gegen Volkspolen, gegen den Sozialismus protestiert, als sie auf die Strasse ihrer Stadt gingen. Sie protestierten gegen das Übel, das sich in unserer Gesellschaftsordnung so breitgemacht hat und das auch sie schmerzlich berührte, sie protestierten gegen die Entstellung der Grundprinzipien des Sozialismus, der ja ihre Idee ist. [...] Es war eine große politische Naivität [...] die schmerzliche Tragödie von Poznań als das Werk imperialistischer Agenten und Provokateure darzustellen. Agenten und Provokateure können [...] niemals [...] entscheidend sein für die Haltung der Arbeiterklasse. Wenn es Agenten und Provokateure möglich wäre, die Arbeiterklasse zum Handeln zu inspirieren, dann hätten die Feinde des Volkspolen, die Feinde des Sozialismus ein sehr leichtes Spiel“.³⁰⁴

Den Arbeiterprotest sah Gomułka als eine berechtigte Tat und machte einzig und allein die Regierenden in Polen dafür verantwortlich:

„Die Ursachen der Tragödie von Poznań und der tiefen Unzufriedenheit der ganzen Arbeiterklasse liegen bei uns, in der Parteileitung, in der Regierung“.³⁰⁵

Nachdem er seine Anschauungen im Hinblick auf Polens Entwicklung in den Jahren von 1949 bis zur gegenwärtigen Zeit dargestellt hatte, richtete er seinen Blick auf Polens Zukunft. Für die Zukunft sah Gomułka auf dem Gebiet der Industrie eine Wendung hin zur Arbeiterselbstverwaltung. Weiters sah er die Teilnahme der Mitarbeiter bei der Lenkung der Betriebe vor. Mehr, billiger, besser produzieren - das war für ihn die Voraussetzung zur Hebung des Lebensstandards. Als wichtige Punkte sah er die Liquidierung der so genannten Wucherungen in der Administration, die Einführung eines neuen Preissystems, die Abschaffung des Steuerausgleichs und die Festlegung einer neuen Steuerpolitik.³⁰⁶

³⁰⁴ Gomułka, 14-16.

³⁰⁵ Ebd. 16.

³⁰⁶ Vgl. ebd. 24-28.

Im Bereich der Agrarpolitik machte Gomułka ebenfalls einige Korrekturen. Die zukünftige Existenz der Produktionsgenossenschaften stellte er sich unter folgenden vier Voraussetzungen vor:

- Der Eintritt in die Produktionsgenossenschaften soll freiwillig sein.
- Der landwirtschaftliche Produktionsbetrieb soll das volle Selbstverwaltungsrecht haben.
- Staatliche Unterstützung durch Kredite beim Erwerb von Maschinen für die landwirtschaftliche Produktion.
- Staatliche Kredithilfe für Investitionszwecke u. a.³⁰⁷

Gomułkas Programmrede war ein Aufruf zum Einschlagen eines eigenen, eines „polnischen Weges“ zum Sozialismus, zum Aufbau demokratischer Verhältnisse unter Berücksichtigung der nationalen Traditionen und Eigenschaften. Als Demokratisierungsprozesse sah er vor allem die Trennung der Kompetenzbereiche zwischen Staats- und Parteiapparat, sowie die Wiederherstellung der legislativen Macht im polnischen Parlament, dem Sjem. Das Parlament sollte zum höchsten Organ der Staatsmacht werden und die oberste legislative und kontrollierende Macht ausüben. Die Realisierung eines neuen Wahlrechts sollte der Bevölkerung die Möglichkeit geben, zu wählen und nicht nur abzustimmen.³⁰⁸

3. Massenbewegungen

Die spannungsreichen Ereignisse, die das VIII. Plenum des Zentralkomitees der PZPR begleiteten, waren Anstoß einer gesellschaftlichen Massenbewegung. Protestzüge, Kundgebungen, Betriebsversammlungen wurden in ganz Polen organisiert. Die meisten von ihnen fanden während des Plenums und in den darauf folgenden Tagen statt. Sie wurden vor allem an Hochschulen und in großen Industriebetrieben organisiert. Einzelne Kundgebungen fanden auch noch im November und Dezember statt. Oft gerieten die Emotionen außer Kontrolle und

³⁰⁷ Vgl. *Gomułka*, 29.

³⁰⁸ Vgl. ebd. 48-51.

fürten zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften.³⁰⁹ Nicht unbeeinflusst von den dramatischen Vorgängen während des VIII. Plenums des Zentralkomitees der PZPR blieb die polnische Armee. Vertreter der polnischen Armee, Offiziere und Soldaten, nahmen an verschiedenen öffentlichen Kundgebungen und Veranstaltungen teil.³¹⁰ Das erlassene Verbot organisierter Kundgebungen konnte nicht lange in Kraft bleiben. In vielen Einheiten, Stäben und Militärinstitutionen wurden Versammlungen organisiert, Beschlüsse und Resolutionen gefasst. Diese brachten einerseits die Solidarität mit den in der Partei eingetretenen personellen Änderungen zum Ausdruck, andererseits verlangten sie nach einer offiziellen Aufklärung über die Bewegungen einiger Einheiten der polnischen Armee. Die angenommenen Resolutionen wurden an das Zentralkomitee der PZPR und an die Redaktion der Militärzeitung „Zolnierz Wolnosci“ (Soldat der Freiheit) adressiert. Bis Ende November wurden etwa 200 solcher Resolutionen gesendet.³¹¹ Die erste große öffentlich organisierte Kundgebung in der Armee fand am 21. Oktober 1956 in der Technischen Militärakademie statt. An der Kundgebung nahmen Delegationen der FSO-Autowerke Żeran, der Technischen Hochschule Warschau sowie Journalisten teil.³¹² Die politische Aktivierung von Teilen des Militärs, die immer offener und freier wurde, begann die konservativen Kräfte des Militärs zu beunruhigen. Um weitere organisierte Ansätze von Kundgebungen zu beschränken und zu lokalisieren, wurde demgemäß eine Direktive erlassen, die konkrete Anordnungen über die Art und Weise von Kundgebungen sowie deren Verlauf erläuterte.³¹³ Unter dem starken Druck der Forderungen – Rücktritt von Marschall Rokossovskij, Entlassung kompromittierter Personen aus der Armee, Rehabilitierung der rechtswidrig verurteilten Offiziere u. a. – sah sich die Führung zu einigen konkreten Maßnahmen veranlasst. Am 23. Oktober wurde General Witaszewski von seinem Posten des stellvertretenden Ministers für nationale Verteidigung und als Chef der politischen Hauptverwaltung abberufen. Seine Ämter übernahm General Sychalski. Ende Oktober wurden die Generäle Steffan Mossor, Zygmunt Duszynski, Josef Kuropieska, Janusz Zarzycki und Marian Graniewski in der polnischen Armee zurückberufen. Eine Reihe von Offizieren, die wegen ihres „eigenständigen Denkens und Handelns“ entlassen worden waren,

³⁰⁹ Vgl. *Machcewicz*, Der Umbruch 1956 in Polen, 154-155.

³¹⁰ Vgl. *Pajórek*, Die polnische Armee im Oktober 1956, 198-199.

³¹¹ Vgl. ebd. 196.

³¹² Vgl. ebd.

³¹³ Vgl. ebd. 196-197.

kehrte wieder zurück. Zugleich wurden 19 Generäle und 25 Offiziere sowjetischer Herkunft aus dem Dienst entlassen. Abschließend, am 13. November 1956, wurde Marschall Rokossovskij vom Posten des stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates und des Ministers für nationale Verteidigung abberufen.³¹⁴

Die gesellschaftlichen Forderungen der Kundgebungen, die während des VIII. Plenums der PZPR und unmittelbar danach stattfanden, waren in ihrem programmatischen Umfang kongruenter, verglichen mit den Forderungen, die während der Unruhen in Poznań im Juni 1956 gestellt worden waren. Die Sicherheitsorgane wurden erneut Ziele aggressiver Handlungen seitens der Demonstranten. Auch hier war die religiöse Symbolik ein gewichtiger Bestandteil der Protestaktionen. Ein starker polnischer Nationalismus stand im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Emotionen. Es wurde eifrig nach der Wiederaufnahme nationaler Werte gestrebt. Der Ausbruch nationaler Gefühle richtete sich vor allem gegen „die Russen“. Allgemein waren die Stimmungen von einem starken Antisowjetismus geprägt. Zugleich war der politische Radius der Massenkundgebungen vom Oktober weniger radikaler. Forderungen mit antikommunistischem Charakter traten deutlich in den Hintergrund. Der Herrschaftsanspruch der PZPR wurde nicht mehr in Frage gestellt.³¹⁵ Für die Umkehr der Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Partei spielte zweifellos Gomułkas Persönlichkeit eine ausschlaggebende Rolle. In der polnischen Gesellschaft galt er als Symbol Nationaler Freiheit:

„Dieses Bild des Kämpfers für die Unabhängigkeit Polens, das von Gomułka existierte, [...] erwies sich als kapitaler politischer Pluspunkt für die polnischen Kommunisten. Er setzte einen Mechanismus in Gang, der die Lösung der politischen Krise enorm erleichterte“.³¹⁶

Die polnische Gesellschaft nahm Gomułkas Ernennung zum Ersten Sekretär mit großer Vorfreude an. Die in seinem Regierungsprogramm postulierten Maßnahmen, wie etwa Verbesserung des Lebensniveaus, Demokratisierung des Systems usw. deckten sich mit einem beträchtlichen Teil ihrer Forderungen und verlieh den Menschen das Gefühl, dass Polen sich auf einem guten Weg Befand.

³¹⁴ Vgl. *Pajórek*, Die polnische Armee im Oktober 1956, 210-212.

³¹⁵ Vgl. *Machcewicz*, Der Umbruch 1956 in Polen, 154-160.

³¹⁶ Ebd.161.

4. Das Bündnis mit Moskau bleibt

Am 24. Oktober 1956 versammelten sich vor dem Palast der Kultur und Wissenschaft in Warschau rund 40.000 Menschen, die ihre Solidarität mit der neuzusammengestellten polnischen Parteiführung zeigen wollten. Die Euphorie der polnischen Gesellschaft, der Glaube, dass ab nun die wesentlichen Reformen für Polen begännen, nahm bald ab. In seiner Rede an die polnische Bevölkerung, die er am Balkon des Kulturpalastes hielt, verurteilte Gomułka den polnischen Stalinismus, um dann umso nachdrücklicher die neu gestalteten Beziehungen Polens zur Sowjetunion zu artikulieren:

„Die Ideen des Sozialismus, die mit dem Geist der Freiheit der Menschen und der Achtung der Bürgerrechte verbunden sind, erlitten in der Praxis tiefgehende Verzerrungen. Die Worte entsprachen nicht den Taten. [...] Ich bin zutiefst überzeugt, dass diese Jahre vorbei sind. [...] Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Parteien und Staaten [...] sollten auf den Grundsätzen der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse, auf gegenseitigem Vertrauen und voller Gleichheit der Rechte beruhen. [...] Im Rahmen solcher Beziehungen sollte jedes Land volle Souveränität und Unabhängigkeit besitzen und das Recht jeder Nation auf eine souveräne Regierung in einem unabhängigen Land sollte voll und gegenseitig geachtet werden. [...] Das Rückgrat einer solchen Allianz aller sozialistischen Staaten ist die Sowjetunion, das älteste Land in der Welt des sozialistischen Aufbaus und der mächtigste sozialistische Staat. Auf diese Weise verstehen wir unsere brüderlichen Beziehungen mit der Sowjetunion.“³¹⁷

Die Anwesenheit sowjetischer Truppen auf dem Territorium Polens, die in enger Verbindung mit der Anwesenheit von sowjetischen Truppen in der DDR standen, begründete er mit den Interessen der polnischen Staatsräson:

„Solange es Stützpunkte der NATO in Westdeutschland gibt, solange die neue Wehrmacht dort eingerichtet wird und Chauvinismus und Revisionismus gegen unsere Grenzen anstiftet, entspricht die Anwesenheit der Sowjetarmee in Deutschland unserer höchsten Staatsraison.“³¹⁸

³¹⁷ *Crusius, Wilke*, Polen und Ungarn 1956. Eine Dokumentation. In: *Crusius, Wilke* (Hrsg.), *Entstalinisierung*, 118-121.

³¹⁸ Ebd. 121.

Somit waren keine radikalen Veränderungen im internationalen Status quo zu erwarten. Polen blieb Mitglied des Warschauer Paktes. Die Kundgebung bildete im Grunde den Gipfelpunkt der revolutionären Veränderungen in Polen.

Die neue Führung machte sich an die Arbeit. Die auf dem VIII. Plenum verabschiedeten Beschlüsse wurden schnell umgesetzt. Der Sejm beschloss eine Amnestie. Es wurde die Existenz anderer Parteien neben der PZPR anerkannt. Die meisten Landwirtschaftsgenossenschaften wurden aufgelöst. In der Industrie wurde die zentrale Planung eingeschränkt und es bildeten sich Arbeitsräte. Am 26. Oktober begannen in Komańca Versöhnungsgespräche mit dem polnischen Primas, Kardinal Wyszyński. Bevor er sein Amt in all seinen früheren kirchlichen Positionen wieder übernahm, stellte der Primas einige Grundforderungen: u. a. sollte die Regierung das Dekret über die Besetzung geistlicher Stellen von 1953 aufgeben, die Gemischte Kommission aus Vertretern der Regierung und des Episkopats sollte ihre Arbeit wieder aufnehmen. Weiters forderte er u. a. die Freilassung von Bischof von Kielce, Kaczmarek, die Rückkehr aller aus ihren Diözesen entfernten Bischöfe sowie die Wiederherstellung der katholischen Presse. Am 28. Oktober kehrte der polnische Primas zurück nach Warschau und trat sein Amt an. Seine Rückkehr rief ungeheure Resonanz in der Bevölkerung hervor. Erfüllt von großer Freude versammelten sich die Bewohner Warschaus vor dem Palais des Primas, wo sie Hochrufe ausbrachten und Lieder sangen.³¹⁹

All diese Reformschritte vollzogen sich vor dem Hintergrund der tragischen Ereignisse in Ungarn. Die neue polnische Führung verfolgte die eskalierenden Entwicklungen in Ungarn genau. Durch die Geheimdepeschen des polnischen Botschafters in Budapest, Adam Willman, und die in dieser Angelegenheit speziell nach Budapest gesandten Personen, Marian Naszkowski, der Stellvertretende Außenminister, und Artur Starewicz, der bald darauf Leiter des Pressebüros des Zentralkomitees wurde, war die neue polnische Führung gut informiert.³²⁰ In einer Sitzung am 28. Oktober 1956 beschloss das Politbüro, einen Solidarisierungsappell des Zentralkomitees der PZPR an das ungarische Volk und seine Demokratisierungsansätze zu richten. Der Appell war verbunden mit dem

³¹⁹ Vgl. *Micewski*, Stefan Kardinal Wyszyński, 162-163.

³²⁰ Vgl. Janos *Tischler*, Die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und die ungarische Revolution von 1956. In: *Heinemann, Wiggershaus* (Hrsg.), Das internationale Krisenjahr 1956, 319- 324.

Ruf nach schnellstmöglicher Einstellung der Kämpfe und des Blutvergießens. Abschließend hieß es im Appell:

„Ihr und wir stehen auf derselben Seite, auf der Seite von Freiheit und Sozialismus. [...] Möge der Friede in Ungarn einziehen, Friede und die Einheit des Volkes, die Ihr so nötig braucht, um das umfassende Programm der Demokratisierung, des Fortschritts und des Sozialismus realisieren zu können, das Eure Regierung der Nationalen aufgestellt hat“.³²¹

Trotz ihrer Solidarisierung mit dem ungarischen Demokratisierungsprogramm und ihrer Vorbehalte für eine Regelung von Krisen durch militärisches Eingreifen von außen, stimmte die polnische Parteiführung am 1. November 1956 in Brest für die Auffassung einer real bestehenden Gefahr in Form einer Konterrevolution in Ungarn. Die Parteiführung nahm die zweite sowjetische Intervention zur Kenntnis. Um diese doppelsinnige Haltung Gomułkas nachvollziehen zu können, muss vor allem sein politischer Realismus in Bezug auf die polnische Staatsräson in Betracht gezogen werden. Am 4. November 1956 begann die zweite sowjetische Intervention. Als Gomułka diese Nachricht erhielt, äußerte er sich erneut negativ über die Intervention, dennoch fügte er hinzu,

„[...] dass die Teilung der Welt in zwei Lager und die geopolitische Lage des Landes zu beachten sei. [...] Dass Polen mit Gewissheit auch weiterhin Mitglied des Blocks der sozialistischen Länder bleibe, da es nämlich selbst nicht in der Lage sei, verschiedene – äußere und innere – reaktionäre Gefahren, die seine sozialistische Gesellschaftsordnung bedrohten, zurückzuweisen“.³²²

Gomułka befürchtete,

„[...] dass nach dem Zerreißen eines Kettengliedes des sozialistischen Lagers das nächste und zweite solche Glied Polen sein könnte [...]“.³²³

Die bitteren Folgen der ungarischen Revolution 1956 zeichneten sich in den Augen Gomułkas klar ab.

³²¹ *Tischler*, Die Führung der PVAP, 322.

³²² Ebd. 331.

³²³ Ebd.

VI. Die ungarische Revolution 1956

Ein Vergleich zwischen der politischen Entwicklung Polens und Ungarns, von März 1953 bis Mitte Oktober 1956, legt sowohl Ähnlichkeiten, als auch Unterschiede der beiden Länder offen. Warum die Entstalinisierungsprozesse in den beiden Ländern zwei völlig unterschiedliche Ausgänge nahmen – nämlich der Sieg der Demokratisierung in Polen und eine Volkstragödie in Ungarn, -wird dadurch ebenso ersichtlich.

Die Aktivierung der Gesellschaft (Intelligenz, Studenten und Arbeiter), die Entstehung von Diskussions-Klubs, das Streben nach mehr Freiheit sowie Forderungen nach stärkerer Liberalisierung auf geistigem und politischem Gebiet, sind jene Merkmale, die für die beiden Länder charakteristisch waren. Die Differenzen zwischen den beiden Ländern waren ebenso bedeutend: Die Spaltung in „Reformisten“ und „Dogmatiker“ entfaltete sich in Polen vor allem in der Partei und nicht zwischen Gesellschaft und Partei, wie dies in Ungarn der Fall war. In Ungarn wurden die politischen Verbrechen des Rákosi-Regimes vor allem mit den Namen der Partei und ihrer Führer identifiziert. Der Wechsel der Parteilinie in Polen verlief auf ganz natürliche Art. In Ungarn dagegen widersetzte sich Rákosi bis zuletzt, und er schaffte es sogar, einen „passenden Nachfolger“ für sich zu finden. Was er und seine Parteigänger aber nicht vermeiden konnten, war die Frage der Rehabilitierungen. Francois Fejtö bemerkt hier sehr zutreffend, gab es „das Problem der Rehabilitierung eines bereits Toten - Rajk - und eines noch Lebenden - Imre Nagy“.³²⁴ Im Fall „Nagy“ wurde das Problem, zumindest vorläufig, durch seine Wiederaufnahme in die Partei gelöst. Am 13. Oktober 1956 bekam er seine Parteikarte zurück. Doch in der Frage „Rajk“ war die Sache etwas sensibler und erforderte mehr Fingerspitzengefühl. Júlia Rajk, Witwe des hingerichteten Rajk und selbst Opfer des Regimes, erhob den Anspruch auf eine vollständige moralische Rehabilitierung ihres Mannes, die mit einer feierlichen Bestattungszeremonie seiner sterblichen Überreste vollendet werden sollte. Nach mehrmaliger Verschiebung dieser für die Regierenden unangenehmen Angelegenheit wurde die Trauerfeier für Rajk und seine Kameraden - General György Pállfy, Tibor Szőnyi und András Szalai - für den 6. Oktober 1956 festgelegt.

³²⁴ Fejtö, Geschichte der Volksdemokratien, 100.

Ob dieses Datum rein zufällig oder mit Absicht ausgewählt worden war – Letzteres scheint wahrscheinlich - gibt zu denken.³²⁵ Zu dieser Zeit befanden sich Gerő und Kadar noch immer im Ausland. Anfang September war Gerő in die Sowjetunion auf Urlaub gefahren. Kadar dagegen war am 9. September nach Peking zum VIII. Plenum der chinesischen KP geflogen. Mitte Oktober fuhren beide nach Jugoslawien.³²⁶

Zu dem Begräbnis fanden sich etwa 60.000 Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten ein. Die Liste der Trauergäste war lang und bunt: Arbeiter aus den Fabriken, Angestellte, Schriftsteller, Studenten, viele freigelassene Mitangeklagte und Freunde. Nagy war ebenso anwesend. Schließlich waren auch dieselben Männer anwesend, die ihn „ermordet“ hatten. Es wurden lange offizielle Ehrenreden mit den altbekannten Parteislogans gehalten, die angesichts der gerade währenden Situation keine Kraft mehr besaßen. Die Menschen hatten längst ihren Glauben an die Partei und an die Gesetze verloren.³²⁷ Dies zeigte sich umso deutlicher, als sich die Trauerfeier in eine Demonstration verwandelte.³²⁸ Sie verlief zwar friedlich, doch die Demonstranten spürten, dass das Schreckensbild des Stalinismus verblasste. Die eingeschüchterte und in stummer Lethargie verharrende ungarische Gesellschaft begann langsam wach und sich selbst bewusst zu werden.

1. Erste Revolutionsimpulse – die Studentenbewegung

Am 16. Oktober 1956 wurde in der südungarischen Universitätsstadt Szeged der ehemalige unabhängige Hochschulverband MEFESZ³²⁹ neu ins Leben gerufen. Binnen kurzer Zeit schlossen sich alle Hochschulen der Stadt an. Mit der

³²⁵ Dieser Tag, der 6. Oktober, war in Ungarn ein offizieller nationaler Trauertag, ein Gedenktag für die von den Habsburgern 1849 hingerichteten dreizehn Generäle des Unabhängigkeitskrieges von 1848-1849.

³²⁶ Vgl. István Vida, Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse 1956. In: Foitzik (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa, 83.

³²⁷ Vgl. Peter Gosztony (Hrsg.), Der ungarische Aufstand in Augenzeugenberichten (Düsseldorf 1966) 82-85.

³²⁸ Vgl. ebd. 86-88.

³²⁹ Magyar Egyetemisták és Foiskolások Egységes Szervezete- MEFESZ (Einheitsverband Ungarischer Universitäts- und Hochschulstudenten)

Neubelebung des Hochschulverbandes MEFESZ tauchten auch neue Aspekte am Horizont auf. Die in den Studentenversammlungen zusammengefassten Forderungen gingen nun weit über die üblichen Studienangelegenheiten hinaus. Forderungen mit politischem Charakter traten immer mehr in den Vordergrund. Gestrebt wurde nach bürgerlichen Gesetzlichkeiten, nach Parlamentarismus und nationaler Souveränität. Als Kettenreaktion fanden überall im Land an den Hochschulen Versammlungen statt. Studentenkundgebungen wurden angekündigt.³³⁰ Zugleich aktivierte sich die oppositionelle Parteiintelligenz.³³¹

Wenn die Szegediner Studenten als Fackelträger der Revolution bezeichnet werden können, so waren die Budapester TU-Studenten diejenigen, die die Fackel entzündet hatten. Am 22. Oktober 1956 fand eine der größten und für die späteren Geschehnisse einflussreichsten Studentenversammlung statt. Die Versammlung entfachte die Emotionen der Teilnehmer. Diese wurden immer mutiger und entschlossener und ihre Forderungen von Stunde zur Stunde radikaler. Es wurde ein 16-Punkte-Programm angenommen, das sofort vervielfältigt und überall in Budapest verteilt wurde. Einige der wichtigsten Forderungen lauteten: Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Ungarn, Wiedereinsetzung Nagys als Ministerpräsidenten, allgemeine und anonyme Wahlen im ganzen Land, Überprüfung der ungarisch-sowjetischen und ungarisch-jugoslawischen Beziehungen auf politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gebiet, Streikrecht für die Arbeiter sowie Meinungs- und Redefreiheit. Unter dem Eindruck der aktuellen politischen Vorgänge in Polen und zugleich fest entschlossen, ihren eigenen Forderungen größere Publizität zu verleihen, riefen die Budapester TU-Studenten, unterstützt von den Studenten der Philosophischen Fakultät, für den nächsten Tag, dem 23. Oktober, zu einer „stummen Solidaritätsdemonstration für die Freiheitskämpfer des polnischen Volkes“ auf.

Frühmorgens, am Tag der angekündigten Demonstration, kam die offizielle Partei- und Staatsdelegation mit Parteisekretär Gerő und Ministerpräsidenten Hegedűs an der Spitze aus Belgrad zurück. Die Unterredungen mit Tito waren bestmöglich verlaufen. Gerő, im Hochgefühl seiner erfolgreich verlaufenen Mission, verkannte

³³⁰ Vgl. *Litván, Bak* (Hrsg.), *Die ungarische Revolution 1956*, 62-63.; *Gosztony* (Hrsg.), *Der ungarische Aufstand in Augenzeugenberichten*, 114-116.

³³¹ Vgl. *Alexandr Kyrow, Béla Zselicky*, *Ungarnkrise 1956. Lagebeurteilung und Vorgehen der sowjetischen Führung und Armee*. In: *Heinemann, Wiggershaus* (Hrsg.), *Das internationale Krisenjahr 1956*, 101.

die aktuellen Ereignisse im Lande. Sein Triumph manifestierte sich schon auf dem Budapester Bahnhof, wo er freudig von der Bedeutung der jugoslawisch-ungarischen Wiederannäherung sprach. Auf der gleich nach ihrer Ankunft einberufenen Politbürositzung wurde entschieden, die angekündigte Kundgebung der Studenten zu untersagen.³³² Kurz vor ein Uhr Mittag wurde diese Entscheidung über das Radio Budapest durch eine Mitteilung des Innenministers László Piros kundgemacht. Es hieß, dass im Interesse der öffentlichen Ordnung alle öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen bis auf weiteres verboten seien.³³³ Das Verbot sollte nicht länger als eineinhalb Stunden in Kraft bleiben. Um 14.23 Uhr wurde im Rundfunk mitgeteilt, dass der Innenminister das Versammlungs- und Demonstrationsverbot aufhebt.³³⁴ Inzwischen war die Atmosphäre unter den Studenten dermaßen aufgeschaukelt, dass sich eine revolutionäre Stimmung anbahnte und die Studenten diese zwei Mitteilungen nicht beachteten. Auch dem nächsten verlesenen Kommuniqué wurde keine höhere Bedeutung beigemessen:

„Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Ungarischen Arbeiterpartei, Genosse Ernő Gerő, wird heute Abend um 20 Uhr über alle Sender eine Ansprache halten“.³³⁵

An diesem Vormittag fanden auch Versammlungen im Schriftstellerverband, im DISZ, im Petöfi-Kreis sowie in der Redaktion des Parteiorgans „Szabad Nép“ statt. Alle sprachen ihre Sympathie für die Budapester Studenten aus und brachten sie zur Geltung.³³⁶

Am frühen Nachmittag ging der Marsch der Studenten weiter. Es bildeten sich zwei Demonstrationzüge. Die Studenten in Pest schritten zum Petöfi-Denkmal und jene der Technischen Universität in Buda zum Bem-Denkmal. Die Feier am Petöfi-Platz verlief friedlich. Nachdem die versammelte Jugend feierlich Kränze am Denkmal des Dichters niederlegt hatte, zog sie weiter in Richtung Bem-Denkmal. Berauscht von der zunehmenden Unterstützung stiegen die Emotionen unter den

³³² Vgl. Méray, Dreizehn Tage, 83-84.

³³³ Vgl. Die Volkserhebung in Ungarn. Chronologie der Ereignisse im Spiegel ungarischer Rundfunkmeldungen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 12. 1956, 3.

³³⁴ Vgl. ebd.

³³⁵ Vgl. ebd.

³³⁶ Vgl. Die Volkserhebung in Ungarn. Chronologie der Ereignisse im Spiegel ungarischer Rundfunkmeldungen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 12. 1956, 3-4.; Gosztony (Hrsg.), Der ungarische Aufstand in Augenzeugenberichten, 131-132.

Studenten rasch an. Die Einwohner Budapests begrüßten den Demonstrationzug der Studenten, von ihren Fenstern und Balkonen aus. Auf vielen Gebäuden waren Nationalfahnen zu sehen. Blumen wurden den Demonstranten zu Füßen geworfen. Es tauchten auch die ersten Fahnen mit ausgeschnittenem Emblem der Kommunistischen Partei auf. Viele junge Arbeiter schlossen sich im Zuge des Marsches den Studenten an. Besonders aufmunternd für die revolutionäre Stimmung der Demonstranten wirkte die Solidarität der Soldaten der ungarischen Nationalgarde. Vom Bem-Platz, wo ebenso feierlich Kränze niedergelegt wurden, wandte sich ein Teil der Demonstrierenden in Richtung Parlament. Ein anderer begab sich zum Stalin-Platz.³³⁷

Das Ansuchen der Studenten, ihr Programm im Rundfunk zu verlesen, wurde weiterhin verweigert. Stattdessen sendete Radio Kossuth um 20 Uhr Gerós Rede, in der er die „nationalistische Kundgebung“ scharf verleumdete.³³⁸ Der Ton und die Art von Gerós Rede zeigte deutlich, dass die Parteiführung offensichtlich die Ernsthaftigkeit der ausgebrochenen Proteste unterschätzte und weiterhin glaubte, dass es mit den alten gewohnten Polizeieinsätzen möglich wäre, die Menge einzuschüchtern. Inzwischen hatten sich vor dem Gebäude des Parlaments und in den umliegenden Straßen bereits mehrere hunderttausend Menschen versammelt. Es waren Menschen, die fest entschlossen waren, ihre Forderungen durchzusetzen. Es waren Personen, deren Leitmotiv lautete: „Jetzt oder nie“. Die versammelte Menge rief unnachgiebig nach Nagy. Die Forderungen der Masse wurden mit der Zeit radikaler. Versuche, wie etwa die Beleuchtung des Parlaments-Platzes auszuschalten, um die Stimmung der Demonstranten abzukühlen und die Versammelten zu zerstreuen, blieben ohne Erfolg.³³⁹

Nagy selbst war zu dieser Zeit in seiner Villa in der Orsó-Straße. Obwohl die Studentenforderungen, die bald Forderungen einer ganzen Nation waren, in vielen Punkten seinen Ansichten entgegenkamen, versuchte er zurückhaltend zu bleiben.

In der Annahme, dass nur Nagy - der eine außergewöhnlich große Autorität unter der Bevölkerung besaß - in der Lage war, die brenzlige Situation unter Kontrolle zu

³³⁷ Vgl. *Gosztony* (Hrsg.), *Der ungarische Aufstand in Augenzeugenberichten*, 136-140.; *Méray*, *Dreizehn Tage*, 84-88.

³³⁸ Vgl. *Die Volkserhebung in Ungarn. Chronologie der Ereignisse im Spiegel ungarischer Rundfunkmeldungen*. In: *Hinter dem Eisernen Vorhang*, Heft 12 1956, 4-5.

³³⁹ Vgl. *Méray*, *Dreizehn Tage*, 90.

bringen, fuhren einige seiner engsten Freunde, unter ihnen Géza Losonczy, Miklós Vásárhelyi und der Schriftsteller Tamás Aczel, zu ihm. Widerwillig wich Nagy ihrem Drängen. Er glaubte daran, dass dies nicht der richtige Moment für ihn sei.³⁴⁰ Eine große Rolle für seine Bedenken spielte der Umstand, dass kaum zehn Tage vergangen waren, seitdem er wieder in der Partei war. Gemeinsam mit der innerparteilichen Opposition befürchtete er für die Geschehnisse verantwortlich gemacht zu werden. Nagy, ein Politiker, der Höhen und Tiefen in seiner politischen Laufbahn erlebt hatte, hatte gelernt derartigen Situationen möglichst gelassen gegenüber zu treten und entsprechend realistisch zu handeln. Für ihn war der von den Studenten eingeschlagene Weg nicht der Bestmögliche. Dessen ungeachtet waren die Wünsche der Bevölkerung nach Abzug der Roten Armee und nach nationaler Souveränität auch seine Wünsche. Aber er wusste auch, dass diese Forderungen in der Realität bzw. für die gegenwärtige Situation nahezu undurchführbar waren.

Gegen 21 Uhr zeigte sich Nagy auf einem der Balkone des Parlamentsgebäudes. Kaum hatte er seine Rede begonnen, erlebte die versammelte Menge die erste Enttäuschung. Seine Grußanrede „Genossen“ rief erregte Proteste und Buhrufe hervor.³⁴¹

Einen authentischen Text von Nagys Rede gibt es nicht. Die Kádár-Zeitung „Élet es Irodalom“ veröffentlichte am 10. Mai 1957 einen Text, der als der zuverlässigste gilt:

„Ich begrüße von Herzen die hier Versammelten. Meine ganze Achtung strömt euch jungen demokratischen Ungarn entgegen, die ihr durch eure Begeisterung dazu beitragen möchtet, die Hindernisse zu beseitigen, die sich dem demokratischen Sozialismus in den Weg stellen. Durch Verhandlungen innerhalb der Partei und durch Diskussionen über die Probleme werden wir den Weg beschreiten, der zu Beilegung unserer Konflikte führt. Wir wollen die konstitutionelle Ordnung und Disziplin wahren. Die Regierung wird nicht zögern, ihre Entscheidungen zu treffen“.³⁴²

Nagys Rede tat wenig dazu, den revolutionären Geist auf der Straße zu beruhigen. Sein Appell, dass die versammelte Menge friedlich nach Hause gehen sollte,

³⁴⁰ Vgl. Méray, Dreizehn Tage, 91.

³⁴¹ Vgl. ebd. 92-93.

³⁴² Ebd. 93.

wurde mit großer Enttäuschung, Schmerz und Verwirrung befolgt. Doch nicht alle gaben so schnell auf. Bald hörte man in der Menge entschlossene Rufe: „Morgen streiken wir“. Einige gingen zum Rundfunkgebäude, wo die Demonstranten den Versuch unternahmten, das Gebäude zu erobern und die Übertragung ihres Manifestes zu erkämpfen. Eine andere Gruppe bewegte sich zum Stalin-Platz. Hier gelang es den Demonstranten, das Stalin-Denkmal auf dem Paradeplatz vom Sockel zu kippen. Gegen 21 Uhr erfolgte auch die Wende vor dem Rundfunkgebäude. Hier wurden die ersten Schüsse abgefeuert.³⁴³ In einem Sonderbericht der Sonderkommission der UNO hieß es:

„Nach 21 Uhr wurden aus einem Fenster im zweiten Stock Tränengasgranaten geworfen; und ein bis zwei Minuten danach eröffneten Mitarbeiter des ungarischen Rundfunks das Feuer auf die Menge“.³⁴⁴

Das war der Beginn des Freiheitskampfes für ein unabhängiges Ungarn.

2. Die Demonstration wird zum Aufstand

Während die Situation auf den Budapester Straßen weiter eskalierte, tagte in seiner Zentrale das Politbüro der MDP. Als Gerő von der Schiesserei vor dem Rundfunkgebäude erfuhr, rief er umgehend Moskau an, um erneut um Hilfe anzusuchen. Gerő soll bereits am Nachmittag mehrmals mit Moskau telefoniert haben und sowohl bei Chruščev als auch beim sowjetischen Botschafter Andropov um militärische Unterstützung angesucht haben. Allem Anschein nach, vertrat die sowjetische Führung zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Ansicht, dass die Einsetzung sowjetischer Truppen in Ungarn nötig sei.³⁴⁵ Erst am Abend, nach den blutigen Ereignissen auf den Strassen von Budapest, die zunehmend außer Kontrolle gerieten, bewilligte das Präsidium der KPdSU den Einsatz sowjetischer Truppen für eine Wiederherstellung der Ordnung in Ungarn. Bedingung dabei war, dass die ungarische Regierung eine offizielle Bittschrift verfassen sollte. Diese

³⁴³ Vgl. *Méray*, Dreizehn Tage, 97-101.

³⁴⁴ Der Volksaufstand in Ungarn. Bericht des Sonderausschusses der Vereinten Nationen (Frankfurt am Main 1957) 18.

³⁴⁵ Vgl. *Kyrow, Zselicky*, Ungarnkrise 1956, 103.; *Litván, Bak* (Hrsg.), Die ungarische Revolution 1956, 70-71.

wurde am 28. Oktober 1956 von Hegedűs unterzeichnet, datiert auf den 24. Oktober. Allein Nagy lehnte es ausdrücklich ab, zu unterschreiben. Gerő seinerseits war dazu nicht befugt.

Die Eskalation der Krise in Ungarn wurde sorgfältig und bedachtsam von der sowjetischen politischen und militärischen Führung verfolgt und analysiert. Ihre Beurteilung der Lage in Ungarn erscheint heute angemessener, als jene der ungarischen Politiker. Schon Mitte Juli 1956 wurde eine Gefechtsbereitschaftskontrolle des in Ungarn stationierten Sonderarmee Korpus durchgeführt. Es wurde dazu ein „Aktionsplan des Sonderarmee Korpus zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung auf dem Territorium Ungarns“ ausgearbeitet. Zugleich wurden Sicherheitsschritte auch auf dem Territorium der Sowjetunion vorgenommen, falls die Entwicklung der Krise eine andere, unvorhersehbare Richtung nehmen sollte.³⁴⁶

Das sowjetische Militärkommando handelte schon vor dem Eintreffen des offiziellen ungarischen „Hilferufes“. Auf Befehl des Truppenkommandeurs der verschiedenen Verbände und Truppenteile, setzten sich diese mit den ihnen zugewiesenen Aufgaben in Marsch. Fröhorgens am 24. Oktober 1956 rollten die ersten sowjetischen Panzer über die Strassen von Budapest. Operative Truppen besetzten strategisch wichtige Plätze in der Stadt.³⁴⁷ Zur Koordinierung der militärischen Einsätze gegen die Aufständischen wurde in der Nacht-Parteisitzung vom 23. auf 24. Oktober 1956 ein Militärausschuss einberufen, welcher zusammen mit den in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen arbeiten sollte.³⁴⁸ Doch zu einem vollen Einsatz von Truppen der ungarischen Volksarmee kam es nicht. Die Gründe dafür sind sowohl im moralischen Verfall der ungarischen Armee und in ihrer inneren Spaltung, als auch im Zweifel der Führung an ihrer Zuverlässigkeit und ihrer Einsatzbereitschaft, zu suchen.³⁴⁹ Das Nationalgefühl blieb der Honvéd

³⁴⁶ Vgl. ebd. 99-101.

³⁴⁷ Vgl. *Kyrow, Zselicky*, Ungarnkrise 1956, 103-106.

³⁴⁸ Vgl. *Litván, Bak* (Hrg.), Die ungarische Revolution, 77-78.

³⁴⁹ Vgl. Miklós *Horváth*, Die ungarische Volksarmee. In: *Foitzik* (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa, 122.

nicht Fremd. Teile der Offiziere und Soldaten der ungarischen Armee gingen auf die Seite der Aufständischen über.³⁵⁰

Die Beschlüsse, die auf der spätabendlichen Sitzung des Zentralkomitees der MDP vom 23. auf 24. Oktober gefasst wurden, wurden gleich frühmorgens, am 24. Oktober, im Rundfunk verlesen. Aufgrund der aktuellen Ereignisse hatten die Beschlüsse letztlich keine Resonanz in der ungarischen Bevölkerung. Sie blieben für die Entschärfung der Krise gewissermaßen bedeutungslos, denn in den vorangegangenen vierundzwanzig Stunden war „[...] viel Wasser in die Donau hinunter und viel Blut über das Pflaster von Pest geflossen“.³⁵¹

Am nächsten Morgen um 4.30 Uhr eröffnete der Rundfunk sein Programm mit dem Aufruf des Ministerrats der Ungarischen Volksrepublik:

„Faschistische, reaktionäre Elemente haben einen bewaffneten Angriff gegen unsere öffentlichen Gebäude begonnen und auch unsere Streitkräfte angegriffen. Um die Ordnung wiederherzustellen und bis zur Einleitung weitergehender Maßnahmen sind alle Versammlungen und Demonstrationen untersagt. Die Streitkräfte sind angewiesen, mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen alle vorzugehen, die diesem Befehl zuwiderhandeln“.³⁵²

Um 8.13 Uhr folgte die nächste wichtige Meldung: Imre Nagy trat als Ministerpräsident an die Stelle von András Hegedűs, der sein Erster Stellvertreter wurde.³⁵³

Wenn die Beschlüsse vom Juli 1956 bereits eine halbherzige Maßnahme waren, so waren die Beschlüsse, die in der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober auf der Sitzung des Zentralkomitees der MDP verabschiedet worden waren, einfach politisch verspätet. Es wurde zwar entschieden, dass Nagy wieder ins Politbüro und in das Zentralkomitee aufgenommen werden soll. Um Bedeutung und Geltung zu erlangen, hätte die Entscheidung aber einige Monate früher, zumindest einige Stunden früher, fallen müssen. Dass in das neu gewählte Politbüro auch Nagy

³⁵⁰ Vgl. *Gosztony*, Der ungarischen Volksaufstand in Augenzeugenberichten, 153,159,164-165,196-199; *Kyrow, Zselicky*, Ungarnkrise 1956,106.

³⁵¹ *Méray*, Dreizehn Tage, 105.

³⁵² Vgl. Die Volkserhebung in Ungarn. Chronologie der Ereignisse im Spiegel ungarischer Rundfunkmeldungen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 12. 1956, 6.

³⁵³ Vgl. ebd.

nahe stehende Personen kamen, verbesserte die Situation nur wenig. Eine der unpopulärsten Personen, Ernő Gerő, behielt den Posten des Ersten Sekretärs der Partei. Als neue Mitglieder des Zentralkomitees wurden neben Nagy: Ferenc Donáth,³⁵⁴ Géza Losonczy,³⁵⁵ György Lukács³⁵⁶ und Ferenc Münnich, gewählt. Dem neu gebildeten Politbüro gehörten neben Nagy, Jozsef Köböl und Zoltán Szántó, an. Beide waren Anhänger des Ministerpräsidenten. Die durchgeführten personellen Änderungen im Parteiapparat waren für die einfache ungarische Bevölkerung unwesentlich. Sie wusste, dass Nagy zurück in der Führung war, aber sie wusste eben so, dass die Hälfte des neuen Teams Teil der alten Rakosi-Garde war. Und was noch bedeutender war: es wurden sowjetische Truppen gegen das eigene Volk eingesetzt. Die ungarische Bevölkerung war tief enttäuscht und empört. Die Rückkehr Nagys auf den Posten des Ministerpräsidenten war zwar ein Sieg für die Aufständischen, doch auch dies war ein politischer Kompromiss. Die Person, die die Verantwortung für die Bewilligung der sowjetischen Intervention übernahm, Hegedűs, blieb weiterhin in der Regierung, nämlich als Erster Stellvertretender Ministerpräsident.³⁵⁷

Die Wiederernennung Nagys zum Ministerpräsident stand ganz oben auf der Agenda der Aufständischen. Seine Rückkehr ins politische Leben wurde vom ungarischen Volk als Licht am Ende des Tunnels gesehen und war mit großen Hoffnungen verbunden. Erwartungsvoll blickte man auf seine ersten Schritte als Ministerpräsident. Die anfängliche Euphorie wich bald einer allgemeinen Enttäuschung. Sein Glaube, dass die Regierung im Stande sei, die Krise zu bewältigen, veranlasste Nagy, seine erste Unterschrift als neuer Ministerpräsident unter eine Verordnung zu setzen, wonach den bewaffneten Aufständischen mit Standrecht gedroht wurde:

³⁵⁴ Donáth, Ferenc (1913-1986) war nach 1945 Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium und führender Funktionär der MKP/ MDP. 1951 zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt, später rehabilitiert. Aktives Mitglied der Imre Nagy umgebenden innenparteilichen Opposition, mit dessen Gruppe in Rumänien interniert. 1958 zu zwölf Jahren Gefängnisstrafe verurteilt, 1960 entlassen. Quelle: *Litván, Bak* (Hrg.), Die ungarische Revolution, 198.

³⁵⁵ Losonczy, Géza (1917-1957) wurde unter Rákosi in einem politischen Schauprozess verurteilt. Nach seiner Freilassung Politiker der innerparteilichen Opposition, gehörte dem engsten Kreis von Imre Nagy an. 1945-1956 leitender Mitarbeiter der Zeitung „Magyar Nemzet“, Staatsminister der Nagy-Regierung. Kam in der Untersuchungshaft in Budapest ums Leben. Quelle: ebd. 203.

³⁵⁶ Lukács, György (1885-1971), Philosoph, war zur Zeit der Räterepublik 1919 Volkskommissar für Unterrichtswesen. Bis 1945 Emigrant in Wien, Berlin und Moskau. 1949 aus dem öffentlichen Leben entfernt. 1956 Minister für Volksbildung in der zweiten Regierung von Nagy. Quelle: ebd.

³⁵⁷ Vgl. *Méray*, Dreizehn Tage, 105-106.

„Die Regierung der Ungarischen Volksrepublik verkündet für das gesamte Landesgebiet das Standrecht bei den folgenden Verbrechen: Staatsfeindliche Tätigkeit; Aufruhr; Anstiftung zum Aufruhr; Mord; Brandstiftung; Besitz von Sprengstoffen oder deren unautorisierte Verwendung; Gewalttätigkeit gegen Amtsträger des Staates oder gegen Zivilpersonen; unerlaubter Waffenbesitz. [...] Alle Verbrechen, die unter das Standrecht fallen, werden mit dem Tode bestraft“.³⁵⁸

Kurz danach, als ob dies nicht ausreichend für die empörte Bevölkerung war, wurde verkündet, dass sich die Regierung gemäß den Bestimmungen des Warschauer Paktes, an die in Ungarn stationierten sowjetischen Verbände um Hilfe zur Wiederherstellung der Ordnung im Lande gewandt hatte.³⁵⁹ Ob die Reihenfolge dieser zwei Meldungen absichtlich war - die zweite Verordnung ging nicht direkt von der Regierung aus - ist nicht eindeutig zu beantworten. Nagys Anhänger sehen darin einen Versuch, Nagy für die beiden Erlässe verantwortlich zu machen und ihn damit vor dem Volk zu kompromittieren.³⁶⁰

Sich auf sowjetische Militärhilfe zu stützen, um die ausgebrochenen Unruhen niederzuwerfen, war, wie es die spätere Entwicklung der Ereignisse bewies, ein folgenschwerer Fehler. Bis zu diesem Moment war die ausgebrochene Krise eine innenpolitische Angelegenheit, eine Konfrontation zwischen Partei und Bevölkerung. Die Einbeziehung und Einmischung der Sowjetunion wurde von der Bevölkerung als eine Verletzung der nationalen Souveränität gesehen und ließ nationale Gefühle aufflammen.³⁶¹ „Der Einsatz der sowjetischen Truppen hatte bewirkt, dass der Aufstand gegen die stalinistische Diktatur sich über Nacht in einen nationalen Freiheitskampf verwandelte“³⁶².

3. Entschlossene Kämpfer, zögernde Politiker

Gegen die sowjetischen Truppen stellte sich vor allem die ungarische Jugend. Studenten, Schüler, Teenager, junge Arbeiter - aus diesen Kreisen rekrutierten

³⁵⁸ Die Volkserhebung in Ungarn. Chronologie der Ereignisse im Spiegel ungarischer Rundfunkmeldungen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 12. 1956, 6.

³⁵⁹ Vgl. ebd. 7.

³⁶⁰ Vgl. Méray, Dreizehn Tage, 108.

³⁶¹ Vgl. Gosztony, Der ungarischen Volksaufstand in Augenzeugenberichten, 191-199.

³⁶² Litván, Bak (Hrsg.), Die ungarische Revolution 1956, 73.

sich hauptsächlich die bewaffneten Aufständischen. Die wenigen tausend, mit primitiver Kampfausrüstung ausgestatteten Aufständischen führten jedoch insbesondere in den kritischen Tagen zwischen dem 24. und 28. Oktober einen entschlossenen und ausdauernden Kampf. Das machte sie zu einem ausschlaggebenden politischen Faktor der Revolution. Gegen die sowjetischen Panzer wurde mit einfachen und selbst gebastelten Kampfmitteln, wie etwa Handfeuerwaffen und Molotov-Cocktails, gekämpft. Jeder neue Erfolg berauschte sie und gab ihnen neue Kraft. Entscheidend für ihren ausdauernden Widerstandswillen war zweifellos, dass sie den moralischen und praktischen Beistand der Mitbürger hatten.³⁶³

Die Nachrichten aus Budapest brachte das Volk überall im Lande auf die Beine. Vielerorts wurden Demonstrationen und Kundgebungen organisiert. Es bildeten sich regionale Revolutionskomitees und Arbeiterräte, die die Aufgaben der Staats- und Verwaltungsorgane übernahmen. Bewaffnete Auseinandersetzungen gab es in der Provinz generell nicht.³⁶⁴

Auch in der Armee bildeten sich in den Einheiten, erst spontan und ab dem 29. Oktober offiziell auf Befehl, revolutionäre Soldatenräte.³⁶⁵

An seiner Hoffnung festhaltend, dass die Krise immer noch im Parlamentsgebäude gelöst werden könnte, versuchte Nagy erneut die Bevölkerung zu beruhigen. Zu Mittag um 12.10 Uhr sprach Nagy über den Rundfunk erneut zum Volk. Nagy appellierte im Interesse der Zukunft des ungarischen Volkes und des Landes an die Aufständischen, den bewaffneten Kampf einzustellen und Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Denjenigen, die bis 14 Uhr ihre Waffen niederlegen würden, sicherte er Befreiung vom Standgerichtsverfahren zu.³⁶⁶ Darüber hinaus versprach, dass wir

„[...] mit allen unseren Kräften die konsequente Demokratisierung unseres Landes auf allen Gebieten des Partei- und Staatslebens sowie der Politik und Wirtschaft verwirklichen

³⁶³ Vgl. *Litván, Bak* (Hrsg.), Die ungarische Revolution 1956, 78 -80.

³⁶⁴ Vgl. ebd. 81-84.

³⁶⁵ Vgl. *Horváth*, Die Ungarische Volksarmee, 129.

³⁶⁶ Vgl. Die Volkserhebung in Ungarn. Chronologie der Ereignisse im Spiegel ungarischer Rundfunkmeldungen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 12. 1956, 7.

werden, auf der Basis des Regierungsprogramms vom Juni 1953, so, wie ich es seiner Zeit dem Parlament vorgetragen habe“.³⁶⁷

Sein Versprechen war, entgegen Nagys Hoffnungen, für das Volk nicht ausreichend.

Nagys Anhänger warfen ihm vor, dass er zu diesem Zeitpunkt seine politischen und ideologischen Ziele preisgab. So sprach er selbst noch vor anderthalb Jahren die Besorgnis aus, „dass sich die Massen vom Weg des Juni 1953 und auch von der Partei abwenden“ würden, wenn die Reformen nicht weitergeführt würden. Doch stattdessen blieb Nagy selber beim Juniprogramm von 1953 stehen.³⁶⁸

Im Laufe des Tages wurde das Amnestieangebot mehrmals verschoben, trotzdem gingen die Freiheitskämpfe weiter. Am Abend sprach Kadar über den Rundfunk und unternahm erneut den Versuch, die Aufständischen zu beruhigen - vergeblich.³⁶⁹ In Budapest war das alltägliche Leben bereits gelähmt. Der Verkehr war still gelegt, die Zeitungen erschienen zu dieser Zeit nicht. Die zum Generalstreik aufgeförderten Arbeiter, hatten fast ausnahmslos ihre Arbeit niedergelegt. Die Tatsache, dass sich immer mehr Arbeiter auf die Seite der Aufständischen stellten, war für die Regierung kein gutes Zeichen.

Am 24. Oktober trafen Mikoyan, Suslov, der Vorsitzende des KGB, Serov und der zum Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in Ungarn ernannte Generaloberst, Malinow, in Budapest ein. Ihre Anliegen bestanden darin, die Lage in Ungarn etwas näher, vor Ort zu studieren und die ungarische Führung bei der Lösung der Krise Unterstützung zu leisten. In ihrem ersten Tagesreport, den sie noch am Nachmittag desselben Tages nach Moskau sandten, wurde die Lage in einem zuversichtlichen Ton als optimistisch bewertet. Nach ihren Ansichten hatten die ungarischen Genossen und im Besonderen Gerős, die Kräfte des Feindes überschätzt, ihre eigenen dagegen unterschätzt.³⁷⁰

³⁶⁷ Gosztony (Hrsg.), Der ungarische Aufstand in Augenzeugenberichten, 204.

³⁶⁸ Vgl. Méray, Dreizehn Tage, 111-112.

³⁶⁹ Vgl. Die Volkserhebung in Ungarn. Chronologie der Ereignisse im Spiegel ungarischer Rundfunkmeldungen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 12.1956, 9.

³⁷⁰ Vgl. Bericht Mikoyan und Suslov von Budapest über die Lage in Budapest. In: *Islamov*, Sowjetski Sojus i vengerskii krizi, 371-374.

Am nächsten Tag, am 25. Oktober, nahmen die beiden sowjetischen Emissäre Mikoyan und Suslov an der Sitzung des Politbüros der MDP teil, das seit dem frühen Morgen tagte. Mikoyan schlug im Namen des Präsidiums der KPdSU, die Abberufung Gerős von seinem Posten als Ersten Sekretär des Zentralkomitees vor. In Moskau waren die Würfel bereits gefallen. Als Mitarbeiter der alten Parteiführung, die in Misskredit geraten war, besaß Gerő keine Autorität mehr im Volk. Moskau hatte sich auch darin geirrt, als es annahm, dass Gerő die Krise entschärfen könne.³⁷¹ Gerős Absetzung wurde auf die alt bekannte Art geregelt. Der amerikanische Journalist Leslie Balogh Bain berichtete, dass den Aussagen eines hohen ungarischen Beamten zufolge, der bei dem Gespräch zwischen Mikoyan, Suslov und Gerő angeblich anwesend war, Gerő beschuldigt wurde,

„[...] Moskau durch seine ‚übertriebene und verzerrte‘ Darstellung der Lage ‚in Panik versetzt‘ und so zum Einsatz von sowjetischen Truppen veranlasst und infolge seiner ‚unglaublichen Tölpelereien‘ die MDP in die Zerrüttung geführt habe“.³⁷²

An seiner Stelle wurde János Kádár zum Ersten Sekretär ernannt. Währenddessen strahlte der Rundfunk Regierungsmeldungen mit Behauptungen aus, dass die Streitkräfte die Ordnung in Budapest wieder weitgehend hergestellt hätten. Einzelne Kämpfe gäbe es noch an einigen Stellen, die Regierung schien jedoch mit deren baldigem Ende zu rechnen. Daraufhin erließ sie eine Aufforderung, den Verkehr wieder in Betrieb zunehmen und die Arbeiter sollten wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren, damit die Produktion wieder ins Laufen käme.³⁷³

4. 25. Oktober – der „schwarze Donnerstag“

Viele Menschen gingen an diesen wohl tragischsten Tag der Revolution, dem 25. Oktober 1956, auf die Straßen von Budapest. Das Nachlassen der bewaffneten Kämpfe und der Mangel an aktueller Information waren hierfür vermutlich ausschlaggebend. Spontan bildeten sich kleine Straßenversammlungen, bei denen

³⁷¹ Vgl. *Vida*, Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse, 88.

³⁷² *Gosztony* (Hrsg.), Der ungarische Aufstand in Augenzeugenberichten, 236.

³⁷³ Vgl. Die Volkserhebung in Ungarn. Chronologie der Ereignisse im Spiegel ungarischer Rundfunkmeldungen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 12. 1956,10-11.

lebhaft Diskussionen über aktuelle politische Fragen geführt wurden. Die Emotionen stiegen erneut an und die Straßenversammlungen verwandelten sich bald in eine neue Demonstration. Die Menge begab sich Richtung Parlament. Unterwegs stießen zum Demonstrationszug sowjetische Panzerwagen, worauf sich die Demonstranten mit den sowjetischen Soldaten verbrüderten. Vor dem Gebäude des Parlaments eröffneten die eingesetzten Einheiten der Staatssicherheit, die auf den Dächern der umliegenden Gebäude zum Schutz der Parlamentsgebäude in Stellung gegangen waren, das Feuer auf die friedlich versammelten Demonstranten.³⁷⁴ Die genaue Zahl der Verwundeten und Toten ist nicht bekannt. Im schriftlichen Bericht des Sonderausschusses der Vereinten Nationen, zusammengestellt von mehreren Augenzeugen, steht, dass viele der Verwundeten Frauen und Kinder waren. Über die Zahl der Toten differieren die Schätzungen zwischen 300 und 800. Ein Augenzeuge berichtet von zwölf Lastwagen voll mit Toten.³⁷⁵ Unklar blieben die wirklichen Hintergründe, ebenso wie die Namen der Verantwortlichen für dieses Blutbad.

Die Nachricht von den tragischen Ereignissen am Parlamentsplatz verbreitete sich schnell in der Stadt. Der Rundfunk brachte aber keine Meldung, was zu einer noch größeren Empörung in der Bevölkerung führte. Zu Mittag um 12.33 Uhr, kurz nach dem Massaker auf dem Lajos-Kossuth Platz vor dem Parlament, strahlte der Rundfunk die Nachricht von Gerős Absetzung aus.³⁷⁶ Diese Meldung erzielte kaum noch ein positives Ergebnis. Genauso wie Nagys Ernennung zum Ministerpräsidenten ein verspäteter politischer Akt war, so verhielt es sich auch jetzt mit Gerős Abberufung.

Ähnliche mörderische Vorfälle spielten sich in den nächsten Tagen in mehreren Provinzstädten ab. Der Gebrauch von Waffen gegen die Aufständischen hatte die Lage nur verschärft und schürte bitteren Hass. Allerorts wurde die Auflösung des staatlichen Sicherheitsdienstes gefordert. In den Städten Miskolc und Mosonmagyaróvár waren die Folgen noch drastischer. Einige Offiziere und

³⁷⁴ Vgl. *Méray*, Dreizehn Tage, 121-125.

³⁷⁵ Vgl. *Gosztony* (Hrsg.), Der ungarische Aufstand in Augenzeugenberichten, 230.

³⁷⁶ Vgl. Die Volkserhebung in Ungarn. Chronologie der Ereignisse im Spiegel ungarischer Rundfunkmeldungen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 12. 1956, 12.

Soldaten von der Staatssicherheit, die für verantwortlich gehalten wurden, wurden von der aufgebrachten Masse gelyncht.³⁷⁷

Am Nachmittag, kurz nach fünfzehn Uhr, sprachen Nagy und Kádár erneut zum Volk. Das Wesentliche dieser zwei Meldungen war, dass die Partei- und Staatsführung einen Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn offiziell auf den Verhandlungstisch brachte. So sagte Kádár:

„Genossen, das Zentralkomitee der Partei schlägt der Regierung vor, nach Wiederherstellung der Ordnung Gespräche mit der Sowjetunion im Geiste der völligen Gleichberechtigung zwischen Ungarn und der Sowjetunion, der brüderlichen Zusammenarbeit und des Internationalismus aufzunehmen, um eine gerechte Regelung der zwischen den beiden sozialistischen Ländern offen stehenden Fragen herbeizuführen [...]“.³⁷⁸

Nagy, der neue Ministerpräsident, ging etwas weiter. Er gab politische und wirtschaftliche Fehler zu, und versicherte, diese aufzuarbeiten, sobald wieder Ordnung im Lande herrschen würde. Nach Wiederherstellung der Ordnung sollte die Nationalversammlung einberufen werden, der Nagy ein umfassendes Reformprogramm vorlegen würde. Dieses Programm forderte „die Reorganisation der Regierung auf der Grundlage einer Zusammenfassung der weit gespannten demokratischen nationalen Kräfte, die durch die reorganisierte Vaterländische Volksfront repräsentiert werden“³⁷⁹. Auf der Basis der Gleichberechtigung und der nationalen Souveränität zwischen verschiedenen kommunistischen Parteien und sozialistischen Ländern, werde die Regierung Gespräche mit der Sowjetunion aufnehmen. Inhaltlich sollte unter anderem über den Abzug der in Ungarn stationierten sowjetischen Streitkräfte verhandelt werden. Als Vorbedingung für den Abzug der sowjetischen Streitkräfte wurde erneut die Wiederherstellung von Frieden und Ordnung verlangt. Und erneut wurde denjenigen, die die Waffen niederlegen, eine Amnestie zugesichert.³⁸⁰

³⁷⁷ Vgl. *Litván, Bak* (Hrsg.) Die ungarische Revolution, 85.

³⁷⁸ Die Volkserhebung in Ungarn. Chronologie der Ereignisse im Spiegel ungarischer Rundfunkmeldungen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang (Jg. II, Heft) 12.

³⁷⁹ Die Volkserhebung in Ungarn. Chronologie der Ereignisse im Spiegel ungarischer Rundfunkmeldungen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, 12.

³⁸⁰ Vgl. ebd. 12-13.

Entgegen seiner Erwartung, verfehlte Nagys Rede ihre Wirkung. Abgesehen davon, dass Nagys Versprechungen dem Volk zu wage waren, waren sie immer noch mit der Wiederherstellung von Ordnung als Vorbedingung verknüpft. Die Parole der Regierung - „Erst Ordnung, dann Zugeständnisse“ – und die Parole des Volkes - „Erst Zugeständnisse, dann Ordnung“ – ließen keinen Kompromiss zu.³⁸¹ Eine andere Frist für die Niederlegung der Waffen verstrich und, anstatt sich zu beruhigen, eskalierte die Lage weiter. Das Massaker vor dem Parlament hatte das geringe Vertrauen des Volkes zur Regierung zunichte gemacht.

5. Konsolidierungsschritte der neuen Führung

Die Erregung stieg auch im Amtszimmer des Zentralkomitees. Das Programm der am 27. Oktober 1956 neu zusammengestellten Regierung unter Nagys Leitung, war Ausdruck heftiger Auseinandersetzungen zwischen den beiden Flügeln der Parteispitze. Hitzige Debatten rief insbesondere die Frage hervor, ob die Ereignisse als „Konterrevolution“ bewertet werden sollen. Diese Frage wurde von Ferenc Donáth und Géza Losonczy in der Sitzung des Zentralkomitees am 26. Oktober 1956 erörtert.³⁸² Ihre Ansicht, dass die Ereignisse eine berechtigte Volkserhebung waren, und dass sie als eine nationale demokratische Revolution betrachtet werden sollten, fand keinen Widerhall bei der Mehrheit der Parteimitglieder. Aus Protest legten die Beiden ihre Parteiarbeit nieder.

In Nagys neue Regierung wurden Personen unterschiedlicher Parteizugehörigkeit einbezogen: u. a. die Altkommunisten György Lukás und Zoltán Vas, Jozsef Bogner, Zoltán Tildy sowie Béla Kovác (Vertreter der ehemaligen Unabhängigen Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums - FKGP³⁸³) und Ferenc Erdei (Nationale Bauernpartei). Damit hatte Nagy seinen ersten Programmpunkt erfüllt, nämlich die Reorganisation der Regierung auf breiter national-politischer Basis. Die partiellen Neuerungen trugen allenfalls gering zur Entschärfung der Lage bei:

³⁸¹ Vgl. Méray, Dreizehn Tage, 127.

³⁸² Vgl. Stenografie des Plenums des ZK der MPD vom 26. Oktober. In: *Islamov*, Sowjetski Sojus i vengerskii krizi, 390-403.

³⁸³ Független Kisgazda-, Földmunkás- és Polgári Párt – FKGP.

„Die Erfahrenen im Volk – und das waren inzwischen viele geworden – erkannten, dass die neue Regierung nach einer Formel zusammengestellt worden war, die ein bisschen ausgeklügelt wirkte; auf jedes neue Kabinettsmitglied kam ein altes“.³⁸⁴

Nagy begriff, dass eine Stabilisierung der Lage nur dann erfolgen konnte, wenn Partei und Regierung für bedeutungsvollere Reformen bereit waren. Am 28. Oktober 1956 auf der Sitzung des Politbüros der MDP trat die Wende. Kádár, der gleichfalls seine Stellung zur Volksbewegung korrigierte – wenn auch immer noch in einem zurückhaltenden Ton - stellte sich auf die Seite von Nagy.³⁸⁵ Am selben Tag, am 28. Oktober kurz nach 13.00 Uhr, wurde im Rundfunk folgende Mitteilung übertragen:

„Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden und eine friedliche Entwicklung der Dinge zu sichern, hat die Regierung der Volksrepublik allgemeine, sofortige Waffenruhe angeordnet. Den Streitkräften wird der Befehl erteilt, von ihren Waffen nur dann Gebrauch zu machen, wenn sie angegriffen werden“.³⁸⁶

Am späten Nachmittag wandte sich Nagy im Rundfunk mit einer Programmrede an das ungarische Volk. Einleitend deklarierte er:

„Die Regierung lehnt es ab, die gewaltige Volksbewegung als Konterrevolution zu betrachten“.³⁸⁷

Weiter verkündete er die Ausarbeitung eines umfassenden Programms, welches den Forderungen der Arbeiter nachkommen sollte, wie etwa die Revision des Normen- und Lohnsystems, eine Erhöhung der niedrigsten Löhne und Renten, größere Familienbeihilfen, Unterstützung jeglicher Bauinitiative sowie Maßnahmen gegen die Gesetzlosigkeit, die bei der Kollektivierung in der Landwirtschaft bis dato geherrscht hatte. Er begrüßte die Bildung der Arbeiterräte und wollte sie auch anerkennen. Er kündigte den unverzüglichen Abzug der sowjetischen Truppen aus Budapest sowie Unterredungen mit der Sowjetunion über einen Abzug der Roten Armee aus Ungarn an. Abschließend verkündete er die Auflösung der

³⁸⁴ Méray, Dreizehn Tage, 137.

³⁸⁵ Vgl. Vida, Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse, 93.

³⁸⁶ Die Volkserhebung in Ungarn. Chronologie der Ereignisse im Spiegel ungarischer Rundfunkmeldungen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 12. 1956, 25.

³⁸⁷ Ebd. 25.

Staatssicherheitsorgane (ÁVH), die Wiedereinführung des nationalen Landeswappens sowie des nationalen Feiertages am 15. März.³⁸⁸

Um 17.35 Uhr gab der Rundfunk die nächste Meldung durch:

„Mit Rücksicht auf die außergewöhnliche Lage übertrug das Zentralkomitee seinen Führungsauftrag [...] einem aus sechs Mitgliedern gebildeten Parteipräsidium. Dieses setzt sich zusammen aus János Kádár als Präsidenten sowie aus Antal Apró, Károly Kiss, Ferenc Münnich, Imre Nagy und Zoltán Szántó als Mitglieder. [...] Das Präsidium stützt sich bei seiner Arbeit auf das Zentralkomitee und das Politbüro.“³⁸⁹

Die Gründung des Parteipräsidiums erteilte den Stalinisten einen schweren Schlag. Dem Präsidium gehörten zwar Antal Apró und Károly Kiss an, beide treueste Anhänger von Rákosi, dennoch schien Nagy auf die restlichen Präsidiumsmitglieder zählen zu können. Nagy strebte damit die Herstellung der Einheit in der Parteiführung an.³⁹⁰

Der Appell für eine Feuerpause wurde befolgt und die bewaffneten Kämpfe endeten in den meisten Fällen. Dennoch blieb die politische Unzufriedenheit. Konsolidierungsschritte wie die Abschaffung der verhassten Staatssicherheitsorgane und die Bildung einer neuen Koalitionsregierung reichten nicht mehr aus. Spontan bildeten sich verschiedene revolutionäre Arbeitsräte und Nationalkomitees. Delegationen aus ganz Ungarn kamen nach Budapest, um ihre Forderungen Nagy darzulegen.

Die errungene Medienfreiheit verlieh ihren Forderungen etwas größerer Nachdruck. Nach dem unverzüglichen sowjetischen Truppenabzug, wurden nun die Kündigung des Warschauer Pakts und die Neutralitätserklärung Ungarns verlangt. Die Kluft zwischen den Regierenden und der Bevölkerung konnte nicht vollständig überbrückt werden. Die Aufständischen weigerten sich weiterhin die Waffen niederzulegen. Die Kämpfe in verschiedenen Widerstandsnestern in Budapest – am Széna Platz, in Ujpest, in der Corvin Passage, in Soroksár, u. a. – dauerten weiter an. Ein besonders wichtiges Widerstandszentrum der Revolution

³⁸⁸ Vgl. Die Volkserhebung in Ungarn. Chronologie der Ereignisse im Spiegel ungarischer Rundfunkmeldungen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 12. 1956, 25-26.

³⁸⁹ Ebd. 26.

³⁹⁰ Vgl. *Vida*, Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse, 94.

war die Kilián-Kaserne mit Oberst Pál Maléter.³⁹¹ Ein lokales Widerstandszentrum bildeten Győr und Miskolc vom Bezirk Borsód, der sich mit seinen eigenen Forderungen absonderte.³⁹² Entschlossen blieben auch die Werktätigen. In den Arbeiterräten hatte sich der Schlachtruf durchgesetzt: „Solange die Russen nicht abziehen, [solange] soll keiner wieder die Arbeit aufnehmen“³⁹³.

Die ungarische Intelligenz meldete sich ebenfalls zu Wort. Diesmal betrat sie die politische Szene nicht vereinzelt, sondern mittels einer gemeinsamen politischen Plattform. Am 28. Oktober 1956 wurde das Revolutionskomitee ungarischer Intellektueller gebildet. Die ungarische Intelligenz - das Gewissen der Nation – war bemüht eine Plattform zu schaffen, die sowohl für Nagy, als auch für das ungarische Volk konsequent erschien.³⁹⁴ Diese fand ihren Ausdruck in einem Zehn-Punkte- Programm, dass weit über Nagys Programm hinausging.³⁹⁵

Am 30. Oktober wurde in Győr der provisorische Nationalrat von Transdanubien gegründet. Somit entstand ein neues regionales Machtzentrum. Zugleich bildete sich der Landesrat der Gewerkschaften (Szakszervezetek Országos Tanácsa-SzOT) zur Freien Gewerkschaft Ungarn (Magyar Szabad Szakszervezet) um. Die Parteikontrolle über die Gewerkschaftsbewegung ging dadurch praktisch verloren.³⁹⁶

Der große Druck auf Nagy und seine Regierung konnte nur noch durch weitere Konzessionen gemildert werden. Am 30. Oktober 1956 wurde schließlich unter Nagys Leitung ein enges siebenköpfiges Regierungskabinett gebildet, in dem Zoltán Tildy und Béla Kovács, Ferenc Erdei, János Kádár und Géza Losonczy vertreten waren. Kádár und Losonczy wurden zu Staatsministern ernannt, und das Präsidium des MDP beschloss die Wiedereinführung des Mehrparteiensystems. Die Regierung erlaubte die Aktivität jener Parteien, die 1945 an der Regierungskoalition beteiligt waren.³⁹⁷ Als nächsten Schritt beschloss das

³⁹¹ Vgl. *Gosztony* (Hrsg.), *Der ungarische Aufstand in Augenzeugenberichten*, 231-236.

³⁹² Vgl. *Die Volkserhebung in Ungarn. Chronologie der Ereignisse im Spiegel ungarischer Rundfunkmeldungen*. In: *Hinter dem Eisernen Vorhang*, Heft 12. 1956, 28-29.; *Gosztony* (Hrsg.), *Der ungarische Aufstand in Augenzeugenberichten*, 267- 268.

³⁹³ *Litván, Bak* (Hrsg.), *Die ungarische Revolution*, 94.

³⁹⁴ Vgl. *Méray*, *Dreizehn Tage*, 143-148.

³⁹⁵ Vgl. *Gosztony* (Hrsg.), *Der ungarische Aufstand in Augenzeugenberichten*, 276-278.

³⁹⁶ Vgl. *Vida*, *Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse*, 96

³⁹⁷ Vgl. *Protokoll der Sitzung der ungarischen Nationalregierung vom 30. Oktober 1956*. In: *Islamov*, *Sowjetski Sojus i vengerskii krisi*, 470.

Parteipräsidium die Auflösung der MDP und ihre Neubildung unter dem Namen Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (Magyar Szocialista Munkáspárt, MSZMP).

Am 30. Oktober wurde unter der Leitung von General Béla Király das Revolutionskomitee der Ordnungskräfte gegründet.³⁹⁸ Ein beachtlicher Konsolidierungsansatz war die Freilassung des ungarischen Primas, Josef Kardinal Mindszenty.³⁹⁹ Stark kompromittierte Politiker, wie Gerő und Hegedűs, reisten in die Sowjetunion aus.⁴⁰⁰

6. Der Schiedsspruch Moskaus

Für die sowjetischen Emissäre gingen alle diese Konsolidierungsansätze der ungarischen Regierung etwas weiter als erwünscht. In ihrem Bericht vom 29. Oktober 1956 bezeichneten sie die Lage im Lande als exaltiert. Sie vermerkten, dass die ungarischen Genossen nicht nur die Volksmassen nicht unter Kontrolle bringen konnten, sondern, noch schlimmer, die antikommunistischen Elemente sich verstärkten.⁴⁰¹ In ihrem nächsten Bericht an das Zentralkomitee der KPdSU vom 30. Oktober, wurde ihre skeptische Haltung explizit. Die beiden Emissäre unterstrichen, dass die politische Lage in Ungarn sich verschlimmert habe, anstatt sich zu verbessern und wiesen darauf hin, dass sich in den leitenden Organen der Partei ein Gefühl der Machtlosigkeit verbreitete. Ferner führten sie aus, dass in den Parteiorganisationen ein Auflösungsprozess statfinde, zugleich aber der Aufbau der bewaffneten Einheiten der Partei nur langsam voran gehe. Des weiteren, dass die Arbeit in den Fabriken, wie auch an der Eisenbahn stillgelegt sei. Wiewohl die Schießereien zurückgingen, hörten die Aktivitäten der „plündernden Studenten und

³⁹⁸ Vgl. *Litván, Bak* (Hrsg.), *Die ungarische Revolution*, 93.; *Vida*, *Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse*, 96-97.

³⁹⁹ Vgl. ebd. 94.

⁴⁰⁰ Vgl. *János Rainer, Bernd-Rainer Barth*, *Ungarische Revolution: Aufstand -Zerfall der Partei-Invasion*. In: *Hegedűs, Wilke* (Hrsg.), *Satelliten nach Stalins Tod*, 249.

⁴⁰¹ Vgl. Bericht von Mikoyan und Suslov an das Zentralkomitee der KPdSU vom 29. Oktober. In: *Islamov*, *Sowjetski Sojus i vengerskii krizi*, 447-449.

anderen Elemente“ nicht auf. Diese konzentrierten sich nun auf die Besetzung von administrativen Gebäuden.⁴⁰²

Die Sorgen der beiden sowjetischen Emissäre steigerten sich nicht zuletzt auf Grund der Meldungen des sowjetischen Militärexperten. Dieser berichtete von einer Polarisierung der Beziehungen zwischen dem ungarischen und dem sowjetischen Offizierskorps und einem zunehmenden Vertrauensverlust. Zugleich drückte er die Befürchtung aus, dass die ungarische Volksarmee auf die Seite der Aufständischen übergehen könnte, was weitere militärische Einsätze der sowjetischen Truppen erfordern würde. Eine endgültige Bewertung der Lage konnten die beiden sowjetischen Emissäre noch nicht vornehmen. Diese wollten sie etwas später abgeben. Am Ende des Berichts vermerkten sie, dass Genosse Konev unverzüglich nach Ungarn kommen solle.⁴⁰³

Trotz ihrer negativen Einschätzung der Lage, rechneten die sowjetischen Abgesandten zu diesem Zeitpunkt allen Anschein immer noch damit, dass die Krise in Ungarn mit politischen Mitteln zu lösen sei.⁴⁰⁴ Die in einer erweiterten Sitzung des Präsidiums der KPdSU vom 30. Oktober 1956 verfasste „Deklaration der Regierung der UdSSR über Grundprinzipien der Entwicklung und weiteren Stärkung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten“ sollte die Basis dafür sein.⁴⁰⁵

Die revolutionären Vorgänge in Polen und Ungarn im Herbst 1956 veranlassten die sowjetische Führung zu einer Revision ihrer ostmitteleuropäischen Politik. Diese manifestierte sich offiziell in der oben erwähnten Deklaration, in welcher die Grundprinzipien zwischen den Blockstaaten neu definiert wurden. Es wurde proklamiert, dass die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Ländern der „Großen Gemeinschaft sozialistischer Nationen“ nur auf der Grundlage der Prinzipien von absoluter Gleichwertigkeit, Respekt der territorialen Integrität, staatlicher Unabhängigkeit und Souveränität sowie Nichteinmischung in die

⁴⁰² Vgl. Bericht von Mikoyan und Suslov an das Zentralkomitee der KPdSU vom 30. Oktober. In: *Islamov*, Sowjetski Sojus i vengerskii krizi, 467-468.

⁴⁰³ Vgl. Bericht von Mikoyan und Suslov an das Zentralkomitee der KPdSU vom 30. Oktober. In: *Islamov*, Sowjetski Sojus i vengerskii krizi, 467-468.

⁴⁰⁴ Vgl. *Vida*, Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse, 98-100.

⁴⁰⁵ Vgl. den Text der Deklaration in: *Islamov*, Sowjetski Sojus i vengerskii krizi, 464-466.

inneren Angelegenheiten, beruhen konnten.⁴⁰⁶ Es sollte sich aber bald erweisen, dass dies nicht der Realität entsprach.

Die Ungarn-Frage selbst wurde konkreter am 26. Oktober auf der Sitzung des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU erörtert und erneut am 28. Oktober behandelt.⁴⁰⁷ Im Zuge der Diskussionen offenbarte sich die Diskrepanz zwischen den beiden politischen Flügeln innerhalb der sowjetischen Parteiführung. Die Vertreter der so genannten „harten Linie“ – u. a. Molotov, Vorošilov und Kaganovitsch – vertraten die Ansicht, dass in der Ungarnfrage entschlossener vorgegangen werden sollte. Der „liberale Flügel“ in der sowjetischen Parteiführung – Mikoyan, Suslov, Žukov – suchte dagegen nach einem diplomatischen Ausweg aus der Krise.⁴⁰⁸ Selbst Chruščev sprach sich am Beginn für diese Variante aus.⁴⁰⁹ Obwohl im Kreml der Gedanke eines militärischen Eingriffs immer mehr Zuspruch gewann, wurde etwa bis zum 30. Oktober 1956 weiter nach einer politischen Lösung gesucht.

Als Mikoyan und Suslov am späten Abend des 31. Oktobers nach Moskau zurückkamen, hatte sich bereits ein Richtungswechsel in der ungarischen Frage vollzogen. Die Würfel waren zugunsten einer militärischen Lösung der Krise gefallen. Wodurch diese Wende bei der Regelung der ungarischen Frage verursacht wurde, ist schwer zu beantworten. Vorwiegend wurden jedoch außenpolitische Faktoren in Erwägung gezogen.

Die Erwartungen der sowjetischen Führung, dass ihre ungarischen Genossen die Krise unter Kontrolle bringen würden, nicht zuletzt aufgrund von Nagys Programmerkklärung vom 28. Oktober, hatten sich nicht erfüllt. Moskau wurde gegenüber Nagy und der ungarischen Führung insgesamt misstrauischer. Dies ist in dem an Palmiro Togliatti, den Generalsekretär der italienischen kommunistischen Partei, gesandten Telegramm deutlich zu spüren. Nagy wurde des Doppelspiels beschuldigt. Ihm wurde vorgeworfen „unter den Einfluss reaktionärer

⁴⁰⁶ Vgl. ebd. 464.

⁴⁰⁷ Vgl. Protokollaufzeichnungen der Sitzungen des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU vom 26. und 28. Oktober 1956. In: *Islamov*, Sowjetski Sojus i vengerskii krizi 411-413, 432-439.

⁴⁰⁸ Vgl. *Rainer, Barth*, Ungarische Revolution, 248.; Die Positionen der einzelnen Präsidiumsmitglieder siehe Protokollaufzeichnung der Sitzung des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU vom 28. Oktober 1956. In: *Islamov*, Sowjetski Sojus i vengerskii krizi, 432-439.

⁴⁰⁹ Vgl. ebd.

Kräfte“ geraten zu sein.⁴¹⁰ Die Forderungen nach dem vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Territorium Ungarns, der Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und die Forderung nach einer Neutralitätserklärung, die ab dem 27. Oktober im Lande immer lauter wurde, konnten im Kreml nicht ignoriert werden. Ein Abzug der sowjetischen Armeeeinheiten aus Ungarn hätte die sowjetische Kontrolle im Lande und ferner über den ganzen Ostblock beträchtlich begrenzt. Ungarns Austritt aus dem Warschauer Pakt hätte das Risiko des Verfalls des „sozialistischen Blocks“ mit sich gebracht und dadurch die außenpolitischen Großmachtinteressen der Sowjetunion stark gefährdet. Diese Grunderwägungen der sowjetischen Politik kamen durch die Entwicklung der Suez-Krise⁴¹¹ deutlich zum Vorschein. Auf der Sitzung des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU vom 31. Oktober 1956 sprach sich Chruščev für eine neue Einschätzung der Lage aus. Chruščev begründete dies mit der „Verteidigung des imperialen Prestiges“ der Sowjetunion. Ein Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn könnte als Schwäche bei den Imperialisten - Amerikanern, Engländern und Franzosen - gewertet und als Vorwand für eine Offensive genutzt werden.⁴¹² Denn wenn Moskau Ägypten aufgab bzw. mit Verlusten sowjetischer Positionen in der Dritten Welt rechnete, so war der Kreml erst recht nicht bereit, Verluste in Osteuropa hinzunehmen. Die Zusicherung durch den amerikanischen Botschafter in Moskau, Charles Bohlen, dass die USA sich militärisch in die osteuropäischen Angelegenheiten nicht einmischen würden, da sie dort keine „potentiellen militärischen Verbündeten“ sahen, wurde von den Sowjets als grünes Licht für ein militärisches Eingreifen in die inneren Angelegenheiten Ungarns betrachtet.⁴¹³

Bevor die Entscheidung für eine zweite militärische Intervention in Kraft trat, wurde sie politisch vorbereitet. Am 1. November 1956 trafen sich die polnischen Politiker Gomułka und Cyrankiewicz mit Chruščev, Malenkov und Molotov in Brest. Beim Treffen äußerte Gomułka die Ansicht, dass er es für falsch hielt, Krisen, wie jene in Ungarn, durch Eingreifen einer fremden Macht zu lösen, nur weil diese militärisch überlegen sei. Ungeachtet dessen nahmen die polnischen Führer die sowjetische

⁴¹⁰ Vgl. Text Telegram an Togliati in *Islamov*, Sowjetski Sojus i vengerskii krisi, 485-486.

⁴¹¹ Am 29. Oktober 1956 mit dem Überfall israelischer Truppen auf den Sinai ging die Krise in einen offenen militärischen Konflikt über.

⁴¹² Vgl. Protokollaufzeichnung der Sitzung des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU vom 31. Oktober 1956. In: *Islamov*, Sowjetski Sojus i vengerskii krisi, 479-481.

⁴¹³ Vgl. *Vida*, Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse, 104 anm. 81.

Entscheidung zur Kenntnis.⁴¹⁴ Am 2. November bekamen sie in Bukarest die Zustimmung von Novotny, Todor Žhivkov und Gheorghiu-Dej.⁴¹⁵ Auch die Unterredungen mit Tito auf der Insel Brioni verliefen positiv.⁴¹⁶

7. Erklärung der Neutralität –eine gescheiterte Krisenlösung

Am gleichen Tag, dem 30. Oktober 1956, als die Deklaration über die neuen Grundlagen der zwischenstaatlichen Beziehungen verabschiedet worden war, fingen die Vorbereitungen für eine zweite militärische Intervention in Ungarn an. Der am 29. Oktober begonnene Abzug der sowjetischen Truppen aus Budapest wurde in diesem Zusammenhang absichtlich verzögert. Zugleich wurden neue Truppen in der Nähe von Budapest stationiert. Neue Militäreinheiten wurden nach Ungarn verlegt. Die endgültige Entscheidung für einen militärischen Angriff fiel am 31. Oktober in der oben erwähnten Sitzung des Zentralkomitees der KPdSU. In der Nacht zum 1. November sollte der Angriff in Gang gesetzt werden.⁴¹⁷

Der erste Tag des Monats November brachte die nächste Wende in der Entwicklung der Ereignisse. Die Regierung, von zwei Seiten gleichzeitig angegriffen, geriet immer mehr in eine Zwickmühle. Einerseits war sie bedrängt von den ständig wachsenden Forderungen der verschiedenen revolutionären Organisationen und von der Beharrlichkeit der ungarischen Arbeiter, bis zum vollständigen Abzug der sowjetischen Armeeeinheiten aus dem ungarischen Territorium weiter zu streiken. Andererseits wusste die Regierung aufgrund von Angaben des Militärs seit dem 1. November, dass die sowjetischen Armeeeinheiten in Ungarn aus der Sowjetunion Verstärkung – was die Regierung noch stärker unter Druck setzte.⁴¹⁸

Angesichts der heiklen Situation hielten Nagy und sein engeres Kabinett an diesem Tag zwei Sitzungen ab. In der ersten Sitzung wurde eine Stellungnahme

⁴¹⁴ Vgl. *Tischler*, Die Führung der PVAP, 325-326.

⁴¹⁵ Vgl. *Vida*, Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse 1956, 104.

⁴¹⁶ Ausführlicher zu dem Treffen zwischen Tito und Chruschtschow siehe Veljko *Mićunović*, Moskauer Tagebücher 1956-1958 (Stuttgart 1982) 174-186.

⁴¹⁷ Vgl. *Kyrov, Zselicky*, Ungarnkrise 1956, 112-115.

⁴¹⁸ Vgl. *Vida*, Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse, 105.

zur Bewegung der sowjetischen Armeeeinheiten vorgenommen. Die Regierung Nagy war fest entschlossen, die Unabhängigkeit Ungarns vor der immer offensichtlicheren sowjetischen Gefahr zu bewahren. Die Regierung beschloss wegen des Einmarsches von neuen sowjetischen Truppen ins ungarische Territorium vor dem sowjetischen Botschafter Andropov zu protestieren. Abhängig von den Ergebnissen dieses Gesprächs sollte der Protest gegen die „Einmischung in die ungarischen Angelegenheiten“ auch an andere Botschaften sowie an die Vereinten Nationen gesendet werden. Zugleich mit dieser Entscheidung wurde die Verteidigung Budapests angeordnet.⁴¹⁹

Die Entscheidungen der nachmittäglichen Regierungssitzung spiegelten wieder wie sehr sich die Situation während des Tages verändert hatte. Die Gespräche mit dem sowjetischen Botschafter Andropov verliefen erfolglos. Die Regierung erhielt weiterhin Meldungen über einmarschierende sowjetische Truppen. Um der sich anbahnenden Katastrophe zu entkommen, beschloss die ungarische Regierung die unverzügliche Erklärung der ungarischen Neutralität und den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt. Des Weiteren bat die Regierung die Vereinten Nationen um Hilfe, die Großmächte zu überzeugen, Ungarns Neutralität anzuerkennen. Sollte die Sowjetunion jedoch ihre Truppen innerhalb kurzer Zeit aus Ungarn abziehen, wäre dieser Hilferuf widerrufen worden – was nicht geschah.⁴²⁰ Dementsprechend teilte Nagy schon am selben Tag dem sowjetischen Botschafter Andropov mit, dass Ungarn aus dem Warschauer Pakt austrete und seine Neutralität deklariere⁴²¹

Am 1. November 1956 verlas der Ministerpräsident die folgende Ansprache im Rundfunk:

„Ungarisches Volk! Die Nationalregierung, erfüllt von tiefem Verantwortungsgefühl gegenüber dem ungarischen Volk und der Geschichte, erklärt die Neutralität der Ungarischen Volksrepublik. [...] Der Revolutionskampf, den das ungarische Volk und seine Helden geführt haben, brachte schließlich der Sache unserer Freiheit und Unabhängigkeit den Sieg. Der heldenhafte Kampf hat es möglich gemacht [...], unser grundlegendes

⁴¹⁹ Vgl. Protokoll der Sitzung der ungarischen Nationalregierung vom 1. November. In: *Islamov*, Sowjetski Sojus i vengerskii krisi 1956, 490-494.

⁴²⁰ Vgl. Protokoll der Sitzung der ungarischen Nationalregierung vom 1. November 1956, ca. 16h. In: *Islamov*, Sowjetski Sojus i vengerskii krisi, 498-499.

⁴²¹ Vgl. Bericht Andropov vom 1. November 1956, In: *Islamov*, Sowjetski Sojus i vengerskii krisi, 499-500.

nationales Interesse zu verwirklichen: die Proklamierung der Neutralität. Wir wenden uns an unsere Nachbarn, diese unwiderrufliche Entscheidung unseres Volkes zu respektieren. [...] Werktätige Millionen Ungarns, beschützt und stärkt [...] die Konsolidierung der Ordnung in unserem Land – in einem freien, unabhängigen, demokratischen, neutralen Ungarn!“⁴²²

Die ungarische Neutralitätserklärung wurde im Lande mit großer Resonanz begrüßt. Das ungarische Volk stellte sich geeint und entschlossen hinter Nagy und seine Regierung. Der „verstaubte“ Gesellschaftsvertrag zwischen Volk und Staat wurde erneut auf den Tisch gelegt. Die Budapester Arbeitsräte beschlossen auf ihrem gemeinsamen Zusammenkommen am Abend des 1. November den Generalstreik zu beenden. Arbeitsrätedelegationen aus Csepel, Miskolc, Újpest u. a., die sich zuvor misstrauisch gegenüber Nagys Regierung verhalten hatten, trafen zwischen dem 1. und 3. November bei Nagy ein, um Nagy ihre Unterstützung auszusprechen.⁴²³ Die Freude über die Neutralitätserklärung währte zweiundsiebzig Stunden.

Am 3. November trafen sich die sowjetischen und ungarischen Delegationen, die Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Militärkompanien beginnen sollten, im ungarischen Parlamentsgebäude. Die sowjetische Delegation wurde vom sowjetischen Botschafter in Ungarn, Andropov, und dem Armeegeneral Malinin angeführt. Auf der anderen Seite des Verhandlungstisches saßen die ungarischen Delegierten Ferenc Erdei, der stellvertretende Verteidigungsminister, General Pál Maléter, der Chef des Generalstabes, General Kovács, und Oberst Miklós Szücs. Bei dieser ersten Verhandlungsrunde wurde keine Einigung erzielt. In Wirklichkeit wurden die Verhandlungen von sowjetischer Seite von Anfang an nur als Ablenkungsmanöver geführt. Die nächsten Unterredungen sollten am Abend, im Raum des Flugplatzes Tököl, wo das sowjetische militärische Hauptquartier stationiert war, stattfinden.⁴²⁴

Am selben Tag, dem 3. November 1956, wurde die Liste der Kabinettsmitglieder neu zusammengestellt. Auf der Liste fand sich u.a. der Name des Staatsministers Janos Kádár. Anwesend war er nicht. Zu dieser Zeit weilte er bereits zusammen

⁴²² Die Volkserhebung in Ungarn. Chronologie der Ereignisse im Spiegel ungarischer Rundfunkmeldungen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 12. 1956, 53.

⁴²³ Vgl. *Litván, Bak* (Hrsg.), Die ungarische Revolution, 104-105.

⁴²⁴ Vgl. Kyrow, *Zselicky*, Ungarnkrise 1956, 119-120.

mit Münnich in Moskau, wo auf einer spätabendlichen Sitzung des Präsidiums der KPdSU die Liste der neuen ungarischen Regierung zusammengestellt wurde.⁴²⁵ Im Fachdiskurs gehen die Meinungen über Kádárs Handlungen in dieser Zeit auseinander. Einige beschuldigen ihn des Verrats an der Revolution,⁴²⁶ andere dagegen versuchen diesen Vorwurf abzuwehren⁴²⁷.

Am 4. November 1956 mit Tagesanbruch wurde der Alarm der Operation „Wirbelsturm“ ausgelöst. Die sowjetischen Truppen begannen die Besetzung von strategisch wichtigen Punkten in allen Orten des Landes – Flugplätze, strategische Straßenknoten, Brücken u. a.

Um 5.20 Uhr teilte Ministerpräsident Nagy über Radio Kossuth dem ungarischen Volk mit:

„Sowjetische Truppen haben im Morgengrauen zu einem Angriff auf unsere Hauptstadt angesetzt mit der eindeutigen Absicht, die gesetzmäßige demokratische Regierung der Ungarischen Volksrepublik zu stürzen. Unsere Truppen stehen im Kampf. Die Regierung ist auf ihrem Platz. Ich bringe diese Tatsachen der Ordnung halber unserem Land und der ganzen Welt zur Kenntnis“.⁴²⁸

Indessen gaben Münnich und Kádár über Radio Szolnok die Gründung der Ungarischen Revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung bekannt. Ministerpräsident wurde Kádár, Münnich stellvertretender Ministerpräsident sowie Minister für die Streitkräfte und für die Öffentliche Sicherheit. György Marosan wurde Staatsminister, Istvan Kossa Finanzminister, Imre Horvath Außenminister, Imre Dögei Landwirtschaftsminister, Antal Apro Industrieminister und Sandor Ronai Handelsminister. Die restlichen Ministerposten blieben offen. Sie sollten später von Mitgliedern der anderen Parteien besetzt werden.⁴²⁹ Die von Erdei und Pál Maléter geführte ungarische Militärdelegation, die über den Truppenabzug in Tököl verhandelte, war bereits am 3. November verhaftet worden.

⁴²⁵ Vgl. Protokollaufzeichnung der Sitzung des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU vom 3. November 1956. In: *Islamov*, Sowjetski Sojus i vengerskii krisi, 542-544.

⁴²⁶ Vgl. *Litván, Bak* (Hrsg.), Die ungarische Revolution, 106.

⁴²⁷ Vgl. *Vida*, Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse, 106-109., *Hegedüs*, Die Niederschlagung der ungarischen Revolution, 262-263, *Reiner, Barth*, Ungarische Revolution, 256-257.

⁴²⁸ Die Volkserhebung in Ungarn. Chronologie der Ereignisse im Spiegel ungarischer Rundfunkmeldungen. In: Hinter dem Eisernen Vorhang, Heft 12. 1956, 69.

⁴²⁹ Vgl. Offener Brief der Mitglieder der Revolution Arbeiter Christliche Regierung. In: *Islamov*, Sowjetski Sojus i vengerskii krisi, 577.

Die sowjetische Militäraktion zur Niederschlagung der Ungarischen Revolution erreichte mit Einsatz voller Kraft, ihr Ziel.⁴³⁰

Das Scheitern der revolutionären Entwicklung in Ungarn mit Hilfe der sowjetischen Armee hatte in der Tat den unantastbaren Grundsatz der sowjetischen Außenpolitik bestätigt: die Erhaltung des nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Status quo mit allen Mitteln. In regionaler Hinsicht bedeutete dies die Bewahrung der Einheit des „sozialistischen Blocks“ und die Aufrechterhaltung von Moskaus Machtmonopol über seine Satellitenstaaten. Denn,

„Die sowjetische Intervention gegen die Revolution hatte bewiesen, dass die Stationierung der sowjetischen Truppen in Ungarn in erster Linie der Sicherung der Abhängigkeitsverhältnisse des ‚sozialistischen Blocks‘ und der kommunistischen Regime von Moskau diente [...]“⁴³¹.

VII. Fazit

Die am Beginn der Diplomarbeit formulierte hypothetische Annahme, dass sich Moskaus „Neuer Kurs“ und die Krisen in den ostmitteleuropäischen „Volksdemokratien“ wechselseitig beeinflussten, konnte bestätigt werden.

Die Krise, die nach Stalins Tod in den Satellitenstaaten ausbrach, bildete zugleich die erste politische Zerreißprobe in der Region. Es war ein erster Anfang dem Nationalkommunismus in Ostmitteleuropa, der bislang von der Sowjetunion nicht zugelassen wurde, mehr Freiraum zu verschaffen.

Der unmittelbare Auslöser der Krise war der Tod des „großen Vaters“ des Sozialismus, Stalin. Die eigentlichen Gründe sind jedoch in seiner - besonders seit 1947 skrupellos betriebenen - Politik der totalen Konformität zu suchen. Alle Länder des „sozialistischen Lagers“ befanden sich als Ergebnis der ökonomischen und sozialen Lasten des forcierten Aufbaus des Sozialismus in schweren

⁴³⁰ Vgl. Kyrow, *Zselicky*, Ungarnkrise 1956, 120-130.; *Horváth*, Die Ungarische Volksarmee, 132-136.

⁴³¹ *Litván, Bak* (Hrsg.), Die ungarische Revolution, 74.

wirtschaftlichen Krisen. Diese Krisen drohten unmittelbar die Leitungsstrukturen der Regime zu erschüttern. Die latente gesellschaftliche Unzufriedenheit stieß an die Grenzen des Erträglichen. Insofern war eine Überprüfung der Wirtschaftspolitik sowie der politischen Linie erforderlich. Das „Sowjetimperium“, das Stalin seinen Nachfolgern hinterlassen hatte, erschien nach außen stärker, als es im Inneren tatsächlich war. Stalins Erben, konfrontiert mit der schweren Erbschaft – innere ökonomisch-politische Krise und äußere Konfrontation im Kalten Krieg mit dem Westen –, waren sich im Klaren darüber, dass das System einiger Korrekturen bedurfte, wenn sie ihre Herrschaft weiter behaupten wollten. Einig waren sie sich auch darin, dass die Korrekturen nur die schwersten Auswüchse des Stalinismus entschärfen sollten. Es sollten nur jene Reibungselemente des Systems beseitigt werden, die zu dessen eigener Zerstörung führen würden. Das kommunistische System an sich, sollte hingegen nicht in Frage gestellt werden. Wie sich in den späteren Ereignissen zeigte, blieb dieses politische Axiom auch für den „liberalsten“ Flügel im Kreml unantastbar, und man war bereit diesen im Notfall auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen.

Als politisches Ziel wurde die Steigerung des Lebensstandards festgelegt. Durch von „oben gesteuerte“ ökonomische und sozialpolitische Reformen sollten die krisenhaften Entwicklungen gestoppt und das Machtmonopol der Partei Herrschaft gefestigt werden. Es handelte sich vor allem um Sicherheitskorrekturen, die sich vorwiegend auf den wirtschaftlichen Bereich konzentrieren sollten. Diese Erwägungen wurden als der so genannte „Neue Kurs“ bezeichnet. Tatsächlich schlug die Politik des „Neuen Kurses“, also der Versuch einer „von oben“ verordneten Entstalinisierung bzw. Demokratisierung des Systems, in den Satellitenstaaten fehl. Der Versuch begann am 17. Juni 1953 in der DDR und endete im Oktober 1956 in Ungarn mit dem Aufstand der Bevölkerung gegen die Partei und die sowjetische Hegemonie. In beiden Fällen wurde die Rote Armee eingesetzt, um den Erhalt des Machtmonopols der kommunistischen Parteien sicherzustellen.

Kennzeichnend für die Entstalinisierungskrise 1953-1956 in Ostmitteleuropa ist, dass der erste Impuls zu Reformen aus dem Kreml kam. Die Erfolge oder die Misserfolge der Demokratisierungs- bzw. Entstalinisierungsprozesse, das Tempo, mit dem sie vorangepeitscht wurden und ihre Tiefe hingen von zahlreichen

Faktoren ab: in erster Linie von der wirtschaftlichen Situation sowie der Bereitwilligkeit und den Widerständen der führenden Kräfte in den einzelnen Satellitenstaaten. Doch auch Moskau selbst spielte eine zentrale Rolle. Die neue „kollektive Führung“ im Kreml verfolgte wachsam die Krisenentwicklungen in ihrer Machtsphäre. Sie versuchte die Art der Veränderungen ebenso wie deren Grenzen zu bestimmen und in ihrem eigenen Interesse zu kanalisieren.

Die Änderungen im politischen Bereich können lediglich als „kleine kosmetische Korrekturen“ bezeichnet werden. Sie führten lediglich zu einer begrenzten Liberalisierung des gesellschaftlichen Lebens und einer partiellen Dezentralisierung des Systems. Gegenüber der Partei erhielt der Staat mehr Autonomie. Ganz nach Moskauer Vorbild wurde auf Wunsch des Kremls eine „kollektive Führung“ eingerichtet. Dies führte zur Trennung der Posten des Ersten Sekretärs der Partei und des Ministerpräsidenten. Zu weiteren, tief greifenden Reformen kam es nicht. Die politischen Reformen blieben im Schatten der ökonomischen Veränderungen zurück, waren eingeschränkt und oberflächlich. Eine Revision der politischen Prozesse wurde völlig negiert. Der Überprüfung und Diskussion der politischen Vorgänge galt kein Interesse. Vielmehr wurde zu dieser Zeit in der Tschechoslowakei eine neue Serie politisch motivierter Prozesse eingeleitet. In Polen hatten sich besonders die Verhältnisse zwischen Staat und Kirche zugespitzt. Zudem wurde keine öffentliche Diskussion über die Änderung der politischen Linie zugelassen. Als Nagy in Ungarn seine Anschauungen zur Frage der Rehabilitierungen im Herbst 1954 kundmachte, überschritt er damit die von Moskau festgelegten Grenzen des demokratischen Zentralismus. Einige Monate später kostete ihn dieser Schritt seinen Posten als Ministerpräsidenten.

Der „Neue Kurs“ konnte nicht die Grundlage für breitere Demokratisierungsreformen darstellen. Der Gegensatz zwischen ökonomischen und politischen Maßnahmen machte es unmöglich, die Krise schnell zu überwinden. Der „Neue Kurs“ war vor allem ein Versuch, die ins Wanken geratenen politischen Strukturen der Regime zu festigen. Ziel war die Beseitigung der materiellen Mängel durch ökonomische Maßnahmen und nicht die demokratische Dezentralisierung des Systems. Der Geist des „Stalinismus“ herrschte weiterhin.

Eine neue und zugleich entscheidende Phase der Entstalinisierungskrise markierte das Jahr 1956. Auch diesmal kam der Anstoß vom Machtzentrum und wie schon zuvor hatten auch diesmal die Entwicklungen in der Sowjetunion und in den internationalen Beziehungen einen unmittelbaren Einfluss auf das Schicksal der Satellitenstaaten. Der XX. Parteitag der KPdSU stellte durch Chruschtschews Referat „Über den Personenkult und seine Folgen“ einen Wendepunkt in der Krise dar. Von nun an begann die eigentliche Entstalinisierung. Die Entstalinisierungsprozesse dehnten sich aus und erfassten nunmehr das politische Herrschaftssystem und ihren Machtpfeiler – die kommunistische Partei. Stalins Entlarvung traf geradewegs die Führungsspitzen der kommunistischen Parteien und deren Legitimität. Der Verlauf und die Grenzen der Prozesse sollten wiederum „von oben“ dirigiert werden und nur in geregelten Bahnen stattfinden. Der Erfolg dieser Reformvorhaben war in den einzelnen Ländern ebenso unterschiedlich wie die Konsequenzen, die sie nach sich zogen. Maßgebliche Faktoren für den Erfolg oder Misserfolg waren: u.a. der Radius der Kritik, die Einheit bzw. Spaltung der Parteiführung, die Stärke des Vorkämpfers für die Demokratisierung.

In dieser zweiten Phase der Krise wurden die Forderungen nach einem politischen Umbau zunehmend lauter. Besonders erschüttert von den Informationen über Stalins Verbrechen waren die einfachen Parteimitglieder, für die eine Welt zusammenbrach.

Die Ergebnisse des XX. Parteitages der KPdSU blieben nicht ohne Resonanz in der Gesellschaft. Entgegen dem Willen der Parteispitzen blieb es nicht bei den internen Diskussionen der kommunistischen Parteien, vielmehr drangen die Unzufriedenheit und Kritik an die Öffentlichkeit der ostmitteleuropäischen „Volksdemokratien“. Die Art, wie die politischen Prozesse in Frage gestellt wurden, geriet zunehmend in Kritik. Die Gesellschaft emanzipierte sich, die Menschen brachten ihre Meinung offen zum Ausdruck. Von dem starken Druck „von unten“ bedrängt, sahen sich die kommunistischen Regimes in den Satellitenstaaten zu einigen Korrekturen ihrer Politik veranlasst. Die Konsequenzen der Kurskorrekturen fielen in den einzelnen Ländern unterschiedlich aus: In Polen siegte die Demokratisierung. In Ungarn ereignete sich eine Volkstragödie.

Dass in der Tschechoslowakei keine offene Krise ausbrach, ist vor allem auf ihre Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Die tschechoslowakische Führung konnte ein politisches „Erdbeben“ verhindern, da die Parteiführung dank der Durchführung sozial-ökonomischer Maßnahmen die Bevölkerung und vor allem die Arbeiterschaft, die ein Stützpfeiler der kommunistischen Partei war, neutralisieren konnte. Hinzu kam, dass die kommunistische Partei eine starke Medienzensur ausübte. Aufgrund der fehlenden Kritik bzw. Kontrolle seitens der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens hatte die Regierung somit freie Hand zur Fortführung ihrer demagogischen Politik.

Polen konnte einem tragischen Ausgang aus der Krise entgehen. Die dortige Führung konnte eine sowjetische militärische Intervention vermeiden und die Krise ohne Blutvergießen bewältigen. Es gelang der polnischen Führung einige Demokratisierungselemente in das totalitäre Partei- und Staatswesen zu „implantieren“ unter Bewahrung der Staatssouveränität im Rahmen des von der Sowjetunion dominierten sozialistischen Blocks. Der Erfolg des „polnischen Wegs zum Sozialismus“ lag darin, dass die Führungskräfte in Polen im Unterschied zu ihren ungarischen Genossen, sich in gewisser Hinsicht als politisch realistischer erwiesen. Die polnischen Kommunisten schafften es, rechtzeitig auf die aktuelle Krisensituation im Lande zu reagieren und im richtigen Moment Gomułka ans politische Ruder zurück zu holen. Seine Rückkehr war ein gelungener politischer Schachzug, der zu einer Beruhigung der Bevölkerung führte. Unbestritten ist die entscheidende Rolle, die Gomułkas politische Weitsicht für die Abwendung der Krise spielte. Er erkannte, dass es utopisch sei, aus dem sozialistischen Block bzw. aus dem Warschauer Pakt auszutreten, und richtete seine Demokratisierungsansätze auf die Innenpolitik. Das war der entscheidende Umstand für den polnischen Erfolg. Gomułka versicherte Chruščev, dass Polen Teil des sowjetischen politisch-militärischen Bündnisses bleiben würde. Moskau seinerseits „[...] gestand a priori den Polen das Recht zu, den Sozialismus auf ihre eigene Weise aufzubauen“⁴³². Polens Fall war eine Neuheit in der Sowjetpolitik. Die Kremelführung zeigte sich Neuerungen gegenüber kompromissbereit, sobald diese nicht die Grundprinzipien des sozialistischen Systems gefährdeten.

⁴³² Brzezinski, Der Sowjetblock, 276.

In Ungarn kamen alle politischen Maßnahmen zu spät. Sie hinkten den Ereignissen hinterher. Den ungarischen Führungsgremien mangelte es an realpolitischer Weitsicht. Sie verkannten die Ernsthaftigkeit der Krise und glaubten, dass einige politische Schachzüge reichen würden, um sie zu bewältigen. Infolge dessen kam es lediglich zu einer begrenzten und oberflächlichen Kaschierung der eigentlichen Krise, was wiederum nur zu ihrer Vertiefung führte. Nach den Wünschen der ungarischen Führung sollte Nagys Rückkehr den gleichen Effekt auslösen, wie Gomułkas Rückkehr in Polen. Nun, als Nagy zurückkam, hatte sich der Aufstand gegen die stalinistische Diktatur schon in einen nationalen Freiheitskampf gewandelt. Die ungarische Bevölkerung erhob ihre Stimme für ein freies, unabhängiges, demokratisches und neutrales Land. Die Ungarn wollten selbst ihre Zukunft bestimmen. Ermutigt durch die sowjetische Deklaration „Über die Grundprinzipien der Entwicklung und weiteren Stärkung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten“, die als „ein verspätetes außenpolitisches Gegenstück zu Chruschtschows Rede über den Stalinismus im inneren Leben der Sowjetunion“⁴³³ definiert werden kann, versuchte Nagy die darin getroffenen Zusagen in die Wirklichkeit umzusetzen. Bestärkt wurde er von der kurz nach der sowjetischen Deklaration veröffentlichten chinesischen Erklärung, welche die polnischen und ungarischen Forderungen als einen völlig berechtigten Akt bezeichnete. Damit begann die eigentliche Tragödie in Ungarn. Das Verlangen nach dem vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn, der Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und die Neutralitätserklärung wurden vom Kreml nicht nur als Gefahr seiner Machtpositionen in seinem eigenen Machtbereich gesehen. Diese Frage berührte vielmehr die Fundamente der internationalen Politik überhaupt und damit unmittelbar das Gleichgewicht der Großmächte. Damit war in den Augen der Sowjetunion, eine gewaltsame Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes unumgänglich geworden.

⁴³³ *Brzezinski*, Der Sowjetblock 248.

Schlusswort

Ausgehend von der am Beginn der Diplomarbeit formulierten Hypothese der wechselseitigen Beeinflussung zwischen der Sowjetunion und den ostmitteleuropäischen „Volksdemokratien“, können abschließend als Ergebnis der Diplomarbeit folgende detaillierte Erkenntnisse bzw. differenzierte Thesen formuliert werden:

- ❖ Der ursprüngliche Grund für den Ausbruch der Krise lag in der Ökonomie bzw. in der fehlerhaften Politik des stalinistischen Systems für den beschleunigten „Aufbau des Sozialismus“. Die anfänglich sozialpolitischen Krisen in den „Volksdemokratien“ gipfelten in politische Systemkrisen.
- ❖ Es war die erste gesamtgesellschaftliche Krise im „sozialistischen Lager“. Weder die Sowjetunion, noch die anderen „Volksdemokratien“ konnten sich auf frühere Erfahrungen im Krisenmanagement stützen. Diese Unsicherheit der politischen Eliten erklärt die vielfältigen Lösungsversuche der Krise bzw. die verschiedenen Konsequenzen, die von den Eliten im Laufe der Krisenbewältigung gezogen wurden.
- ❖ Die Großmachtinteressen der Sowjetunion hatten einen gewichtigen unmittelbaren Einfluss auf die Entstehung der Krise und auch auf ihren Verlauf. Die Machtverhältnisse, die mit der Teilung der Welt in zwei sich gegenüberstehende, unversöhnliche politisch-ideologische Systeme entstanden waren, durften nicht verändert werden. Die Bewahrung ihres Machtmonopols in Ostmitteleuropa hatte für die Sowjetunion höchste Priorität.
- ❖ Die Vorgehensweise der Sowjetunion gegenüber Ungarns Streben nach nationaler Souveränität veranschaulichte sehr deutlich, wie weit die Demokratisierungsprozesse für den Kreml in einem Land des „sozialistischen Blocks“ tatsächlich gehen durften und wie weit die Sowjetunion bereit war zu gehen, um diese Grenzen zu erhalten.
- ❖ Solange die Grundlagen des Systems bzw. das Machtmonopol der kommunistischen Partei nicht in Gefahr war, war es auch im „sozialistischen

Block“ möglich, Freiräume zu Realisierung von Demokratisierungsschritten mit stark akzentuiertem nationalem Charakter zu etablieren. Polens „eigener“ Weg zum Sozialismus war das augenscheinlichste Beispiel.

- ❖ Die „Volksdemokratien“ fanden gegenüber der Sowjetunion zu keiner gemeinsamen Politik. Zudem hatten die Satellitenstaaten unterschiedliche Vorstellungen zur Lösung der Entstalinisierungskrise bzw. davon, wie weit die möglichen Reformen gehen sollten. Die Erklärung des Austritts Ungarns aus dem Warschauer Pakt und die Neutralitätserklärung waren selbst für namhafte Nationalkommunisten wie Tito und Gomułka inakzeptabel.
- ❖ Der Glaube an die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und die Hoffnung, dass die ostmitteleuropäischen Gesellschaften zu den ursprünglichen sozialistischen Idealen zurückkehren würden, wurde mit der sowjetischen Intervention in Ungarn 1956 definitiv zerstört.

Literaturverzeichnis

Bernard Michael, Militärorganisation und sowjetisches Modell in Ostmitteleuropa 1943-1956. In: Hans Lemberg (Hrsg.), Sowjetische Modelle und nationale Prägung: Kontinuität in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg [=Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien 7] (Marburg/Lahn 1991)

Brus Wlodzimier, Geschichte der Wirtschaftspolitik in Osteuropa (Köln 1987)

Brzezinski Zbigniew K., Der Sowjetblock. Einheit und Konflikt (Köln/Berlin 1962)

Crampton Richard J., Eastern Europe in the twentieth century (London/New York 1994)

Crusius Reinhard, Wilke Manfred (Hrsg.), Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen (Frankfurt am Main 1977)

Czubinski Antoni, Das Jahr 1956 in Polen und seine Konsequenzen. In: Inge Kircheisen (Hrg.), Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationaler Krisen. Berliner Debatte/GSFP Berlin (Berlin 1995)

Dallin David J., Sowjetische Außenpolitik nach Stalins Tod (Köln/Berlin 1961)

Documents on International Affairs 1953, Royal Institute of International Affairs (Oxford 1956)

Dudek Antoni, Der politische Umbruch von 1956 in Polen. In: Winfried Heinemann, Norbert Wiggershaus (Hrsg.), Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez. [=Beiträge zur Militärgeschichte, Bd.48] (München 1999)

Eger Reiner, Österreich im Spannungsfeld Ost-West (München 1973)

Fejtő Franzios, Die Geschichte der Volksdemokratie, Bd. I.-II. (Graz/Wien/Köln 1972)

Filtzer Donald, Die Chruschtschow – Ära. Entstalinisierung und die Grenzen der Reformen in der UdSSR 1953-1964 (Mainz 1995)

Foitzik Jan, Die parteiinterne Behandlung der Geheimrede Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU durch SED, die PVAP und die KPTsch. In: Inge Kircheisen (Hrg.), Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationaler Krisen. Berliner Debatte/GSFP Berlin (Berlin 1995)

Free Europe Committee (Hrsg.) Hinter dem Eisernen Vorhang. Nachrichten und Berichten aus den osteuropäischen Satellitenstaaten (München)

Gomułka Władisław, Rede auf dem VIII. Plenum des Zentralkomitees der Vereinigten Arbeiterpartei 20. Oktober 1956 (Warschau 1956)

Gosztony Peter (Hrsg.) Der ungarische Aufstand in Augenzeugenberichten (Düsseldorf 1966)

Hacker Jens, Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939-1980 (Baden-Baden 1983)

Hartmann Karl, Der Posener Aufstand und der „Polnische Frühling im Oktober“. In: Hans Lemberg (Hrg.), Zwischen „Tauwetter“ und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956-1970 [= Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien 11] (Marburg/Lahn 1993)

Hodos George H., Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948-1954 (Berlin 2001)

Hoensch Jörg K., Geschichte der Tschechoslowakei (Stuttgart 1992)

Hoensch Jörg K., Sowjetische Osteuropa-Politik 1945-1975 (Düsseldorf 1977)

Hoensch Jörg. K., Geschichte Ungarns (Stuttgart 1992)

Holzer Jerzy, Der Kommunismus in Europa. Politische Bewegung und Herrschaftssystemen (Frankfurt am Main 1998)

Horváth Miklós, Die ungarische Volksarmee. In: Jan Foitzik (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17.Juni bis zum ungarischen Volksaufstand (Padrenborn/München/Wien/Zürich 2001)

Islamov T. M. (Hrsg.) Sowjetski Sojus i vengerskii krisi 1956. Dokumentov (Moskwa 1998)

Kaplan Karel, Die Überwindung der Regime-Krise nach Stalins Tod in der Tschechoslowakei, in Polen und in Ungarn [= Forschungsprojekt: Krisen in den Systemen sowjetischen Typs, Nr. 11] (Köln 1986)

Kaplan Karel, Politische Persekution in der Tschechoslowakei 1948-1972 [= Forschungsprojekt: Krisen in den Systemen sowjetischen Typs, Nr. 3] (Köln 1986)

Keesing's Archiv der Gegenwart

Kosta Jiří, Die Eingliederung der ostmitteleuropäischen Volkswirtschaften in den sowjetischen Block. In: Hans Lemberg (Hrsg.), Sowjetische Modelle und nationale Prägung: Kontinuität in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg [=Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien 7] (Marburg/Lahn 1991)

Kyrow Alexandr, Zselicky Béla, Ungarnkrise 1956. Lagebeurteilung und Vorgehen der sowjetischen Führung und Armee. In: Winfried Heinemann, Norbert Wiggershaus (Hrsg.), Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez. [=Beiträge zur Militärgeschichte, Bd.48] (München 1999)

Laß Karen, Vom Tauwetter zur Perestroika. Kulturpolitik in der Sowjetunion 1953-1991 (Wien 2002)

Lewis Paul G., Central Europe since 1945. The postwar world (London 1998)

Litván György, Bak János M. (Hrsg.) Die Ungarische Revolution 1956. Reform – Aufstand – Vergeltung (Wien 1994)

Machcewicz Pawel, Der Umbruch in Polen 1956. Gesellschaftliches Bewusstsein, Massenbewegung, politische Krise. In: Jan Foitzik (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17.Juni bis zum ungarischen Volksaufstand (Padrenborn/München/Wien/Zürich 2001)

Madry Jindřich, Entscheidungsfindung in der Tschechoslowakei nach Stalins Tod. Jan Foitzik (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17.Juni bis zum ungarischen Volksaufstand (Padrenborn/München/Wien/Zürich 2001)

Malkiewicz Andrzej, Ruchniewicz Krzysztof, Das polnische Echo auf den Juni-Aufstand in der DDR im Jahre 1953. In: Christoph Kleßmann, Bernd Stöver (Hrsg.), 1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa [= Zeithistorischen Studien Bd.16] (Köln/Weimer/Wien 1999)

Medwedjew Roy, Chruschtschow. Eine politische Biographie (Stuttgart/Herford 1984)

Meissner Boris, Das Ostpakt – System. Dokumentsammlung (Frankfurt am Main/Berlin 1955)

Méray Tibor, Acsel Tamas, Die Revolte des Intellekts. Die geistige Grundlagen der Ungarischen Revolution (München 1961)

Méray Tibor, Dreizehn Tagen die den Kreml erschütterten. Imre Nagy und die ungarische Revolution (München 1961)

Micewski Andrzej, Stefan Kardinal Wyszyński, Primas von Polen: eine Biographie (Mainz/München 1990)

Mićunović Veljko, Moskauer Tagebücher 1956-1958 (Stuttgart: Klett-Cotta 1982)

Nagy Imre, Politisches Testament (München 1959)

Nalepa Edward Jan, Die polnische Armee in den Ereignissen des Jahres 1956. In: Winfried Heinemann, Norbert Wiggershaus (Hrsg.), Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez. [=Beiträge zur Militärgeschichte, Bd.48] (München 1999)

Németh Nandor, Die Wirtschaft Ungarns 1945-1972 [= Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Forschungsberichte Bd. 9] (Wien 1973)

Norman Davies, God's Playground, A History of Poland, Vol. II (Oxford 1981)

Orechow Alexander M., Die polnische Krise 1956 aus Moskauer Sicht. In: Jan Foitzik (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17.Juni bis zum ungarischen Volksaufstand (Padrenborn/München/Wien/Zürich 2001)

Orlow A., Der Polnische Oktober. Sieg der Vernunft über die Gewalt. In: Winfried Heinemann, Norbert Wiggershaus (Hrsg.), Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez. [=Beiträge zur Militärgeschichte, Bd.48] (München 1999)

Paczkowski Andrzej, Der Sicherheitsapparat in den Jahren des „Tauwetters“. Der Fall Polen. In: Jan Foitzik (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17.Juni bis zum ungarischen Volksaufstand (Padrenborn/München/Wien/Zürich 2001)

Pajórek Laszek, Die Polnische Armee im Oktober 1956. In: Jan Foitzik (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17.Juni bis zum ungarischen Volksaufstand (Padrenborn/München/Wien/Zürich 2001)

Pernes Jiří, Die politische und wirtschaftliche Krise in der Tschechoslowakei 1953 und Versuche ihrer Überwindung. In: Christoph Kleßmann, Bernd Stöver (Hrsg.), 1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa [= Zeithistorischen Studien Bd.16] (Köln/Weimer/Wien 1999)

Pfaff Ivan, Die Auswirkungen des XX. Parteitages der KPdSU auf die Tschechoslowakei. In: Hans Lemberg (Hrg.), Zwischen „Tauwetter“ und neuem Frost. Ostmitteleuropa 1956-1970 [= Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien 11] (Marburg/Lahn 1993)

Plaggenborg Stefan (Hrsg.), Handbuch der Geschichte Russlands Bd. V. Teil I (Stuttgart 2002)

Rainer János M., Ungarn 1953-1956: Die Krise und die Versuche ihrer Bewältigung. In: András Hegedüs, Manfred Wilke (Hrsg.), Satelliten nach Stalins Tod (Berlin 2000)

Rainer János, Barth Bernd-Rainer, Ungarische Revolution: Aufstand -Zerfall der Partei-Invasion. In: András Hegedüs, Manfred Wilke (Hrsg.), Satelliten nach Stalins Tod (Berlin 2000)

Roos Hans, Geschichte der polnischen Nation 1918-1985. Von der Staatsgründung im 1. Weltkrieg bis zur Gegenwart (Stuttgart/Berlin/Köln /Mainz 1986)

Shann, K. C. O., Der Volksaufstand in Ungarn. Bericht des Sonderausschusses der Vereinten Nationen (Frankfurt am Main 1957)

Šiška Miroslaw, „Verschwörer, Spione, Staatsfeinde...“ Politische Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954 (Berlin 1991)

Stalin Josef, Die ökonomische Probleme der Sozialismus in der UdSSR (Wien 1953)

Statistiken zur Wirtschaft Ost- und Südosteuropas, Heft V. (hg. von Bruno Kiesewetter, Sonderhefte/ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; NF., 33) (Berlin 1955)

Stöver Bern, Der Kalte Krieg (München 2006)

Stöver Bernd, Das Umbruchsjahr 1953- Ein Resümee. In: Christoph Kleßmann, Bernd Stöver (Hrsg.), 1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa [= Zeithistorischen Studien Bd.16] (Köln/Weimer/Wien 1999)

Swain Geoffrey, Swain Niegl, Eastern Europe since 1945. The maiking of the modern world (Basingstoke 2003)

Talbott Strobe, Chruschtschow erinnert sich. Die Authentische Memoiren (Reinbek bei Hamburg 1992)

Teichova Alice, Der Grenzen der Planwirtschaft in der Tschechoslowakei. In Gernot Heiss (Hrsg.) An der Bruch Linie. Österreich und die Tschechoslowakei nach 1945 (Innsbruck/Wien 1998)

Teichova Alice, Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918-1989 (Wien/Köln/Graz 1988)

Tischler Janos, Die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und die ungarische Revolution von 1956. In: Winfried Heinemann, Norbert Wiggershaus (Hrsg.), Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez. [=Beiträge zur Militärgeschichte, Bd.48] (München 1999)

Torańska Teresa, Di da oben. Polnische Stalinisten zum sprechen gebracht (Köln 1987)

Torsten Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR (Berlin 1991)

Varga György T., Zur Vorgeschichte der ungarischen Revolution von 1956. In: Jan Foitzik (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17.Juni bis zum ungarischen Volksaufstand (Padrenborn/München/Wien/Zürich 2001)

Vida István, Die Sowjetunion und die ungarischen Ereignisse 1956. In: Jan Foitzik (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953-1956. Vom 17.Juni bis zum ungarischen Volksaufstand (Padrenborn/München/Wien/Zürich 2001)

Werner Markert (Hrsg.), Osteuropa- Handbuch: Polen (Köln/Graz 1959)

Wilke Manfred, Voigt Tobias, „Neuer Kurs“ und 17. Juni – Die zweite Staatsgründung der DDR_1953. In: András Hegedüs, Manfred Wilke (Hrsg.), Satelliten nach Stalins Tod (Berlin 2000)

Zubok Vladislav, „Unverfroren und grob in der Deutschlandfrage...“ Berija, der Nachfolgestreit nach Stalins Tod und die Moskauer DDR-Debatte im April-Mai 1953. In: Christoph Kleßmann, Bernd Stöver (Hrsg.), 1953 - Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa [= Zeithistorischen Studien Bd.16] (Köln/Weimer/Wien 1999)

Zeitschriften

Hartmann Karl, Polens Schriftsteller sagen sich los vom sozialistischen Realismus. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens Jg. VII, Heft 5 (o. O. 1957) 313-328.

Laeuen Harald, Der polnische Parteikongress. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens Jg. IV, Heft 3 (o. O. 1954) 174-179.

Neuman Rudolf, Hildebrandt Walter, Kieseewetter Bruno, Der neue Kurs im sowjetischen Vorfeld. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens Jg. IV, Heft VI (o. O. 1954) 458-470.

Schepky E.- Chr., Mergl G., Slapnica H., Die Parteikongresse in Osteuropa. In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens Jg. IV Heft 6 (o. O. 1954) 453-458.

Abstract

Die neue Nachkriegsordnung teilte die Welt in zwei Lager: in ein kapitalistisches, verkörpert von den westlichen Demokratien, und in ein sozialistisches, repräsentiert durch das Sowjetsystem. Die Entwicklung der ostmitteleuropäischen Gesellschaften, die infolge der Konferenzen von Jalta und Potsdam in die sowjetische Einflussosphäre einbezogen wurden, verlief nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fast unabhängig vom Westen. In kurzer Zeit erlebten die ostmitteleuropäischen Staaten des „sozialistischen Lagers“ fundamentale soziale und politische Transformationen, die sie von Grund auf umgestalteten.

Am 5. März 1953 starb der „große Vater des Sozialismus“, Josif V. Stalin. Auf der internationalen politischen Bühne wurde Stalins Tod als Möglichkeit für ein Tauwetter im Kalten Krieg angesehen. Auf ein Tauwetter hofften auch die Satellitenstaaten, die sich durch der exzessiven Politik der „beschleunigten sozialistischen Industrialisierung“ und der damit einhergehenden militärischen Hochrüstung am Ende ihrer Kräfte befanden. Die Krise, die nach Stalins Tod in den Satellitenstaaten ausbrach, war die erste gesamtgesellschaftliche Krise im „sozialistischen Lager“. Die sog. Entstalinisierungskrise bildete zugleich die erste politische Zerreißprobe in der Region. Es war ein erster Anfang dem Nationalkommunismus in Ostmitteleuropa, der bislang von der Sowjetunion nicht zugelassen wurde, mehr Freiraum zu verschaffen. Ihr Verlauf stand in engem Zusammenhang mit den innenpolitischen Entwicklungen und den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion. Ein wesentliches Merkmal der Entstalinisierungskrise 1953-1956 waren ihre vielfältigen Konsequenzen in den ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten Moskaus. Die vorliegende Arbeit verfolgt das Ziel, die Entwicklung der Entstalinisierungskrise und ihre Konsequenzen in den Satellitenstaaten Moskaus darzulegen. Als Methode wurde der Vergleich der Entwicklung in Polen, Ungarn und in der Tschechoslowakei gewählt. Die Arbeit beruht auf der hypothetischen Annahme, dass sich Moskaus „Neuer Kurs“ und die Krisen in den ostmitteleuropäischen Volksdemokratien wechselseitig beeinflussten. Um diese Hypothese zu überprüfen wird im Zuge der Arbeit versucht, Fragen wie: Was war tatsächlich neu am „Neuen Kurs“ bzw. war er wirklich ein Abschied vom Stalinismus? Wie weit war die Sowjetunion bereit, bei ihrer Politik der Entstalinisierung zu gehen? Wurde die Chance zu Korrekturen der politischen

Linie von den Eliten in der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn ergriffen bzw. genutzt? Inwieweit wurden die Handlungen der Spitzenfunktionäre der kommunistischen Parteien ebenso wie die der einfachen Funktionäre und der Bevölkerung von den Entwicklungen in der Sowjetunion beeinflusst? zu beantworten.